

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährlich 2.50 RM, monatlich 1.10 RM, wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1.10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungsverzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Inserions-Gebühr
 beträgt für die festgesetzte Zeilenlänge oder deren Raum 60 Pf. für politische und gewerkschaftliche Vereine und Vereinstellungen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das ist jede Zeile 30 Pf. (zwei Zeilen 50 Pf. und so weiter), jedoch weitere 10 Pf. für die ersten Zeilen und 5 Pf. für die übrigen. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraph-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Sonnabend, den 9. März 1912.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Das Reichstagspräsidium.

Unsere Hundertundzehn sind doch ein starker Keil, den die Arbeiterklasse mit wuchtigem Hammerschlag zwischen die bürgerlichen Parteien getrieben hat. Im kleinen wie im großen orientiert sich die bürgerliche Politik nach dieser geschlossenen Phalanx und das Wort Capribis, daß die Regierung jede Maßregel auf die Wirkung prüfe, die sie auf die Sozialdemokratie ausübe, ist heute mehr wie je zur Wirklichkeit geworden, und alles, was die anderen tun, geschieht mit dem ängstlichen Seitenblick auf unsere wachsende Macht.

Ja, wenn die Herren von der Rechten könnten, wie sie wollten! Aber das Schwert, das Herr v. Seydewitz so gerne im Runde führte, haben ihm die vierundneunzig Millionen zunächst einmal aus den Händen geschlagen und statt an neue Ausnahmegesetze zu denken, mußten die Herren vorerst dafür Sorge tragen, daß das Schreckliche ungeschehen, der Vertreter der Sozialdemokratie aus dem Reichstagspräsidium entfernt werde.

Die Nationalliberalen haben ihnen dazu verholfen. Sie haben sich mit den Schwarzblauen verbunden, um der Sozialdemokratie die parlamentarische Gleichberechtigung zu verweigern. Die Rücksicht auf die Wünsche der Regierung und des Hofes galt ihnen mehr als der Anspruch der Arbeiterklasse auf gleiches Recht. Sie haben wieder die liberalen Grundzüge preisgegeben, wie stets, wenn diese Grundzüge der Arbeiterklasse zu gute kommen sollen. Sie sind wieder Schrittmacher der Reaktion gewesen, haben dem Befehl des Herrn v. Bethmann Hollweg gehorcht und der reaktionären Regierung und ihren Auftraggebern zu einem Erfolge verholfen. Sie haben Vuffe getan für den Anfall von Courage und sich wieder so kraftlos und unzuverlässig gezeigt, wie stets, wenn die Stunde der Entschlossenheit erforderte.

Nicht, daß sie gegen uns kämpfen, machen wir ihnen zum Vorwurf. Velleibe nicht! Die Nationalliberalen sind im wesentlichen die Vorkämpfer des großen Kapitals, seiner schutzjüngerischen und imperialistischen Interessen, und nie hat sich ein Sozialdemokrat darüber getäuscht, daß ein Abgrund die Partei der Arbeit von jenen trennt. Aber die Verfassung der parlamentarischen Gleichberechtigung ist ein Widerspruch gegen den Grundgedanken des Liberalismus und des Parlamentarismus und insbesondere unentschuldigbar, wenn sie von der Regierung, von Konservativen und Liberalen gefordert wird. Als Handlanger der Reaktion haben die Nationalliberalen gehandelt, als ein festes Beharren auf dem Boden des gleichen Rechts für die zurückgebliebenen deutschen Verhältnisse immerhin einen Fortschritt bedeutet hätte, und das macht ihre Schwäche zum politischen Verbrechen.

Die nationalliberale Haltungslosigkeit hatte übrigens eine nette Verwirrung geschaffen, die die Sozialdemokratie mit ungetrübter Genugtuung beobachten konnte. Die Schwarzblauen konnten sich mit den Nationalliberalen nicht einigen. Die Fortschrittspartei stellte Herrn Kaempf wieder als Kandidaten für den Präsidentenposten auf, lag ja auch kein Grund vor, das bisherige Präsidium, das sich gut bewährt hatte, nicht wiederzuwählen. Da die Sozialdemokratie sicher war, daß die Fortschrittspartei für Scheidemann stimmen werde, trat sie gleichfalls für die Wiederwahl Kaempfs ein. Den Nationalliberalen blieb nichts anderes übrig als sich dem anzuschließen. Da drohte neue Gefahr. Die Rechte erklärte, nach der Wahl Kaempfs kein Interesse an der weiteren Zusammensetzung des Präsidiums nehmen und weiße Stimmzettel abgeben zu wollen. Die Wahl Scheidemanns mit den Stimmen der Sozialdemokraten und Fortschrittler wäre dann nicht mehr zu verhindern gewesen. Guter Rat war teuer, doch die Hilfe kam von oben. Herr Wahnschaffe, Bethmanns Ablatus, trat in Aktion und befürwortete die Konservativen, doch nicht durch ihre Abstimmung die Wahl des Sozialdemokraten zu ermöglichen. Und neben den Regierungseinflüssen waren auch höfische bei den Konservativen wirksam. Die Trugfugeln gaben nach, sie fügten sich in ihre Ausschaltung, um nur den verhassten Sozialdemokraten aus dem Präsidium zu entfernen.

Herr Kaempf wurde mit den Stimmen der Sozialdemokratie, der Fortschrittspartei und der Nationalliberalen mit 192 Stimmen — einer Stimme Majorität über die abgegebenen gültigen Stimmen — zum Präsidenten für die Dauer der Session gewählt. Dann wählten die Nationalliberalen und die Rechte Herrn Paasche zum ersten Vizepräsidenten. Herr Paasche erhielt 197 Stimmen, 155 fielen auf Scheidemann, den neben Fortschrittler und Sozialdemokraten auch einige Wilde, darunter wohl mehrere Eschäfer, wählten. Jetzt beantragte das Zentrum Vertagung, um einen neuen Kuhhandel zu ermöglichen.

Die Rechte hatte aber vorher erklärt, daß sie für Herrn Dove als zweiten Vizepräsidenten stimmen werde, Herr Dove aber es zunächst abgelehnt, das Amt aus den Händen der Rechten anzunehmen. Die Nationalliberalen boten der Rechten während der Pause an, für Herrn Schulz von der Reichspartei zu stimmen; die Konservativen aber lehnten dies ab, da sie eine Vertretung der Rechten im Präsidium nicht mehr wollten. Bei der Wahl erhielt dann Herr Dove die Stimmen der Rechten und Nationalliberalen, wogegen seine eigene Partei mit uns auch diesmal für Scheidemann stimmte. Herr Dove erklärte die Annahme der Wahl, womit auch die Sozialdemokratie, da ihr Kandidat in der Minderheit geblieben, einverstanden sein konnte.

Es ist also der Rechten und der Regierung gelungen, der Sozialdemokratie ihren berechtigten Anspruch vorzuenthalten, aber die Rechte selbst bleibt vom Präsidium ausgeschlossen, in dem jetzt nur die Vertreter der bürgerlichen Linken sitzen. Die Wahlniederlage der Schwarzblauen bringt diese Zusammensetzung ebenso symbolisch zum Ausdruck, wie das Fehlen des Sozialdemokraten auf den reaktionären Charakter der Nationalliberalen hinweist. Die Fortschrittspartei aber, die in der Präsidentenfrage von Anfang bis zum Ende eine klare und entschiedene Haltung eingenommen hatte, sieht wider ihr eigenes Erwarten ihre Repräsentanten wiedergewählt. Und auch dies drückt symbolisch die Tatsache aus, daß der Liberalismus eine Nachstellung heute nur einnehmen kann, wenn er fest und entschlossen sein politisches Programm erfüllt, und es deshalb der Arbeiterpartei möglich macht, ihm unbeschadet des sonstigen Gegensatzes ihre mächtige Unterstützung zu leisten.

Die Sozialdemokratie aber darf auf die mit dem gestrigen Tage bereits abgeschlossene Präsidentenfrage mit Genugtuung zurückblicken. Sie hat — und wir haben das hier an dem Tage der Wahl Scheidemanns gesagt — auf die Vertretung im Präsidium nie einen übertriebenen Wert gelegt, sich nie darüber getäuscht, daß diese Stellung viel mehr Symbol unserer Macht ist, die wir uns draußen in den Volksmassen erobert haben, als daß sie uns neue Macht gibt. Die Sozialdemokratie hat keinen Moment lang daran gedacht, sich auf demütigende Bedingungen einzulassen, und hat auf ihren Anspruch bestanden. Ihre Gegner haben ihr ihr Recht verweigert, die Gleichberechtigung unserer Partei niedergestimmt. Sie waren nicht stärker, als wir Scheidemann ins Präsidium brachten, und wir sind heute nicht schwächer, wo unser Vertreter den Präsidentensitz verläßt. Unser Anspruch aber bleibt bestehen, wir werden stärker werden und, was uns heute die Gegner noch verweigern werden, wir werden es erringen, erringen aus eigener Kraft, und Wichtigeres als eine Vertretung in einem Präsidium.

Der Verlauf der Sitzung.

Draußen viele Neugierige, drinnen lebhaftes Treiben, bis zum Beginn Fraktionsberatungen, die Tribünen überfüllt. Präsident Kaempf eröffnet und übergibt dem Vizepräsidenten Scheidemann sofort den Vorsitz. Scheidemann läßt den Namensaufruf mit dem Buchstaben R beginnen. Auf Rufo R oder S, sagt er: R wie Ramel, und stürmisches Lachen ertönt. Der Namensaufruf erfolgt, die Spannung wächst, obwohl die Wahl Kaempfs ziemlich sicher erscheint. Schließlich verkündet Scheidemann das Resultat und auf Kaempfs Annahmeerklärung ertönt lautes Bravo links. Kaempf übernimmt den Vorsitz, Scheidemann reicht ihm gratulierend die Hand und verläßt das Präsidium, froh, von einer Würde befreit zu sein, die für den forschenden Kämpfer doch mehr eine Bürde war.

Nachstehend der Sitzungsbericht:

Auf der Tagesordnung steht die

Wahl des Präsidiums für die Dauer der Session.

Vizepräsident Scheidemann übernimmt den Vorsitz und läßt zur Wahl des Präsidenten

den Namensaufruf vornehmen. Er teilt mit, daß der Ruf mit dem Buchstaben R beginnt. Auf vielfache Rufo rechts: R?? antwortet Vizepräsident Scheidemann: Ja, R wie Ramel. (Große Heiterkeit.)

Vizepräsident Scheidemann: Es sind abgegeben worden 883 gültige Stimmen. Davon haben erhalten:

- Dr. Kaempf 192 Stimmen
- Dr. Spahn 187
- Schwerin-Löwik 2
- v. Seydewitz 2

Die absolute Majorität ist 192, demnach wäre Herr Abg. Dr. Kaempf gewählt. Ich frage ihn, ob er die Wahl annimmt. Abg. Dr. Kaempf (Op.): Ich nehme die Wahl an. (Lebhaftes Bravo! links.)

Präsident Kaempf läßt nunmehr den Namensaufruf zur Wahl des ersten Vizepräsidenten vornehmen.

Es werden abgegeben 883 Stimmen, davon 28 ungültig. Die absolute Majorität beträgt 180. Erhalten haben:

- Dr. Paasche (natl.) . . . 197 Stimmen
- Scheidemann (Soz.) . . . 155
- Dietrich (L.) 2
- Dr. Frank (Soz.) 1
- Stadthagen (Soz.) 1
- Dr. Gohn (Soz.) 1
- Davidsohn (Soz.) 1

Abg. Dr. Paasche (natl.) erklärt, er nehme die Wahl an. (Bravo! bei den Nationalliberalen und rechts.)

Abg. Gröber (Z.): Ich beantrage, die Sitzung auf eine halbe Stunde auszusetzen. (Widerspruch bei den Sozialdemokraten.)

Präsident Kaempf läßt über diesen Antrag abstimmen. Die Vertagung wird gegen die Stimmen der Freisinnigen und Sozialdemokraten beschloffen.

Schluß 3 Uhr.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung um 8¹/₂ Uhr läßt Präsident Kaempf den Namensaufruf zur Wahl des zweiten Vizepräsidenten vornehmen.

Es werden abgegeben 878 Stimmen, davon 18 ungültig; die absolute Majorität ist also 181. Davon erhalten:

- Dove (Op.) 200 Stimmen
- Scheidemann (Soz.) . . . 147
- Graf Pofadowsky 1
- Doffermann 1
- Müller-Meinungen 1
- Davidsohn 1

Abg. Dove (Op.) ist gewählt und nimmt die Wahl unter lebhaftem Beifall der Freisinnigen und Nationalliberalen an. — Hierauf verläßt sich das Haus.

Nächste Sitzung: Dienstag 1 Uhr. (Fortsetzung der zweiten Lesung des Etats des Reichsamts des Innern.)

Schluß 4¹/₂ Uhr.

Der Generalstreik der englischen Bergarbeiter.

London, 7. März 1912. (Fig. Ver.)

Die Friedensverhandlungen sind von der Regierung wieder aufgenommen worden. Es besteht aber heute ebenso wenig Hoffnung wie am 1. März, daß der Kampf bald zu Ende kommen wird. Auf der einen Seite stehen die Bergarbeiter unter guter Führung, die auf alle Situationen vorbereitet ist und sich nicht bange machen läßt. Auf der anderen Seite steht die Regierung, unentschlossen, hilflos, sich selbst nicht sicher, ob sie das Problem auch voll und ganz begreift. Und diese Schwäche der Regierung bildet für die Unternehmer der beste Schutz.

Das planmäßige und sichere Vorgehen der Bergarbeiter fällt den „Ordnungsmännern“ auf die Nerven. Sie scheinen etwas enttäuscht zu sein, daß sich die Bergknappen keine Ausschreitungen zu schulden kommen lassen. Das schlimmste, was sich bis jetzt berichten ließ, war der Zug, den sich die Jungen in einem Bergarbeiterdorf leisteten, indem sie die weidenden Grubenponys nahmen, und auf ihren alten unterirdischen Kameraden einen lustigen Ritt im Mondschein unternahmen. Um nun aber doch die Bergarbeiter beim Publikum anzuschwärzen zu können, hat man ein anderes Mittel erfunden. Die Bergarbeiter spielen — so heißt es übereinstimmend in der kapitalistischen Presse — spielen (!), während wir schwarze Tintenflecken weinen. Sie spielen Golf, Fußball, gehen ins Theater, halten Hundewettrennen ab und was dergleichen sündige Dinge mehr sind. Hat man je von einer ähnlichen Herzlosigkeit gehört? Leider hört man nicht, womit sich die Unternehmer augenblicklich beschäftigen. Und inmitten dieser Entrüstungsbrufe hört man die Drohungen und Kraftworte der ungeduldigen Reaktionäre. Der „Daily Telegraph“ schreibt heute:

„Die Bergarbeiterföderation Großbritanniens ist nach der Anschauung der Sozialisten und Syndikalisten die am besten organisierte und mächtigste Gewerkschaft im Lande; aber wenn notwendig muß sie in Stücke geschlagen werden, und der jeweiligen Regierung, die als Verwalter der Prosperität der Nation fungiert, gefügig gemacht werden. Dies war die Ansicht, die gestern nicht nur von den Kohlenbesitzern, sondern auch von zahllosen anderen Hauptern großer Geschäftsunternehmungen geäußert wurde, die einsehen — wie denn auch niemand umhin kann, einzusehen — daß, wenn es den Bergarbeitern gestattet wird, den Präzedenzfall, den sie aufzustellen beabsichtigen, einzuführen, die Gesellschaft nie wieder hoffen kann, einen Monat Frieden oder Befreiung von sozialer Unruhe und wirtschaftlicher Unordnung zu genießen.“

Die leitenden Mitglieder der Arbeiterpartei suchten gestern den Vorstand der Bergarbeiterföderation auf, um sich offiziell über den Stand der Bewegung zu informieren. Jedenfalls handelte es sich für sie darum, Material für die Parlamentsdebatte über den Streik zu bekommen, die sich nicht mehr lange hinauschieben läßt. Die Nachricht, daß der Vorstand die Intervention der Arbeiterpartei rundweg abgelehnt hat, ist wie so viele andere Meldungen der Unter-

nehmerpresse völlig aus der Luft gegriffen. Sie ist eine jener Versuchsballons, die die Bergarbeiter aus guten Gründen unbeachtet lassen. Wichtig ist jedoch, daß es die Bergarbeiter abgelehnt haben — wie auch vorauszusehen war —, mit dem Industriarier etwas zu tun zu haben. Sie wollen nicht, wie sich ein Vorstandsmittglied ausdrückte, mit dem Schwanz, sondern mit dem Kopf der Regierung verhandeln. Die ministerielle „Daily Chronicle“, die in diesem Kampfe schon eine unverhältnismäßig große Anzahl Enten ausgebrütet hat — englische wie deutsche — kam gestern mit der bestimmten Meldung über ein Minimallohnprojekt, das die Regierung heute im Parlament vorzuschlagen werde. Auf eine Anfrage Mac Donalds bezeichnete Asquith diese Meldung als eine reine Erfindung. Das heißt natürlich nicht, daß die Regierung den Gedanken an ein Minimallohngesetz fallen gelassen hat. Es ist sogar wahrscheinlich, daß man an einer Vorlage arbeitet. Aber es scheint, daß man in den letzten Tagen immer mehr von dieser Lösung abgekommen ist, die besonders in Herrn Lloyd George einen warmen Freund haben soll. Nach der kläglichen Niederlage der Regierung in Süd-Manchester hat der Stern des Schatzkanzlers, den man für das Unglück in erster Linie verantwortlich macht, angefangen, merklich zu erbleichen. Die Liberalen verlieren das Vertrauen zu keiner Strategie. In der Unterredung, die der Premierminister gestern mit dem Vorstand der Bergarbeiterföderation hatte, rechtfertigte die Bergarbeiter ihre Minimallohnliste. Der Premierminister soll sich sehr sympathisch geäußert haben. Hoffentlich gelingt es ihm, die Sympathie in Laten unzuliegen.

In Northumberland haben gestern die Grubenarbeiter (deputies), 1300 Mann stark, die Arbeit niedergelegt. Diese Aufseher sind in den meisten Landesteilen viel schlechter daran als die eigentlichen Bergarbeiter. Ihr Lohn ist meist geringer und in den großen modernen Gruben führen sie ein wahres Grubelben. Da sie in einem viel größeren Abhängigkeitsverhältnis zu ihrem Arbeitgeber stehen als die Arbeiter. Die Kohlengrubenbesitzer Northumberland werden große Schwierigkeiten haben, ihre Gruben in Ordnung zu halten. In vielen Revieren haben auch die Obertagsarbeiter beschlossen, nicht wieder zur Arbeit zurückzukehren, bis ihre Forderungen (Minimallohn, Kostfundament) bewilligt worden sind. Verhandlungen zwischen ihren Organisationen und den Arbeitgebern finden augenblicklich statt.

Die Wirkungen des Streiks machen sich immer deutlicher bemerkbar. Kritisch wird die Situation aber erst in der nächsten Woche werden. Man erwartet dann, daß gegen 75 Proz. des Eisenbahnverkehrs ruhen wird. In London sind schon die Preise für Fische und Del in die Höhe gegangen. Anfaß sind die Versuche der bürgerlichen Streikbrechervereine, dem Streik den Garaus zu machen. Diese Organisationen, die in der Banik des Eisenbahnstreiks das Licht der Welt erblickten, tun sehr geschäftig und veröffentlichten hochtrabende Manifeste, um die sich niemand kümmert. Auch die Oxford Studenten haben eine Organisation geschaffen, die dem Bergarbeiterstreik zuleibe gehen will. 300—400 dieser jungen Menschen haben sich bereit erklärt, Grubenarbeit zu verrichten und wenn nötig, in die Bergwerke zu steigen. Um ihren Eifer zu kurieren, sollte man einige fette Korpsstudenten ein paar Tage in einem Flöz arbeiten lassen, wo die Kohle nur 18 Zoll dick ist.

Die Meldungen bürgerlicher Blätter, daß unter den Bergarbeitern Verbotszettel und anderer Reviere Zwangsigkeiten ausgebrochen seien und daß man in einigen Tagen in einem Teil der Gruben die Arbeit wieder aufnehmen werde, sind erfunden. Die Solidarität der Arbeiter ist unerschütterlich und wird durch den hartnäckigen Widerstand der Unternehmer nur gestärkt werden.

Der Krieg.

Der nationale Koller der Italiener

äußert sich auch im Geschäftsleben. So berichtet der Mailänder Korrespondent des „Coursiers“, daß die Banca Commerciale Italiana die in ihrem Verwaltungsratsausschüsse tätigen Ausländer (Deutsche, Schweizer und Oesterreicher) ausschneiden und durch Italiener ersetzen will. Die Verwaltungsratsmitglieder sind der Ansicht, daß sie um des Geschäftes willen der nationalistischen Strömung im Lande entgegenkommen müssen.

Ein italienisches Dementi.

Nach 8. März. (Meldung der „Agenzia Stefani“.) Nach einer über Wien aus Konstantinopel hierher gelangten Meldung soll der türkische Kriegsminister die Nachricht verbreitet haben, daß es den Türken und Arabern in der Nacht vom 5. auf den 6. d. M. gelungen sei, Margheb wieder zu besetzen. Diese Nachricht ist ganz unrichtig. Bei dieser letzten Aktion haben die Türken und Araber eine wirkliche Niederlage mit sehr erheblichen Verlusten erlitten; Margheb befindet sich im festen Besitz der italienischen Truppen.

Die Türken schreiben sich den Sieg im Kampfe bei Margheb zu.

Konstantinopel, 8. März. Nach einer beim Kriegsministerium eingelaufenen Depesche ist es den Türken und Arabern gelungen, nach dem in der Nacht zum 6. d. M. unternommenen Angriff die Anhöhe von Margheb wiederzubesetzen.

Die Revolution in China.

Auszahlung der Anleihe.

Shanghai, 7. März. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Das Okermächtigkeits-Bankensyndikat hat heute eine Million Taels an die provisorische Regierung ausgezahlt. Es wird erwartet, daß vor Ablauf der nächsten Woche weitere sieben Millionen Taels an die chinesischen Regierungsbehörden in Kanton und Peking überwiesen werden. Im ganzen wird die Regierung voraussichtlich den Bestand der Bankengruppe bis zu einer Höhe von monatlich sieben Millionen Pfund Sterling für die nächsten sechs Monate in Anspruch nehmen, und die Bankengruppe ist augenblicklich damit beschäftigt, eine Anleihe für diesen Zweck zustande zu bringen. Der Kontrakt wird demnächst unterzeichnet werden.

Soldatenmeuterei in der Mandchurei.

Rußden, 8. März. Ein Teil der in der Mandchurei gelandeten Expeditionstruppen der russischen Armee hat sich, trotz der Aufforderung der Konfingler Regierung, abzuziehen, in der an Schwanz grenzenden neutralen Zone festgesetzt und sich in eine Räuberbande verwandelt. Das gegen sie entsandte dritte Bataillon der Polizeitruppen hat sich ihnen angeschlossen. Aus Kaiping ist eine Abteilung ausgesandt, um die Räuber zu zerstreuen.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 8. März 1912.

Bauarbeiterschut.

Zum Etat der Bauverwaltung, mit dessen Beratung das Abgeordnetenhaus am Freitag begann, hat die sozialdemokratische Fraktion einen Antrag eingebracht, der die Regierung ersucht, 1. einen Gesetzentwurf zur Regelung des Bauarbeiterschutzes vorzulegen, der insbesondere die Anstellung von Baukontrolleuren aus der Arbeiterklasse vorsieht, 2. bis zum Erlaß dieses Gesetzes anderzuzüglich durch Verordnung herbeizuführen, daß a) der Beginn von Bauarbeiten auf dem Lande abhängig gemacht wird von dem Nachweise, daß für die beim Bau beschäftigten Arbeiter ausreichende Wohngelegenheit vorhanden ist, b) sämtliche Verordnungen über den Schutz von Arbeitern bei Ausführung von Hoch- und Tiefbauten auf alle ländliche Gemeinden und Gutsbezirke ausgedehnt werden.

Der auch nur einigermaßen mit den Verhältnissen auf dem Lande vertraut ist, der wird diesen Antrag für etwas ganz Selbstverständliches halten, und sich höchstens darüber wundern, daß es überhaupt noch solcher Anordnungen bedarf, um den Bauarbeitern wenigstens ein Mindestmaß von Schutz für Leben und Gesundheit zuteil werden zu lassen. Andere Staaten, z. B. Bayern, sind in dieser Beziehung längst mit gutem Beispiel vorangegangen. Der größte deutsche Bundesstaat aber will von einem Arbeiterschutze nichts wissen, er hat den Arbeiterschutz und den Arbeiterschutze auf seine Fahne geschrieben, und das Dreiklassenparlament, das die Dreifachheit besitzt, sich eine Volksvertretung zu nennen, hat das bei der Behandlung des sozialdemokratischen Antrages aufs neue bewiesen.

Auch der ärgste Gegner der Sozialdemokratie wird dem Gesagten zuzustimmen, der den Antrag begründete, das Zeugnis nicht verfallen können, daß er sich einer großen Sachlichkeit befleißigt. Unumwunden erkannte er das Gute in den ministeriellen Verordnungen zum Bauarbeiterschutze an, aber leider werden diese Verordnungen nicht befolgt, sie stehen in der Praxis vielfach nur auf dem Papier. Es waren grauenhafte Bilder der Vernachlässigung auch nur der bescheidensten hygienischen und sittlichen Forderungen, die Reinert — gestützt auf ein überwältigendes Material — vor dem Hause entrollte, aber er predigte laubene Ohren, die regierende Kaste in Preußen will solche eines Kulturstaates unwürdigen Zustände betreiben.

Am meisten Verständnis für den Bauarbeiterschutze legte noch der Minister v. Breitenbach an den Tag. Zwar lehnt er den Antrag ab, aber er gesteht doch indirekt zu, daß Mängel vorhanden sind. Nur glaubt er, daß er sie auf dem Verwaltungswege unter Schonung junkerlicher Interessen beseitigen kann.

Schon dies geringe Entgegenkommen des Ministers, das von unserem Standpunkt aus freilich ein Entgegenkommen nicht genannt werden kann, brachte die Junker in Gornisch. Sachliche Argumente gegen den Antrag können sie nicht ins Feld führen, und so muß denn wieder einmal das „rote Geipensil“ herhalten. Herr v. Malchahn (L.) erblickt in dem Antrag nichts weiter als einen sozialdemokratischen Vorstoß, um auf dem Lande Einfluß zu gewinnen, und ähnlich äußerte sich Herr v. Bohne (A.), der sogar über übertriebene Forderungen der Hygiene und über Verweigerung des Volkes zeterie, das es vorzieht, statt in Schweinefällen in Wohnungen zu übernachten, und schließlich mit einem Streik der Baumunternehmer auf dem Lande drohte.

Wenn auch die Abstimmung über den Antrag erst am Sonnabend erfolgt, so ist sein Schicksal doch schon besiegelt. Vom Junkerparlament etwas Vernünftiges zu verlangen, hieße eben unmögliches fordern.

Das Herrenhaus für die Arbeitwilligen.

Jawohl, der Streikterrorismus der freien Gewerkschaften ist schon so arg, daß ihn der vaterländische, königstreue Arbeiter von Putzamer nicht mehr länger ertragen kann. Deshalb muß er beim Herrenhaus beantragen, einen noch größeren Schutz für die Arbeitwilligen zu fordern und am Dienstag werden die Herren, die vorgestern die Arbeitsscheuen bekämpft haben, die Arbeitwilligen zu schützen begehren. Die Reden, die dafür gehalten werden, kennt man ja schon vorher: Eine Summe von Dertel, Carner, Fiebertwih und Wehrens, potenziert durch die Gewißheit, niemals von dem Vöbel ein Mandat erbitten zu müssen. Sei, kann das ein Jagen werden! Reugierig darf man auch auf die Ratheder-sozialisten und Rechtslehrer sein. Was man von den Oberbürgermeistern zu erwarten hat, weiß man: sind sie doch zu meist die Polizeigewaltigen ihrer Stadt.

Am gestrigen Freitag ging es in dem schönsten Berliner Parlamentsaal um 10 ruhiger zu. Man erledigte rasch die Abänderung der Bestimmungen des Vergesetzes über die Knappschaffskassen, die durch die Reichsversicherungsordnung erforderlich geworden sind. Weiter werden die Knappschaffskassen für die Pensionsversicherung ihrer Beamten als Erlasskassen zugelassen und die Bestimmungen des Vergesetzes über die Knappschaffskassen werden zu einem eigenen Knappschaffsgesetz vereinigt.

Somit wurden eine Anzahl Forderungen debattelos erledigt. Bei dem Gesetz zur Entlastung der Oberrechnungskammer — was werden sich die Bürokraten freuen, wenn sie vor der tausendarmigen Rechenmaschine von Votsdam in einigen „Belangen“ weniger zu zittern brauchen werden — teilte der Finanzminister Lenze mit, daß im nächsten Lenze alle Staatsbehörden dem Politischeverkehr angeschlossen sein werden. Die Fütterung des Molochs wird den Untertanen immer bequemer gemacht; bald nährt er sich nur mehr von — Zahlkarten. Er wird auch dabei gedeihen.

Am Beginn der Sitzung wurde allen Breuchen die Freudenbotschaft verkündet, daß 350 geborene und ernannte Gesetzgeber das Vaterland noch hinter dem Dreiklassenwahl vor dem Umsturz behüten. O Preuche, Du schwarzweißer Steinklopferhans, es kann Dir ja nix g'scheh'n!

Der keine Befähigungsnachweis für die Minister des neuen bayerischen Kabinetts.

Das Hertlingsche Ministerium in Bayern hat Pech. Der Minister des Innern, Freiherr v. Soden, der als starker Mann dazu bestimmt ist, die rote Blut abzumähen, erlitt am Freitag unter allgemeinem Hohngelächter eine beschämende Niederlage. Auf der Tagesordnung stand der aus dem Vorjahre wiederholte sozialdemokratische Antrag eines Staatszuschusses von 200 000 M. für gemeindliche Arbeitslosenversicherung. Ein liberaler Antrag forderte die prinzipielle Anerkennung eines Staatszuschusses, ohne Einsetzung einer bestimmten Summe. Das Zentrum ließ durch den einzigen im Landtage übriggebliebenen christlichen Arbeiterssekretär Oswald verkünden, daß seine Partei der Arbeitslosenfürsorge immer ein „angemessenes“ Wohlwollen nicht versagt habe. Dieses angemessene Wohlwollen bestätigte der Zentrumredner dadurch, daß er überhaupt keinerlei Stellungnahme verriet, sondern nur leere Worte machte. Der Minister des Innern aber stammelte hilflos, er sei auf diese wichtige Frage noch nicht vorbereitet; er habe sich nur auf die

Maul- und Klauenfauche eingerichtet: ein Thema, das am Freitag zwar zuerst auf der Tagesordnung stand, das aber ohne Debatte an den Ausschuss verwiesen wurde. Da nun der Minister nichts von der Materie wußte, behielt er sich seine Stellung vor. Auf die gepfefferten Antworten der Linken, verschänzte sich der Minister des Innern hinter der Ausrede, daß er respektlos überhaupt nicht zu dieser Requisition verpflichtet wäre. Das sei eigentlich Sache des Ministerpräsidenten Herrn v. Hertling, der aber leider nicht auftretend sei. Genosse v. Haller kündigte daraufhin einen sozialdemokratischen Antrag auf Einführung des kleinen Befähigungsnachweises für bayerische Minister an, wofür er einen Ordnungsruf erhielt.

Schließlich erniedrigte das Zentrum auch die Abstimmung über den Antrag zur Post. Während die Liberalen erklärten, daß sie nunmehr für den sozialdemokratischen Antrag eintreten würden, stimmte das Zentrum für den liberalen prinzipiellen Antrag, lehnte aber den sozialdemokratischen positiven Antrag ab, nachdem es den Antrag auf namentliche Abstimmung verhindert hatte.

Ein neues Motuproprio.

Die römische Kurie scheint von einer wachsenden Manie besessen zu sein, durch neue Verordnungen die katholische Welt zu reinigen. Schon steht wieder ein neues Motuproprio in Aussicht. Wie der „Vater Kurier“ meldet, soll es zum Ostersfest erscheinen und folgende Reformen verfügen:

Das Alter für die Weihe eines Priesters wird auf das 28. Lebensjahr festgesetzt, während jetzt jedermann mit 24 bezw. 25 Jahren zum Priester geweiht werden kann. Die theologischen und philosophischen Studien werden infolge dessen länger dauern, und zwar sollen 5 Jahre auf das Studium der Theologie und 1 Jahr auf jenes der Heiligen Schrift verwendet werden. Innerhalb dieser langen Zeit wird sich der Kleriker die notwendigen priesterlichen Funktionen aneignen können und so die Weihe nach vorzüglichen Vorbereitungen empfangen. Unter den Anordnungen, welche die Strenge der langen Studienzzeit mildern, sind einige hervorzuhellen. Die Jünglinge, welche die Studien vor dem 28. Lebensjahre vollendet haben, können als Mitbewerber der Pfarren verwendet werden bei den Funktionen, zu welchen die priesterliche Weihe nicht erforderlich ist. Auf diese Weise erhalten sie auch eine finanzielle Unterstützung. Das Dekret soll im Jahre 1913 in Kraft treten.

Die Ursachen, die den Papst zum Erlasse dieses Dekretes bewegen haben, sind folgende:

1. Die katholische Kirche ist oft beschuldigt worden, daß sie das Gelübde der Keuschheit den Jünglingen in einem Alter auferlege, in welchem sie die große Bedeutung dieser ihrer Verpflichtung nicht erkennen können. Es erscheint daher angemessen, das Weichealter auf das 28. Lebensjahr festzusetzen als die Zeit, in welcher die Priesterkandidaten das Keuschheitsgelübde ablegen.
2. Durch diese Verfügung ist ein großer Zeitraum geschaffen, in dem sich die Kleriker auf die großen Anforderungen im Priesteramt in Studium und Praxis vorbereiten können, und 3. erwerben sie in dieser langen Zeit des Studiums und der Praxis gegen die Anfechtungen und Versuchungen der Zeit eine größere Kraft, so daß sie besser geprüft und besser vorbereitet ihren Beruf ergreifen.

Ein dummpfiffiger Denunziationsversuch.

In Scherndorf, einem Orte im Wahlkreis Pöhlhausen-Langensalza, waren 13 Stimmen für den sozialdemokratischen Reichstagskandidaten Genossen Schäfer am Stimmabgabe gegeben worden. Die Weigenseer Zeitung, Kreisblatt für den Weigenseer Kreis, gibt ihre Spalten für ein Eingeländt her, worin in raffinierter Art versucht wird, die mutmaßlichen sozialdemokratischen Wähler öffentlich bekannt zu geben. Das Eingeländt lautet wörtlich:

Eingeländt.

Vor nicht langer Zeit kam ich auf ein Dörfchen im Kreise Weigensee. Hier hatten sich 11 Bewohner zusammengetan, um eine Schäferei einzurichten. Die Umgebung paßte ganz gut dazu, aber es fehlte mancherlei. Vor allen Dingen war die Beteiligung zu gering, um einen besonderen Schäfer anzustellen. Aber es wurde Rat geschafft, denn ein possender Hirt fand sich schon unter den Teilhabern, so wurde nun das kleine Dörfchen nach dem Ostwalde zusammengetrieben. Aber der Stand war dort so hart und wuchs so wenig Futter, daß es einem, trotzdem noch zwei Pfleger angeheilt wurden, grauste, die Schäferei anzugehen, denn sie wurden von Tag zu Tag spitzer. Einer der etwas mehr Dünkel im Kopfe hatte, kam auf den Gedanken, den ganzen Haufen nach dem schönen Felde (Schönfeld) zu treiben, wo sie anfänglich auch etwas besser gediehen und sich auch nach 2 stille Teilhaber fanden, aber die große Schlappe kam und so sprach der Koch zum Tische: Sehe die Pfanne zurecht und stecke sie alle hinein. Der Köpfer war aber nicht damit einverstanden, sondern meinte: Hebe sie auf! Ich habe einen großen Kessel, da gehen sie besser hinein und wenn wir dann ein bißchen Krausekohl hinstuen, gibt es immer noch einen schönen Schmaus. Das ist eine wahre Geschichte, geschähen im Januar 1912. Den Leuten wird es aber in Zukunft hoffentlich vergehen, mit einer solchen geringen Beteiligung noch eine Schäferei zu gründen.

Die gesperrten Worte sind die Namen derjenigen Reichstagswähler, die nach Annahme kluger Leute sozialdemokratisch gewählt haben sollen. Interessant wäre es zu erfahren, wie der Verfasser des Eingeländts die sozialdemokratischen Wähler herausgefunden hat. Die Reichstagswahl ist geheim, jeder Verletzung des Wahlgeheimnisses ist Strafe angedroht. Fegefeuer ist es aber, daß ein amtliches Organ das Eingeländt ohne jede Bemerkung aufnimmt. Die Redaktion der Weigenseer Zeitung ist also im vollen Maße für das Nachwerk verantwortlich. Es werden außerdem so viel Vorkommnisse, die am Stimmabgabe in Sch. sich zugetragen haben sollen, berichtet, daß es rätlich erscheint, die Angelegenheit etwas näher zu prüfen.

Ist die sozialdemokratische Agitation unter Beamten verboten?

Die ober-schlesische Agitationsleitung unserer Partei verschickte im Sommer vorigen Jahres an sämtliche Beamte ihres Bezirkes eine Broschüre „Beamtenum und Sozialdemokratie“ als Drucksache. Anstoß daran nahm anfangs kein einziger Empfänger, vielmehr wurden sogar weitere Exemplare verlangt. Erst als die Zentrumspresse einige Beamte deshalb sozialistischer Matriere denunzierte, fühlten sich auf einmal sechs Polizeibeamte aus Natowitz beleidigt und stellten Strafantrag gegen den Bezirksleiter Hertling, Beuten und gegen den Genossen Haude-Natowitz, der die Broschüre verhandelt hatte. Am 28. Februar fand die Verhandlung vor der Strafkammer in Beuten statt. Genosse Haude bekannte sich nur als Abfender der fraglichen Broschüre, bestritt aber ganz energisch, sich dadurch der Beleidigung schuldig gemacht zu haben. Hertling verzweigte jede Schuld, weil er zur fröhlichen Zeit in einem Sanatorium weilte. Nach Verlesung der Broschüre stellte der Vorsetzende aus den Akten fest, daß der Strafantrag erst gestellt wurde, nachdem die „Beleidigten“ mit ihren Borgschritten Rücksprache genommen hatten, was auch von Hertling bestätigt wurde. Der Staatsanwalt war der Meinung, daß hier eine große Beleidigung vorliege. Man könne einem Beamten unmöglich zunutzen, sozialdemokratische Broschüren zu lesen. Hertling sollte 150

Marf. Hauke 50 R. zählen. Das Urteil wurde einige Tage später gefällt. Beide Angeklagten wurden freigesprochen. Bei dem Genossen Hauke wurde die Freisprechung folgendermaßen begründet: Das Versenden sozialdemokratischer Broschüren an Beamte sei an sich eine Verleumdung. Dem Angeklagten Hauke stehe aber der § 193, die Wahrung der berechtigten Interessen, zur Seite, weil er ein gegen Gehalt angestellter Parteibeamter sei. Zu seiner Tätigkeit gehöre demnach auch das Versenden der fraglichen Broschüren, denn er konnte den Verlust seiner Stellung befürchten, wenn er seine Agitation nicht tatkräftig betriebe. Unter den Beamten für die Sozialdemokratie zu agitieren, sei durchaus nicht verboten. Das Verdict stehe nicht auf dem Standpunkt, daß ein Beamter niemals einen Sozialdemokraten wählen dürfe. Solcher Fall sei sehr wohl denkbar, denn es könnten Fälle vorkommen, wo der Sozialdemokrat als das kleinere Übel zu bezeichnen sei.

Spiegelzensur?

Herr Gustav Landauer schreibt uns:
Ich halte es für meine Pflicht, die Öffentlichkeit auf ein Vorgehen der Staatsanwaltschaft am Landgericht I in Berlin aufmerksam zu machen, das, wenn es Erfolg hätte, nichts anderes vorbrächte, als die Wiedereinführung der Zensur über Proseherzeugnisse mit Hilfe korrupter Spigelwirtschaft. Folgendes ist der Sachverhalt:
Unter meiner Mitwirkung konstituierte sich im Herbst vorigen Jahres im Anschluß an die durch die Marokkofrage aktuell gewordene Straßenszene ein „Ausschuß für den freien Arbeitertag“, der zunächst eine kleine Flugchrift „Die Abschaffung des Krieges durch die Selbstbestimmung des Volkes“ herausgeben wollte. Diese Flugchrift war noch in Vorbereitung, der Druck war noch nicht beendet und kein Exemplar war verbreitet worden, als sie am 4. Dezember beim Verleger und Drucker beschlagnahmt wurde. Staatsanwalt und Amtsgericht nahmen an, der Inhalt der Schrift verleihe sich gegen § 110 Str.-G.-B., indem in ihr zum Streik und also, folgte die Behörde, zum Kontraktbruch aufgefordert werde. Nun setzt aber § 110 die Verbreitung einer Druckchrift voraus, und der Versuch ist nicht mit Strafe bedroht. Herausgeber und Verleger, gegen die sich die Beschuldigung richtete, erklärten daher und ebolten sich zum Beweis, daß kein Exemplar der Schrift noch verbreitet worden sei; mit dürren Worten erklärten sie, daß die politische Polizei, die sich rühmte, trotzdem ein oder mehrere Exemplare der Schrift zu besitzen, diese nur von einem Spigel erlangt haben könne, der sie gestohlen haben müsse.

Vor kurzem ist es nun gelungen, diesen Polizeispigel zu entlarven und zu vollem Geständnis zu bringen. Eduard Reimann nannte er sich in den Kreisen der Anarchisten und des Sozialistischen Bundes, mo er als Genosse verkehrte; Georg Pravitj heißt er in Wirklichkeit und ist am 23. August 1890 zu Neuruppin geboren. Er diente seit Jahren der Kriminalpolizei als Sigilant in Verbrechenkreisen und der politischen Polizei, besonders dem Polizeikommissar Runke, als Spigel, der diesem Beamten alles, was er durch seine Beziehungen erfährt, gegen Vergütung zutrug. Erst vor kurzem ist auf Grund seiner Mitteilungen ein ausländischer Genosse festgenommen und ausgewiesen worden. Dies und noch viele Einzelheiten hat er, von der Last der Beweislücke erdrückt, gestanden; unter den Beweislücken befand sich eine vom Kommissar Rantewell ausgestellte Legitimationskarte als Polizeigenosse mit seinen Personalien und seiner Photographie; noch seinem Geständnis wurde ihm auch ein eigenhändig vom Kommissar Runke an ihn geschriebener Brief neuesten Datums abgenommen. Dieser in seinem Dienst stehende und bezahlte Polizeispigel Pravitj alias Reimann hat unter anderem auch gestanden, der politischen Polizei ein Exemplar genannter Druckchrift, das er sich widerrechtlich vor der Verbreitung angeeignet hatte, überliefert zu haben.

Schon bevor es zu dieser Enttarnung kam, hat der Staatsanwalt sich entschlossen, das Verfahren gegen die beschuldigten Personen einzustellen. Nun aber beginnt das Merkwürdige und für die Pressefreiheit Bedrohliche: er lehnt es ab, die Flugchrift herauszugeben und strengt das sogenannte objektive Verfahren gegen sie an. Dieses Verfahren ist nur in dem Fall zulässig, daß das Verfahren gegen eine bestimmte Person nicht ausführbar ist. Hier aber ist in Wahrheit gar kein Verfahren ausführbar, weder gegen eine Person noch gegen die Druckchrift, weil noch gar keine Straftat begangen ist. Es besteht nicht der geringste Zweifel, daß die erfolgte Verbreitung ein Ergebnis des Strafverfahrens nicht nur gegen Personen, sondern auch gegen die Schrift selbst ist; jezt beschuldigt sie der Staatsanwalt, sie werde sich — im Fall der Verbreitung — des Vergehens gegen § 110 schuldig machen. Ein solches Verfahren ist etwas weitläufiger als die längst abgeschaffte Präventivzensur. Unter der Herrschaft der Zensur reichte der Verleger die Druckchrift bei der Behörde ein; daraufhin konnte sie konfisziert werden; das vom Beschuldigten beschriebene Einreichung des ersten Exemplars stand für die Verbreitung. Wer hat jezt, als die Schrift noch gar nicht zur Herausgabe bereit war, die Einreichung befohlen? Ein bezahlter Polizeispigel, der ein Exemplar der Schrift eingestandenermaßen gestohlen hat!

Die Sache wird am 25. März vor der 3. Strafkammer des Landgerichts I verhandelt werden. Aus folgenden Gründen aber ist es nötig, unverzüglich die Öffentlichkeit auf den bedrohlichen Versuch aufmerksam zu machen: Das Gericht kann dazu kommen, die Druckchrift freizugeben, ohne zu dem gefährlichen Versuch der sich auf die Spigelwirtschaft der politischen Polizei stützenden Staatsanwaltschaft auch nur Stellung zu nehmen. Der Inhalt der Schrift bietet gar keine gefährliche Handhabe zur Verfolgung; und überdies ist das Gericht überhaupt zur Einziehung einer Druckchrift nach § 42 Str.-G.-B. nur berechtigt, nicht verpflichtet. Es kann also die Zumutung aus beliebigen Gründen ablehnen, ohne den Versuch des Staatsanwalts, die Spiegelzensur einzuführen, in der Begründung zurückzuweisen. Um so mehr Grund, auf der Hut zu sein und alle zum Protest aufzufordern, die Rechtsgewissen, Rechtsverständnis und Rechtskenntnis haben.

Was nicht zu befürchten ist, der Anklagebehörde könnte ein Opfer entgehen. Recht muß Recht bleiben! Man stelle den Rechtszustand wieder her und gebe denen, die beabsichtigten, die Flugchrift zu verbreiten, zurück, was ihrer Verfügung und Entschließung gehören muß, solange sie aus der Absicht keine Tat gemacht haben. Dann wird es ohne Zweifel zu der Verbreitung kommen, die ein Spigel gestört hat, und wenn der Staatsanwalt dann eingreifen will, hat er jedenfalls das formale Recht dazu.

Volk und Krone.

Wenn der Absolutismus des Kaisers für das Gebiet des Deutschen Reiches, für ein 65 Millionenvolk, heute auch schon mehr oder weniger von bürgerlicher Seite abgelehnt wird, — an der Tatsache des preussischen Absolutismus wagt selbst der begeisterte Nationalliberale nicht zu zweifeln. Vor einigen Tagen zeigte der „Vorwärts“ an der Hand der deutschen Reichsverfassung, welche Macht dem Träger der Kaiserkrone in Deutschland zusteht.

Preußen will aber auch regieren! Daß hier die königliche Macht noch viel reiner kristallisiert ist, als in der bismarckischen Reichsverfassung, versteht sich am Ranke.

Sehen wir uns einmal an, was der königlichen Macht in Preußen auf Grund der Verfassung, die bekanntlich nicht abgelehnt, sondern oktrahiert ist, an Tätigkeit und Recht zusteht.

Artikel 43 lautet: Die Person des Königs ist unantastbar. Artikel 44 lautet: Die Minister des Königs sind verantwortlich. Alle Regierungsgeschäfte des Königs bedürfen zu ihrer Gültigkeit der Gegenzeichnung eines Ministers, welcher dadurch die Verantwortlichkeit übernimmt.

Artikel 45 lautet: Dem Könige allein steht die vollziehende Gewalt zu. Er ernannt und entläßt die Minister. Er befiehlt die Verkündung der Gesetze und erläßt die zu deren Ausführung notwendigen Verordnungen.

Artikel 46 lautet: Der König führt den Oberbefehl über das Heer.

Artikel 47 lautet: Der König besetzt alle Stellen im Heere sowie in den übrigen Zweigen des Staatsdienstes, sofern nicht das Gesetz etwas anderes verordnet.

Artikel 48 lautet: Der König hat das Recht, Krieg zu erklären und Frieden zu schließen, auch andere Verträge mit fremden Regierungen zu errichten. Letztere bedürfen zu ihrer Gültigkeit der Zustimmung der Kammern, sofern es Handelsverträge sind, oder wenn dadurch dem Staate Lasten oder einzelnen Staatsbürgern Verpflichtungen auferlegt werden.

Artikel 49 lautet: Der König hat das Recht der Begnadigung und Strafmilderung. Dem Könige steht die Verleihung von Orden und anderen mit Vorrecht nicht verbundenen Auszeichnungen zu. Er läßt das Münzrecht nach Maßgabe des Gesetzes.

Artikel 51 lautet: Der König beruft die Kammern und schließt ihre Sitzungen. Er kann sie entweder beide zugleich oder auch nur eine auflösen.

Artikel 52 lautet: Der König kann die Kammern verlagern.

Artikel 53 lautet: Die Krone ist, den königlichen Hausgesetzen gemäß, erblich in dem Mannestamme des königlichen Hauses nach dem Rechte der Erstgeburt und der agnatischen Vinalfolge.

Artikel 54 lautet: Der König wird mit Vollendung seines 18. Lebensjahres volljährig.

Das ist nur eine bescheidene Auswahl von Artikeln der preussischen Verfassung, die mehr durch ihre Auffassung der Staatsverhältnisse als durch den tatsächlichen Inhalt ihrer Befugnisse auffallen.

Wenn schon die deutsche Reichsverfassung stark der Auffrischung bedarf, die preussisch-königliche Hausordnung, die nur aus Versehen zu einem Staatsgesetz geworden ist, gehört ins Hohenzollernmuseum, Aubril: Siebzehntes Jahrhundert. Sie zeigt der vorwärtstrebenden Kulturwelt zugleich, welche Reaktionsmomente in Preußen noch zu überwinden sind.

Frankreich.

Kolonialopfer.

Paris, 8. März. „Echo de Paris“ bespricht den kürzlich von dem früheren Oberstabsarzt des marokkanischen Expeditionskorps Debré verübten Selbstmord und behauptet, der unglückliche Arzt sei ein Opfer der Nachlässigkeit der Kriegsverwaltung, die für den Sanitätsdienst des Expeditionskorps gar nichts vorgeesehen habe. Die Truppen seien auf dem Marsche wie Fliegen umgefallen, und Dr. Debré habe, nachdem er sich vergebens an das Kriegsministerium gewandt, um keine Zeit zu verlieren, aus dem Auslande sich die notwendigen Hilfsmittel kommen lassen. Aus Furcht vor Interpellationen über die große Sterblichkeit bei dem Expeditionskorps habe man Debré zum Sündenbock ausersehen, und dieser sei in den Tod gegangen, als er seine Laufbahn auf so ungerechte Weise vernichtet sah.

Die Wahlreform im Wasser.

Paris, 6. März. (Fig. Ver.) Die Gegner der Wahlreform blasen Jubelfanaren. Herr Poincaré hat sich nämlich gestern von der Reform, die doch an der Spitze seines Programms stand, losgelöst. Zwar nicht ausdrücklich, aber doch in einer Weise, die den radikalen Bezirkspolitikern volle Genugtuung gibt, indem er erklärte, daß er keine Reform gegen 240 Republikaner machen wolle. Das heißt, nicht die Mehrheit mehr soll in der französischen Demokratie entscheiden, sondern eine Minderheit, die sich annäht, den Stempel des Republikanismus nach ihren Interessen zu gewähren. Herr Poincaré, den man doch sonst wächtig nicht in der Gesellschaft der Vulgärradikalen zu sehen gewohnt war, hat gestern die überrassende Theorie verfochten, das Kriterium dafür, ob die Stimme eines Deputierten für die Wahlreform überhaupt gezählt werden solle, sei sein Verhalten beim Gesetz über — die Trennung von Kirche und Staat! Ein seltsames Befehrsgebot, dieser Radikalismus des gemäßigten Ministerpräsidenten. Sollte es nicht die Präzedenzentswahl sein, die da ihren Schatten vorauswirft?

In der „Humanité“ erhebt Jaurès einen leidenschaftlichen Protest gegen ein Verhalten, das in der Tat die Verleugnung des parlamentarischen Prinzips überhaupt in sich schließt. Vorgestern hat die Mehrheit der Kammer beschlossen, den Vorschlag Jaurès, der für die Zuteilung der nicht durch Erreichung des Wahlquotienten erreichten Mandate ein doppeltes „Apparentment“ — eine Verbindung verschiedener Parteien in einem Departement und die Zusammenzählung der einer und derselben Partei verbliebenen Stimmenreste in mehreren Departements — vorschlag, in Erwägung zu ziehen, und die Kommission fügte dieser Konzeption an die Gegner des reinen Proporz noch die weitere der Prämien-gewährung an die Mehrheit hinzu. Aber weil am Montag 240 „Republikaner“ gegen die Zuweisung des Jaurèschen Antrages an die Kommission gestimmt haben, soll die Abstimmung überhaupt nicht gelten.

Was wird nun geschehen? Es ist klar, daß die Anhänger des Proporz diese offensbare Verletzung des parlamentarischen Mehrheitsrechts, die just zugunsten der angeblich überzeugten Anhänger des Mehrheitsprinzips verübt wird, nicht ruhig hinnehmen können. Aber es ist fraglich, ob die Proportionalisten der bürgerlichen Linken anhalten werden, wenn es gilt, einen rücksichtslosen Kampf gegen die Reformgegner zu führen. Der allererste Schritt müßte sein, daß die Anhänger des Proporz bei den Erstwahlen in allen Fällen im zweiten Wahlgang zusammenstünden, ohne Rücksicht auf die berühmte „republikanische Solidarität“.

Syndikalismus und Manchesterliberalismus.

Paris, 5. März. (Fig. Ver.) Die „Bataille Syndicaliste“ ist dabei, die Irrtümer zu zerstreuen, die in der liberalen Bourgeoisie lang genug über das Wesen der syndikalistischen Theorie bestanden haben. In ihrem heutigen Artikel über den englischen Bergarbeiterstreik schreibt sie: „Ein Gesetz machen, um einen Minimallohn zu dekretieren, bedeutete die Intervention des Staates in den

ökonomischen Beziehungen aufzulegen, wo er nichts zu suchen hat. Es hieße in weiterer Folge das obligatorische Schiedsgericht einführen und der gefährlichen Einschüpfung von Politikern und Beamten die Sorge für die Regelung der Arbeitsbedingungen übertragen. Es hieße, alle ökonomischen Gesetze bergewaltigen, das Streikrecht zunichte machen, den Appell der Arbeiter an die Gewalt gegen die Herrschaft der Unternehmer unterbinden, die direkte Aktion verneinen und jede Emanzipationsbestrebung durch die Ablenkung der Arbeiter zu einem in seiner Macht monstrosen und in seinen Befugnissen maßlosen, Verletzung spielenden Staat abwenden.“ — Diese Doktrin findet gerechtere, mögen volle Anerkennung beim — „Temps“, der den Artikel der „Bataille Syndicaliste“ überaus „interessant“ und wir werden fast versucht, zu sagen: „überaus verständlich“ nennt. Das Organ der Großfinanz stellt mit Genugtuung fest, daß „der Syndikalismus, wenn man ihn seiner leider zu zahlreichen Exzesse entkleide, nicht auf einem Dogma wie der Sozialismus beruht und weniger theoretisch als praktisch ist. Der Syndikalismus ist das Eingreifen einer Kraft, um einer anderen Kraft ein Gegengewicht zu bieten. Seine Aktion, die direkt ist, besteht entweder im Kampf oder auch in Vereinbarungen. Es ist darum nicht überraschend, daß der soziale Jakobinismus des Herrn Asquith, der die Gewerkschaftsfrage und die Industrielle, die vor ihren Mandanten gleichermäßen verantwortlich sind, unter die Vormundhaft des Staates beugen will, auf der einen Seite der Parität nicht mehr Sympathie findet als auf der anderen.“

Der „Temps“ hat vollständig recht, wenn er so die innere Verwandtschaft seiner Ideen mit denen des anarchischen Syndikalismus aufzeigt. Er geht in seiner Begeisterung aber zu weit, wenn er diesem das Zeugnis ausstellt, daß er kein Dogma habe. Er hat allerdings seines für sich allein. Er teilt nämlich das seine mit dem bürgerlichen ökonomischen Liberalismus, der allerdings in dieser Verleugnung fast nur noch im Kaukasus und Rentnerland Frankreich fortlebt. Da ist es denn ganz in der Ordnung, daß die Kapitalistenpresse ihre Stellung zum Syndikalismus revidiert. Wenn dieser aus Respekt vor den heiligen „ökonomischen Gesetzen“ den Riesenkampf der englischen Arbeiterproletarier zu diskreditieren sucht, so verdient er es, daß der „Temps“ vor dem Prinzip der „direkten Aktion“ den Hut zieht und auf einmal in den Gewerkschaftsführern nicht mehr gewissenlose Demagogen und Volksbeirater, sondern gewissenhafte, den Massen gegenüber verantwortliche Mandatäre sieht.

Spanien.

Die Marokkofrage.

Madrid, 8. März. In der gestrigen Sitzung der Deputiertenkammer antwortete Ministerpräsident Canalejas auf eine republikanische Interpellation, in welcher der Rissfeldzug kritisiert wird: Die Vertraulichkeit der französisch-spanischen Verhandlungen verhindert mich, hier einen Plan für unser Vorgehen in Marokko zu entwerfen, aber ich kann nicht die Verantwortung auf mich nehmen, das einzige Gebiet, das der Ausdehnung Spaniens vorbehalten ist, aufzugeben. Sollten wir mit unbeschränkten Armen der Ausdehnung anderer Mächte zuschauen, als die Erregung, die durch das Vorgehen dieser Mächte hervorgerufen worden ist, schon bis an die Tore Melillas gedrungen war? Spanien wird sich von dem Augenblick an, wo das moralische und tatsächliche Protektorat Europas über Afrika hergestellt sein wird, auf ein friedliches Vorgehen beschränken. Es kann weder die von ihm besetzten Gebiete noch seine Einflusssphären aufgeben. Im übrigen erlaubt ihm seine wirtschaftliche Kraft, diese Haltung einzunehmen.

Persien.

Russisch-englische Verhandlungen.

St. Petersburg, 8. März. Die „Königliche Zeitung“ meldet aus Petersburg: Die russisch-englischen Verhandlungen über Persien sind ohne erhebliches Ergebnis beendet. Ein russischer Diplomat erklärte dem Korrespondenten der „Königlichen Zeitung“, man habe sich gegenseitig keine Kompetenzverweigerungen zugestanden, im übrigen sei man aber nicht über einen Meinungsaustausch hinausgekommen. Der frühere Schah habe zugestimmt, Persien zu verlassen, nachdem ihm Amnestie für seine Anhänger und 70 000 Tomans Jahresrente für ihn zugesichert seien. Die Abreise habe sich durch das Untertreiben auf dem Kaspischen See verzögert. Der Schah weile an Bord eines russischen Schiffes und reise nach Odessa. Persien erhalte eine gemeinsam von England und Rußland zu gewährende Anleihe. Eine Million Rubel sollen in den nächsten Tagen ausgezahlt werden.

Mazim Gorki über die persische Frage.

Die englische Gesellschaft „Pro Persia“ veranstaltet eine Enquete über Englands und Rußlands Beziehungen zu Persien. M. Gorki äußerte sich über diese Frage folgendermaßen:

„Ich finde, daß die Handlungen der russischen Regierung in Persien in nationaler Hinsicht für das russische Volk schädlich sind, ganz abgesehen davon, daß sie hinsichtlich der Perser unmenslich sind.“

Ich zweifle, ob man mittels der Kriegsgerichte und der Galgen den persischen Markt für immer für das russische Kapital gewinnen kann. Es unterliegt aber für mich keinem Zweifel, daß die russische Regierung durch ihre unsinnige Grausamkeit einen neuen und unversöhnlichen Feind des russischen Volkes im Iran großzieht.

Hierzu kommt noch, daß die Haltung der russischen Truppen in Persien eine verstärkte Propaganda des orthodoxen Panislamismus herbeiführen dürfte, der den schöpferischen Wert der europäischen Ideen und Prinzipien verneint. Die Handlungsweise der russischen Regierung erscheint also auch schädlich vom Standpunkt der Interessen der allgemeinen europäischen Kultur. . . .

Die russische Regierung tritt gegenwärtig in Europa als der einzige Verteidiger des Prinzips der despotischen Gewalt des Staates über die Persönlichkeit auf, dessen Verderblichkeit der Orient bereits anerkannt hat.

Rußland wird viel Branntwein nach dem persischen Marke ausführen, ich sehe aber nicht, welche nützlichen Ideen die russischen Beamten den Persern zu bringen vermöchten.

Und endlich glaube ich, daß die Okkupation Persiens weniger diktiert worden ist von den Interessen des russischen Kapitals, als von dem Wunsche der Dynastie Romanoff, dem Volke eine neue Schicksalsverteilung zu schenken und dadurch die dreihundertjährige Dauer ihrer Herrschaft zu verherlichen. Diese Dreihundertjahrfeier beruht bekanntlich auf einer Fiktion, während dieses „Geschick“ sich in eine Quelle der Leiden für das russische Volk verwandelt wird, denn es ist kaum anzunehmen, daß der Iran sich mit der ihm drohenden Unterjochung ausöhnen wird.“

Amerika.

Annahme der Schiedsgerichtsverträge.

Washington, 8. März. Der Senat hat die Schiedsgerichtsverträge mit England und Frankreich mit 76 gegen 3 Stimmen angenommen.

Gewerkschaftliches.

Die deutschen Bergarbeiter vor der Entscheidung.

Aus Anlaß der Reden von Vertretern verschiedener Parteien im Reichstage über die Bergarbeiterbewegung hatte der Staatssekretär des Innern, Dr. Delbrück, am Donnerstag mit einigen dieser Abgeordneten zu seiner Information eine Besprechung in seinem Dienstzimmer im Reichstagsgebäude. An dieser Konferenz nahmen teil die Abgg. Behrens (Wirtsch. Pg.), Giesberts (S.), Sachse (Soz.), Robert Schmidt (Soz.), Sofinsky (Pole) und der frühere Abg. Gué (Soz.). Unter den Regierungsvertretern befand sich auch der Oberbergbauhauptmann v. Behlen.

So scheint also in letzter Stunde die Regierung durch den Staatssekretär des Innern den Versuch unternommen zu wollen, vermittelnd einzugreifen, um den Ausbruch eines Riesenkampfes im Ruhrgebiet zu verhindern. Es wird jedoch vielleicht zu spät sein! Die Verhandlungen in der Konferenz drehten sich hauptsächlich um die Frage, ob, wenn die bestehenden Arbeiterausschüsse bei den Werkverwaltungen vorstellig und dort die Forderungen der Arbeiter vertreten würden, nicht der Friede erhalten bleiben könne. Ein Verhandeln der Arbeiterausschüsse verspricht jedoch wenig Hoffnung auf Erhaltung des Friedens. Sollte es wirklich diesmal, wenn die Arbeiterausschüsse von den Grubenverwaltungen zu Verhandlungen verlangt würden, anders kommen, so wäre das eine angenehme Enttäuschung, die von den Bergarbeitern gewiß freudig begrüßt würde. Die eingegangenen Antwortschreiben der Grubenverwaltungen lassen jedoch erkennen, daß die Herren ihre Stellungnahme den Arbeiterausschüssen gegenüber noch nicht geändert haben. Um das zu beweisen, werden wir nachstehend eine Anzahl Antworten veröffentlichen. Ein Teil der Antworten hat fast gleichlautend folgenden Wortlaut:

Wir müssen es ablehnen, uns zu den von Ihnen gestellten Forderungen zu äußern, da lediglich die nach Gesetzesvorschrift gebildeten Arbeiterausschüsse berufen sind, Anträge, Wünsche und Beschwerden zur Kenntnis der Zechenverwaltung zu bringen.

So wie diese Antwort lauten ungefähr 20 andere. Die Grubenverwaltungen wollen nur „Wünsche und Beschwerden“ der Ausschüsse „zur Kenntnis“ nehmen. Damit ist den Arbeitern nicht geholfen. Die Wünsche und Beschwerden sind den Zechenverwaltungen längst bekannt, ohne daß bisher irgend welche Abänderungen der bestehenden Zustände erfolgt sind. Änderungen würden auch nicht erfolgen, wenn die Arbeiterausschüsse erneut die Wünsche und Beschwerden der Arbeiter vortragen würden. Das wird auch klar und deutlich in einer Anzahl anderer Antwortschreiben gesagt, in denen darauf verwiesen wird, daß die Befugnisse der Arbeiterausschüsse durch die gesetzlichen Bestimmungen geregelt sind. Die gesetzlichen Bestimmungen, worauf man sich in den vorerwähnten Antwortschreiben beruft, besagen, daß der Arbeiterausschuss in Lohnfragen nicht zuständig ist. In einem andern Antwortschreiben wird gesagt:

Sofort unsere Belegschaft Anträge, Wünsche oder Beschwerden vorzubringen hat, war dazu im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen lediglich der Arbeiterausschuss unseres Zechens berechtigt.

Damit ist klipp und klar ausgesprochen, daß die Grubenverwaltungen es ablehnen, über die Forderungen mit den Arbeiterausschüssen zu verhandeln.

Die weiteren Antwortschreiben lauten größtenteils: Den Arbeiterausschüssen wolle man im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen eine Wirksamkeit zugestehen. Damit ist den Arbeitern aber nicht geholfen. Unter diesen Umständen sah die Vorstandskonferenz der an der Bewegung beteiligten Organisationen davon ab, die Arbeiterausschüsse mit weiterem Vorgehen in der Lohnfrage zu beauftragen, zumal schon feststeht, daß die Arbeiterausschüsse — abgeschreckt durch die schlechten Erfahrungen bei den Verhandlungen im Jahre 1911 — sich weigern, nochmals über Lohnfragen mit den Zechenverwaltungen in Besprechungen einzutreten.

Den Aktionsausschüssen der Verbände und der am Sonntag stattfindenden Revierkonferenz wird zwar ein Antrag: Die Arbeiterausschüsse mit den Verhandlungen zu beauftragen, vorgelegt werden, aber die Ablehnung dieses Antrages ist sicher.

Die Verbände versprechen sich nichts von neuen Verhandlungen durch die Arbeiterausschüsse. Zum Mindesten wäre es nötig, den Arbeitern bestimmte Forderungen zu machen. Das könnte die Arbeiter nur vom Lohnkampf abhalten. So wie die Situation aber gegenwärtig ist, ist keine andere Möglichkeit vorhanden, als die, die letzten Konsequenzen zu ziehen!

Zur Lohnbewegung der Bergarbeiter in Oberschlesien.

Die Vertreter der ober-schlesischen Bergarbeiterorganisationen haben sich mit dem ablehnenden Bescheid, den sie vom ober-schlesischen Berg- und Hüttenmännischen Verein auf ihre Lohnangelegenheiten vom 20. Februar d. J. erhielten, nicht beruhigt, sie haben unter dem 7. d. M. erneut Lohnforderungen an die einzelnen Grubendirektionen gesandt und um baldige Antwort gebeten.

In der Eingabe wird zahlenmäßig nachgewiesen, daß die Bergarbeiterlöhne seit dem Jahre 1907 auf 254 M. pro Vierteljahr auf 235 M. im Jahre 1911 gefallen sind. Erst im 3. Quartal 1911 ist der Lohn auf 260 M. gestiegen, wobei aber berücksichtigt werden muß, daß eine Steigerung der Schichten um sechs pro Arbeiter erfolgt ist, womit die Lohnsteigerung vielleicht kompensiert wird. Dagegen wird zahlenmäßig festgestellt, in welchem Maße auch in Oberschlesien die Lebensmittelpreise gestiegen sind, was für einen Anstieg eine Steigerung der Ausgaben von 20—40 Proz. ausmacht. Die Berechtigung der Lohnsteigerung von 15 Proz. wird u. a. mit dem Hinweis auf eine seit dem 1. April d. J. in Aussicht genommene Steigerung der Kohlenpreise begründet. Die Kohlenpreise sollen pro Tonne um 50 Proz. erhöht werden, wodurch, dem Abschluß von 1911 entsprechend, eine Mehreinnahme von 16 1/2—17 Millionen Mark erzielt würde.

Die Eingabe ist unterzeichnet von der polnischen Berufsvereinigung der Bergarbeiter und dem Verband der katholischen Arbeitervereine (Eich Berlin), dem Verband der Bergarbeiter, dem Gewerkschaftsverein der katholischen Bergarbeiter und dem Gewerkschaftsverein der Bergarbeiter (S.-D.).

Berlin und Umgegend.

Aussperrung im Schneidergewerbe!

Zum Streik der Herrenschneiderei ist mitzuteilen, daß jetzt schon 268 Firmen die neuen Vereinbarungen unterschrieben anerkannt haben. Die betroffenen Arbeitgeber kommen natürlich in immer größerer Verlegenheit und können selbst die Arbeiter nicht liefern, die fertig sind, aber noch geändert werden müssen. Man hat deswegen eine Reihe von Konfektionsfirmen ersucht, diese Renkerarbeiten zu übernehmen, jedoch eine glatte Abgabe erhalten. Die Konfektionsgeschäfte, die natürlich von dem Streik in der Maßbranche großen Vorteil haben, wollen sich, wie leicht zu vermuten, Rebattieren: Albert Bachs, Berlin. Inzeratenteil betannt.

greiflich, nicht selbst der Gefahr eines Streiks aussetzen, und haben deshalb dem Schneiderverband die feste Versicherung gegeben, daß Streitarbeit in der Konfektion nicht angefertigt wird.

Die vom Arbeitgeberverband im Maßschneidergewerbe beschlossene Aussperrung soll nun also mit dem heutigen Tage durchgeführt werden, und nach den Mitteilungen der Arbeitgeberpresse wird der Kampf dann in 157 Städten 40 000 Mann umfassen. Die Zahl ist offenbar viel zu hoch gegriffen. Im Streik stehen jetzt im ganzen Reich ungefähr 7000 Mann und ob die Macht des Arbeitgeberverbandes weiter reicht, als nach 7000 oder 8000 Mann auszurechnen, ist sehr zweifelhaft. Voraussichtlich wird der ganze Kampf nach Vollführung der Aussperrung kaum mehr als 15 000 Mann umfassen. Im übrigen verkündet der Arbeitgeberverband im „Confectionair“ wieder einmal, daß es sich bei dem Kampf um eine von Arbeitnehmerseite gewünschte Nachprobe handelt, und daß die Arbeitgeber zu Verhandlungen bereit seien, aber nicht diejenigen sein wollten, die Verhandlungen anbieten. Es ist im „Vorwärts“ wiederholt nachgewiesen, daß es die Führer der Arbeitgeber waren, die offenbar mit Absicht die Frankfurter Verhandlungen scheitern ließen, und wenn nun einmal der Kampf entschieden soll, hat man auf Seiten des Schneiderverbandes keine Ursache, den Arbeitgebern nachzulassen und sie um Verhandlungen zu bitten.

Lohnbewegung der Anwaltsangestellten.

Eine gutbesuchte öffentliche Versammlung der Rechtsanwaltsangestellten hatte der Verband der Bureauangestellten zusammenberufen. Infolge Beschlusses in einer öffentlichen Versammlung die Ende vorigen Jahres tagte, hat die Berliner Ortsleitung des Verbandes sich an den Berliner Anwaltsverein mit dem Verlangen auf Gewährung einer fünfzehnprozentigen Gehaltsaufbesserung gewandt. Der Vorstand dieses Vereins hat in einem, gewundene Redensarten enthaltenden Antwortschreiben die Forderung der Angestellten abgelehnt. Das Antwortschreiben erfuhr in der Versammlung herbe Kritik. — Der Referent Siebel legte an der Hand reichhaltigen Materials die äußerst traurigen Arbeitsbedingungen der Rechtsanwaltsangestellten dar. Die Mehrzahl der Angestellten erhält monatlich weniger als 100 M., die Bureauarbeitsstunden sind häufig als zum Aufenthalt von Menschen ungeeignet bezeichnet worden. Der Referent sprach sich auch für eine Reihe von Disziplinarmaßnahmen aus, die den Angestellten auf sich endlich aufzuerheben, um diesen unwürdigen Zuständen ein Ende zu bereiten.

Eine zum mindesten partielle Arbeitsbefreiung wurde lebhaft propagiert. Die Organisationsleitung wurde beauftragt, die zur Durchsetzung der Forderungen nötigen Schritte zu unternehmen. Außerdem wurde eine Resolution angenommen, in der an den Reichstag das Ersuchen gerichtet wird, bei der Regierung auf eine Gesetzesvorlage zu dringen, die den Bureauangestellten die rechtliche Gleichstellung mit den Handlungsgehilfen bringt.

Erfolgreiche Lohnbewegung im Weinhaus Kempinski.

Die dort beschäftigten circa 150 Kellerer, die in ihrer Mehrzahl im Verband deutscher Gastwirtsgehilfen organisiert sind, zum Teil auch dem Deutschen Kellererband angehören, waren schon seit längerer Zeit mit den Lohn- und Arbeitsverhältnissen unzufrieden. Sie forderten an Stelle der bisherigen Besoldigung eine Geldentschädigung in Höhe von 40 M. monatlich, Regelung des Placurmens (bisher mußten die Kellerer mindestens wöchentlich einen Tag den Placurdienst unentgeltlich ausüben) und schließlich die Wiedereinstellung des gemahregelten Vertrauensmannes. Die Firma hat gestern, nachdem die Kommission nochmals verhandelt hat, die Forderungen bewilligt. — Charakteristisch ist hierbei für die „nationalen“ Vereine, daß der Deutsche Kellererband, der bei der Einleitung der Bewegung beteiligt war, in dem Augenblicke kläglich kniff, in dem die Sache ernst zu werden schien.

Zur Bewegung der Zigarrenarbeiter in Groß-Berlin. Es sei an dieser Stelle nochmals darauf hingewiesen, daß den Forderungen von Zigarrenagenten und Vertretern, die behaupten, die von ihnen vertretenen Firmen seien tariflos, kein Glauben zu schenken ist, solange diese Angaben nicht seitens des Hauptvorstandes des Deutschen Tabakarbeiterverbandes in Bremen oder der ihn vertretenden Gauleiter bestätigt und beglaubigt sind. Das Bureau der Tabakarbeiter, Gr. Hamburger Str. 18/19, ist stets bereit, Listen der tarifierten Firmen zur Verfügung zu stellen, sowie jede verlangte Auskunft zu erteilen.

Arbeiter, Parteigenossen! Fragt bei allen Zigarreneinkäufen nach den grünen Tarifplakaten, unterschrieben: Alwin Schulze. Soachtet die Veröffentlichungen der Tariffirmen in den Sonntagsnummern des „Vorwärts“.

Deutsches Reich.

Im Messingwerk in Egermühle hatten die 120 Arbeiter der Wiewerei die Arbeit eingestellt. Es war ihnen an Stelle der bisherigen gütlichen Bezahlung eine Akkordbezahlung angeboten worden, die eine erhebliche Verdienstreduktion dargestellt hätte. Geplante Verhandlungen führten zu keinem Resultat. Die von dem Geschäftsführer des Deutschen Metallarbeiterverbandes aufgenommenen Verhandlungen hatten dann den Erfolg, daß die Neueinführung zunächst zurückgezogen und einige weitere Zugeständnisse gemacht wurden. Innerhalb vier Wochen soll dann durch gemeinschaftliche Verhandlungen eine neue Basis der Preisbildung gesucht werden. Die Arbeiter nahmen nach diesem Zugeständnis die Arbeit wieder auf.

Bürgerlicher Terrorismuschwandel.

Die „Zeitung für Hinterommern“, ein konservatives Blatt, brachte dieser Tage folgende Meldung aus Bätow:

„Angefallen und durch Stockschläge und Messertische erheblich verletzt wurde auf dem Nachhausewege von seiner Arbeitstätte der Maurergeselle Alohn von hier durch den Maurergesellen M., der gleichfalls mit seiner Familie in Mangwitz ansässig ist. Alohn, der ein ruhiger, arbeitamer Mensch sein soll, erlitt am Kopfe sechs Messertische. Der Grund zu diesem Ueberfall soll Streikterrorismus sein, weil Alohn im Sommer v. J. gearbeitet und nicht gestreikt hatte, um für seine zahlreiche Familie Nahrungsunterhalt zu schaffen.“

Erfundigungen an Ort und Stelle ergaben ein ganz anderes Bild von dem Ereignis und zeigen wieder einmal auf neue, welcher elenden Verleumdungen das konservative Pöbelblatt fähig ist, um die organisierten Arbeiter in den Augen anderer herabzuwürdigen. Danach hat sich der Vorfall wie folgt abgespielt: Der Maurer Alohn ist nicht überfallen worden. Alohn und M. sind gute Freunde und haben oft miteinander gezecht, so auch an dem fraglichen Tage. In einem bestimmten Stadium der Trunkenheit haben sich beide aus einem ganz nichtigen Grunde entzweit. Alohn ging auf M. mit dem Messer los, M. wehrte den Angriff mit seinem Spazierstock ab, wobei Alohn den kürzeren gezogen hat. Es handelte sich also lediglich um einen Wirtshausstreit. Von Streikterrorismus ist überhaupt nicht die Rede und kann es schon aus dem Grunde nicht sein, weil Alohn sowohl als auch M. den fraglichen Streik von Anfang bis Ende mitgemacht haben, ohne gegen irgendwelche Beschlüsse der Streikenden verstoßen zu haben.

Zum Streik auf den Schichauwerften.

Die von der Firma Schichau-Danzig und Elbing verbreitete Nachricht von der Wiederaufnahme der Arbeit in ihren Werken ist unwohr. Wohl haben sich einige Streikbrecher für die Abteilung 24. Klasse, Berlin, Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdr. u. Verlagsanstalt

Kesselbau gefunden; jedoch ist der gesamte Werftbetrieb vollständig lahmgelegt. Es haben sich bei der Streikkontrollen in Elbing am Freitag 2500 und in Danzig 1200 Mann gemeldet. — Der Kampf dauert unverändert fort.

Erklärung.

Unter der Ueberschrift „Christliche Agitationsweise“ brachte der „Vorwärts“ in der Nr. 269 vom 16. November 1911 eine Notiz, die über den Sekretär des Gewerkschaftsvereins christlicher Bergarbeiter Deutschlands, Anton Kowalczyk zu Katowitz, die Behauptung enthielt, daß derselbe ein Zentrumsgewerkschaftssekretär sei und früher selbst Wein und Dem nicht habe unterscheiden können. Diese Behauptungen nehme ich als unwohr und jeder Grundlage entbehrend mit Bedauern zurück. Des ferneren verpflichte ich mich, diese Erklärung einmal im „Vorwärts“, in der „Bergarbeiter-Zeitung“, Bochum und im „Bergknappen“-Essen zu veröffentlichen und sämtliche Kosten zu tragen.

Wir haben die fragliche Notiz einer Korrespondenz entnommen, die uns sonst als in jeder Beziehung zuverlässig bekannt ist. Erst durch die Abgabe des Herrn Kowalczyk erfahren wir, daß es sich um eine mißverständliche Ausdeutung eines in der „Bergarbeiter-Zeitung“ erschienenen Artikels handelte. Sollten wir früher Kenntnis von der wahren Sachlage erhalten, so hätten wir uns natürlich ohne weiteres für verpflichtet gehalten, die Sache richtigzustellen. Red. d. „V.“.

Der Mühlenarbeiterstreik in Lübeck ist nach einer Dauer von 10 Wochen unter folgenden Bedingungen beendet: Die Wochenlöhne werden auf 27 und 25 M. festgesetzt unter Wegfall der Sozialleistungen. Die Sparlohnarbeiter werden den Arbeitern zur festgesetzten Zeit ausgeliefert. Es sind das die hauptsächlichsten Punkte, um welche die Arbeiter gekämpft haben, namentlich das angeführte Sparlohn hielt die Arbeiter in Abhängigkeit. Von den Streikenden wird ein Teil bis zum 25. März eingestellt, die anderen nach Bedarf. Die Arbeiter fanden einig und geschlossen bis zum letzten Augenblick, die Hingebenen haben auch in diesem Falle die Forderungen der Arbeiter nicht hintertreiben können. In Rücksicht darauf, daß die Arbeiter auch die Kaufmannschaft und den Rederereverein gegen sich hatten, ist der Abschluß des Kampfes für sie durchaus ehrenvoll und annehmbar.

Hafenarbeiterstreik in Bremerhaven.

Bei der Firma H. J. J. J., die als Beauftragte des Norddeutschen Lloyd gilt, wurden fortgesetzt Vertrauensleute des Transportarbeiterverbandes gemahregelt. Da die Firma nun mit Recht erwartete, daß es deshalb zum Streik kommen würde, suchte sie seit gestern in bürgerlichen Zeitungen 300 Arbeiter, die sich kontraktlich für längere Zeit zur Arbeit verpflichteten sollten. Am Donnerstag stellten daraufhin 700—800 Hafenarbeiter die Arbeit ein. Es handelt sich also eigentlich um einen Streik beim Norddeutschen Lloyd.

Der Streik der Leipziger Steinseher siegreich beendet. Die Unternehmer, die den Kampf durch einen Angriff auf das Koalitionsrecht vom Zaune gebrochen, haben nicht nur diesen Angriff eingestellt, sondern einer Klausel zugestimmt, die als eine vollständige Freiheit der Eiderung des Koalitionsrechts angesprochen werden kann. Darüber hinaus haben die Unternehmer sich noch zu einer Lohnsteigerung von 7 Pf. pro Stunde, auf vier Jahre verteilt, verstehen müssen; außerdem wurde den Steinsehern zugestanden, daß die Preise für Akkordarbeit, deren Verweigerung nicht als Tarifbruch gilt, von der paritätischen Schlichtungskommission festgesetzt werden. Der Erfolg der Arbeiter ist um so bedeutungsvoller, wenn man sich vergegenwärtigt, daß in Leipzig der Unternehmer-Verband seinen Sitz hat. Er hat also sogar in eigenem Hause bei seinem ersten Vorstoß gegen das Koalitionsrecht eine vollständige Niederlage erlitten. — Auch der Abwehrstreik in Nordhausen ist nach wenigen Tagen vollständig zugunsten der Arbeiter entschieden worden.

Letzte Nachrichten.

Gegen die verderblichen Geheimverträge.

Paris, 8. März. (W. T. V.) In der Kammer wurde die Besprechung der Interpellation über die auswärtige Politik fortgesetzt. Jaurès bedauerte, daß Regnault erklärt habe, er werde das volle Protektorat über Marokko einrichten. Ministerpräsident Poincaré erwiderte, Regnault sei nur beauftragt, den Vertrag über das Protektorat unterzeichnen zu lassen. Jaurès kritisierte dann die maßlose und engstirnige Politik Delcassés und die Marokkopolitik Clemenceaus und Pichons. Er warf Pichon vor, daß er die Beziehung zwischen der Marokko- und der Agosongha-Angelegenheit nicht bekanntgegeben habe. Poincaré unterbrach ihn und zitierte den Verhandlungsbericht der Budgetkommission, wonach Pichon und Briand auf die inneren Beziehungen zwischen den beiden Angelegenheiten hingewiesen haben. Dem widersprach jedoch Pion, unterstützt von zwei anderen Deputierten. Unter lebhafter Erregung der Kammer sagte Jaurès dann seine Rede fort und bemerkte, wenn Deutschland und Frankreich sich tatsächlich mit der Agosongha-Angelegenheit beschäftigen hätten, so hätte die Kammer davon unterrichtet werden müssen. Er protestierte dann gegen die Meinung der französischen Minister, ihre Verantwortlichkeit zu verbergen, wenn sie aus ihrem Amte geschieden seien. Die geheime Diplomatie sei die Ursache der Schwierigkeiten. Wenn es nach Agadir zum Kriege zwischen Deutschland und Frankreich gekommen wäre, so würden die Völker wegen der Fehler einige ungezügelter und habgieriger Weltleute haben bluten müssen. (Beifall auf der äußersten Linken und auf verschiedenen Banken.) Thalamas hielt es für erforderlich, den Beschlüssen in Nordafrika eine gemeinsame Leistung zu geben und Ernst Roche verlangte, daß die Geheimverträge gesehlich verboten würden.

Kartell und Kohlentenerung in Oesterreich.

Wien, 8. März. (W. T. V.) Das Abgeordnetenhaus setzte heute die zweite Lesung der Anträge des Feuerungs-Ausschusses betr. die Kartellfrage und die Kohlentenerung fort.

Zur Schneideraussperrung.

Breslau, 8. März. (W. T. V.) Wie uns von unterrichteter Seite mitgeteilt wird, werden sich auch die hiesigen Unternehmer im Maßschneidergewerbe von morgen bezw. Montag ab an der Generalaussperrung beteiligen, falls nicht noch in letzter Stunde eine Einigung mit den Arbeitnehmern erzielt wird. Dem hiesigen Arbeitgeberverband sind 74 Firmen angeschlossen. Die Zahl der von der zu erwartenden Aussperrung betroffenen organisierten Arbeitnehmer wird auf 500 bis 600 geschätzt.

Fabrikbrand.

Siegen, 8. März. (W. T. V.) Heute nacht ist der Fabrikkomplex der Firma H. Vertram, Röhrenfabrik, vollständig niedergebrannt. Dreihundert Arbeiter sind erloschungslos. Wertvolle Maschinen wurden vollständig vernichtet, die Lagerbestände zum größten Teil.

Ein griechischer Dampfer gescheitert.

Marseille, 8. März. (W. T. V.) Wie aus St. Louis du Rhone gemeldet wird, ist dort der griechische Dampfer „Eleni“, der aus Constanta mit einer Ladung Getreide kam, heute morgen um 4 Uhr an der Küste der Isle de la Camargue gescheitert. Es sind verschiedene Schiffe ausgelassen, um dem bedrängten Schiffe zu Hilfe zu eilen, doch gilt daselbst als verlorene. Die Besatzung befindet sich noch an Bord, man hofft aber, sie retten zu können. Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 4 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

Abgeordnetenhaus.

32. Sitzung. Freitag, den 8. März, vormittags 11 Uhr.

Am Ministertisch: v. Breitenbach, Kommissare. Der Bauetat.

Ein nationalliberal-fortschrittlicher Antrag will die Staatsregierung ersuchen, in Verbindung mit dem Wasserrecht und den Vorarbeiten für eine Verwaltungsreform die Zentralisation der Wasserbauverwaltung und der Wasserwirtschaft in einer Behörde in Erwägung zu ziehen.

Abg. Heine (natl.): Die Wasserkräfte der Oder und Elbe sollten mit denen bei Münden vereinigt und durch eine Starkstromleitung nach Rassel und Göttingen ausgenutzt werden. Es ist aber von all dem merkwürdig still geworden.

Minister v. Breitenbach stimmt diesen Anregungen zu. Die Pläne sind fertig, es wird nur auf den Abschluß der Verhandlungen mit einigen großen Verbänden gewartet.

Abg. Goebel (Z.): Die Tarife auf dem Großschiffahrtsweg Stettin-Berlin müssen so hoch wie möglich sein, damit nicht die englische Kohle die schlesische ganz aus Berlin verdrängt.

Abg. Frhr. v. Seebitz (H.) stimmt dem Abg. Goebel zu.

Abg. Frhr. v. Maltzahn (L.): Es handelt sich bei dieser Tarifierung um das Lebensinteresse Stettins gegenüber Hamburg, also um eine gesamtpreussische Sache. Ich sage das aber nicht namens meiner Fraktion. Die Vernachlässigung des Berliner Marktes durch die schlesischen Gruben hat die Einfuhr englischer Kohle gewaltig gefördert.

Abg. v. Pappenheim (L.): Die Staatsregierung soll gewiß alles Mögliche für Stettin tun. Aber das durch Tarifänderungen zu tun, würde Unstetigkeit herbeiführen. Dasselbe gilt von den seimezeit durch Kompromiß eingeführten Schiffahrtstaxen. Daran darf auch auf dem Großschiffahrtsweg Stettin-Berlin nicht gerüttelt werden. (Bravo! rechts.)

Abg. Dr. Lippmann (Sp.): Ja, wie soll denn dann den Steuern gehalten werden? Von allen Schiffen, die Stettin anlaufen oder von da auslaufen, wird bis 2500 Tonnen 6 Pf., über 2500 Tonnen 12 Pf. Portofreigabe erhoben, außer dem zwanzigprozentigen Hafengebühr in Swinemünde. Dadurch ist Schiffahrt und Handel Stettins auf das schwerste gefährdet; er stagniert, die Stettiner Reedereien werden bankrott! Alle anderen St- und Nordhäfen kommen glänzend vorwärts, also kann es nur an der Ueberbelastung Stettins liegen. Rängt sind die Anforderungen des Staates für die Vertiefung bezahlt und überbracht. Die Vertiefungsarbeiten sind eine vorweggenommene Schiffahrtssubvention. Stettin hat genug gebauert! Preußen hat Hamburg und Lübeck begünstigt, seine erste Seestadt aber vernachlässigt. Die hohen Tarife auf dem Großschiffahrtsweg Stettin-Berlin geben Stettin den Rest.

Minister v. Breitenbach: Abgaben auf den Wasserstraßen müssen erhoben werden. Wenn durch die Kanalbauten, die für viele Industrien andere Verhältnisse schaffen werden, Schlesien besondere Vorteile haben sollte, wird zu prüfen sein, ob für Stettin etwas geschehen soll. Durch hohe Abgaben werden die Interessenten der Wasserstraßen vor der Verantwärtung bewahrt. Die Offshären liegen uns sehr am Herzen.

Die Abg. Krause-Waldenburg (H.) und Goebel (Z.) treten nochmals für Obererschlesien ein. Abg. Dr. Lippmann (Sp.) für Stettin.

Abg. v. Bälow-Homburg (natl.) verlangt ein Wohnungsgesetz. Schnelle Verbindungen sowie Begünstigung des Kleinhausbaues durch die Bauordnungen sind eine Vorbedingung jeder Wohnungsreform.

Sein Titel „Ministergehalt“ ist die allgemeine Ausdrucksweise. Es liegt folgender sozialdemokratischer Antrag vor: Die königliche Staatsregierung wird ersucht:

1. anverfüglich zu verordnen, daß a) der Beginn von Bauarbeiten auf dem Lande abhängig gemacht wird von dem Nachweise, daß für die beim Bau beschäftigten Arbeiter ausreichende Wohngelegenheit vorhanden ist, b) sämtliche Verordnungen über den Schutz der Bauarbeiter auf alle ländlichen Gemeinden und Gutsbezirke ausgedehnt werden.

Abg. Reinert (Soz.): Der jetzt zur Beratung stehende Antrag ist in seinem ersten

Teile dem Antrage nachgebildet, den wir im Jahre 1900 gestellt hatten. Wir fordern eine

gesetzliche Regelung des Bauarbeiterschutzes.

Wir verlangen, daß zu Baukontrollen auch Arbeiter in freier Wahl gewählt werden sollen, die uns eine bessere Aussicht für die Einhaltung der Arbeiterschutzbestimmungen bieten, als die Polizeibeamten, die in der Regel von dem Bauarbeiterschutze gar nichts verstehen. (Sehr richtig!) bei den Sozialdemokraten.) Hingegen haben die Vertreter aus den Arbeiterklassen selbst eine praktische Erfahrung. Der Bauarbeiterschutz beruht in Preußen vornehmlich auf Polizeiverordnungen, die in der Regel den Grundzügen nachgebildet sind, die der Minister der öffentlichen Arbeit herausgibt. Die Durchführung dieser Arbeiterschutzbestimmungen ist außerordentlich mangelhaft. Der Minister hat im Jahre 1900, als ich darauf aufmerksam machte, dies auf das lebhafteste bestritten. Er erklärte, daß diese Organe, nämlich die Polizei usw., nach Auffassung der Staatsregierung vollkommen dazu anreiche, Unfälle vorzubeugen, und den Arbeiterschutz wirksam zu gestalten, soweit dies im Bereich der Möglichkeit liege. Wir haben damals in diese Richtung den allergrößten Zweifel gesetzt. Nach dieser Debatte haben seit dem Jahre 1900 Bauarbeiterschutzkonferenzen getagt, die überall das Gegenteil von dem feststellten haben, was der Minister hier als ausreichend hingestellt hat. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Die auf diesen Konferenzen aufgestellten Forderungen beziehen sich auf einen landesgesetzlichen Bauarbeiterschutz, Anstellung von Bauarbeiterkontrollen, Erweiterung der vom Minister erlassenen Vorschriften und eine größere Kontrolle. Im Jahre 1910 hat der Minister einen neuen Rundverlaß über die außerterminliche Ueberwachung der Bauten herausgegeben. In diesem Erlaß heißt es, daß zwar die Ueberwachung der Bauten im allgemeinen sich etwas gebessert habe und daß dies auch teilweise vorbildlich und anerkanntes sei. Indes sei andererseits nicht zu verkennen, daß die Polizeifürsorge in anderen Gemeinden und zwar auch in solchen mit reger Bautätigkeit noch viel zu wünschen übrig lasse. Diese Worte bestätigen unsere Bauarbeiterklagen, die wir im Jahre 1908 vorgetragen haben. Außerdem enthält dieser Rundverlaß die Bestimmung, daß durch die den Berufsangehörigen gesetzlich aufliegende Pflicht zur Anstellung von Aufsichtsbekanntem, die Polizeibekanntem von ihrer Verantwortung für die Sicherheit auf den Bauten nicht befreit werden sollen. In diesem Erlaß steht ferner, daß die Gemeindevorstände anzuweisen sind, die in der Lage sind, den Baubetrieb zu leiten und daß dort, wo es einer Gemeinde nicht möglich ist, einen Beamten für sich allein anzustellen, für mehrere Gemeinden ein solcher eingestellt werden soll. Hier hat der Minister einen Erlaß herausgegeben, der bei den Bauarbeitern volles Verständnis findet. Aber das wichtigste an diesem Erlaß ist, daß er die Verletzung unserer seinerzeit erhobenen Klagen bestätigt hat. (Sehr richtig!) bei den Sozialdemokraten.) Ich muß loben, daß hier Abhilfe geschaffen worden ist; aber es ist ja schließlich auch nur die Pflicht der Staatsbehörden, für Leben und Gesundheit der Bauarbeiter zu sorgen. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Hoffentlich schadet unsere Anerkennung des Ministerialerlasses dem Minister nicht. (Heiterkeit.) In einem Erlaß von 1911 werden einige neue Bestimmungen getroffen, darunter eine, daß in den Unterkunftsräumen außer Stühlen auch Tische enthalten sein müssen. Früher waren nur Stühle vorgezeichnet und daraufhin stellten die Unternehmer keine Tische bei. Anerkanntes ist die Meinung, daß bei Tiefbauten außerhalb geschlossener Städte Wärmeeinrichtungen vorhanden sein müssen. Wir wünschen dringend, daß dies auch für Hochbauten angeordnet wird. Warum erst eine solche Unterweisung? Es fehlen aber Bestimmungen auf Einrichtung von Verhandlungsstellen für erste Hilfe, Sanitätsräume mit Waschgelegenheit, genauere Regelung der Reinhaltung der Bauten. Jede Baustelle müßte täglich gereinigt werden! Nicht einmal Spundnäpfe müssen aufgestellt werden — im Zeitalter der Bekämpfung der Tuberkulose. Unklar ist die Bestimmung über die Scheidewände zwischen den Abortzügen; das sollte für jeden Ort bestimmt werden. Bei der wortgetreuen Auslegung solcher Dinge sind das alles keine Kleinigkeiten. Statt „Reinlichkeit“ sollte „Reinigung“ der Arbeitsräume bestimmt werden. Anerkannt muß werden, daß die Entfernung der Aufenthaltsräume vom Arbeitsort von 750 auf 500 Meter herabgesetzt sei. Der Redner verweist auf das reichliche Material der Bauarbeiterkommissionen und legt einige Photographien auf den Tisch des Hauses nieder. Die Winterbauten müßten 7 Monate lang gedichtet werden, statt 5 Monate. Daneben muß auch Erwärmung der Winterbauten, nicht bloß Schutz vor

Rugluft angeordnet werden, wie das in Württemberg schon teilweise geschehen ist. Preußen muß mit dem Bauarbeiterschutz vorangehen, denn nach ihm richten sich mehrere Bundesstaaten. Es bleibt aber hinter Württemberg zurück.

Die Polizeiverordnungen über den Arbeiterschutz auf Bauten sollten ebenso aufgehängt werden müssen, wie die Unfallverhütungsvorschriften und in den Fabriken die Arbeitszeit. Das wäre viel wichtiger als die Aushängung aller gleichgültigen, völlig unbeachteten Verordnungen in Straßenbahnen. Die Organisation muß ja die Bestimmungen bekannt, aber damit sind sie noch nicht maßgebend für die Unternehmer und leider gibt es noch unorganisierte Arbeiter, z. B. die Ausländer bei Erd- und Kanalarbeiten, die sich gar nicht um die Schutzvorschriften kümmern. In Minden werden die Vorschriften beim Kanalbau gar nicht eingehalten; auf eine Beschwerde beim Kanalamt wurde dem Bauarbeiter-Vertrauensmann die Verächterung abgesprochen, Klagen für die Arbeiter vorzubringen. (Sehr richtig! rechts.) Sie wollen ja gar nicht, daß die Arbeiter wissen, unter welchen Bedingungen sie zu arbeiten haben. Unsere Vertrauensmänner werden sich aber durch solche Anschauungen in ihrem Eintreten für die Arbeiter nicht hindern lassen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Es handelt sich da um die

schwersten Verletzungen gegen Sittlichkeit und Gesundheit der Arbeiter

und da sollen sich die von den dafür verantwortlichen Polieren abhängigen Arbeiter selbst zu beschweren wagen! Sie haben doch selbst hier erklärt, daß Behördenterrorismus die Handwerker von Beschwerden abhält! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Das Kanalbauamt hat selbst auf die Schäden zu achten; er hat seine Pflicht verletzt, wenn er verlangt, darauf erst von jedem Arbeiter aufmerksam gemacht zu werden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Wir begrüßen die Anlage einer öffentlichen Statistik über die Unfallursachen im Eisenbahnbau. Der Bundesrat sollte das im ganzen Reich veranlassen. Diese Statistik sollte rasch, in kurzen Zwischenräumen veröffentlicht werden. Die Unfallverhütungsvorschriften beabsichtigen ja einer Verschlechterung der Unfallverhütungsvorschriften. Darauf müßte der Minister genau achten. Er hat ja vor der Genehmigung durch das Reichsversicherungsamt das Recht, sich zu äußern.

In unserem Antrage fordern wir ferner Ausdehnung der Bauarbeiterschutzvorschriften auf das flache Land und die kleinen Städte mit ländlichen Verhältnissen. Daß das nicht gleich geschehen ist, haben wir schon 1900 als großen Fehler bezeichnet. Was kümmern sich die Polizeibehörden auf dem Lande um Arbeiterschutz! Die führen nicht freiwillig die Grundzüge des Ministerialerlasses auf dem Lande ein. Ich muß die dem Minister gezeigte Anerkennung auf die Hälfte reduzieren, weil die außerterminliche Ueberwachung des Bauarbeiterschutzes auf die Gemeinden mit über 100 000 Einwohnern beschränkt ist. Dafür gibt es höchstens die „Vergütung“ einer Fürsorge für die Großgrundbesitzer. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Die pommerische Bauarbeiterschutzkonferenz in Stettin hat im August 1911 festgestellt, daß auf dem Lande von einer Durchführung der Bauarbeiterschutzbestimmungen keine Rede ist. Eine Bautenkontrolle auf 380 Bauten heißt demnach die

schwersten Mängel sanitärer Art

fest, sowohl auf den Bauten, als noch mehr in den Baubuden, von denen übrigens nur 11 wöchentlich gereinigt wurden. Die Aborte waren zum Teil im unglücklichsten Zustand usw. Kurz, ein unglückliches Lotterwesen im Bauwesen auf dem Lande. Für die Unterbringung der Arbeiter wird in keiner Weise gesorgt. Wir beantragen deshalb, daß für ausreichende Wohngelegenheit gesorgt werden muß, und daß diese so eingerichtet werden muß, daß Seuchengefahren usw. verhindert bleiben. Hier bis sechs Wochen lang kommen die Leute nicht aus den Kleidern, ihr Lagerstroh verkauft! In den Tarifverträgen fordert der Zentralverband der Maurer immer Bestimmungen für die Unterbringung der Bauarbeiter auf dem Lande, so daß die Betten mindestens 30 Zentimeter über dem Boden sein müssen, daß die Bettwäsche regelmäßig in vier bis sechs Wochen gewechselt, nötigenfalls desinfiziert werden müsse usw. Die pommerische Landräte haben in den Antworten auf die Beschlüsse der Bauarbeiterschutzkonferenz bestätigt, daß auf dem Lande kein Bauarbeiterschutz besteht, nur — „verbitten Sie sich wegen Ausfällen auf die Behörden“ die Zusendung der Konferenzprotokolle. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Das ist das

Agf. Zivilfestungsgefängnis und Strafanstalt Hohensperg!

19. September 1869. Dem wegen ehrenrührigen Bezichts zur Erhebung einer sechswohigen Kreisgefängnisstrafe hier befindlichen Redakteur C. Mayer von Stuttgart ist eröffnet worden, daß für den Fall, er der an die Mitglieder der Ständeversammlung ergangenen Einladung zur königl. Tafel am Samstag den 25. d. M. nachzukommen Willens wäre, nach Agf. Justizministerialerlaß vom 18. d. M. die Unterbrechung der Strafe auf die Dauer vom 24. bis 26. d. M. verfügt worden ist.

Schwabenmayer war jedoch nicht willens, seine „Ferien“ nur auf zwei Tage zu unterbrechen. Wenn schon, denn schon! sagte er. Seinen Freunden teilte er mit, daß er zwar geneigt sei, seinen Ruhefuß aufzugeben; hinaus gehe er schon, aber auf keinen Fall wieder hinein! Seine Parteifreunde waren der gleichen Meinung. Ebenso die Großdeutschen. Letztere teilten den Entschluß Schwabenmayers dem Justizminister Wittmann mit und fügten hinzu, daß, wenn der Kollege Schwabenmayer an der königl. Galatafel nicht speisen könne, auch sie dankend verzichten müßten. Der Justizminister wäre wahrlich heilfroh gewesen, wenn er den Entschluß wider das Gottesgnadentum der Hohenzollern auf gute Manier losgeredet wäre, mitsamt dessen „ehrenrührigen Bezichten“ gegen die Herrschertugenden der Prozeßgegner Schwabenmayers. Aber traue einer dem Berliner Wind! Die Regierung lehnte ab, den Majestätsbeleidiger länger als zwei Tage aus ihrer Obhut zu entlassen. 26 Abgeordnete der Volkspartei und der Großdeutschen Partei beantworteten den ablehnenden Bescheid der Regierung mit der Weigerung, an der Galatafel Sr. Majestät teilzunehmen. 20 Minuten vor Beginn der Tafel wurden die Stühle der Abgeordneten aus dem Speisesaal des Schlosses entfernt. Schwabenmayer brummte seine sechs Wochen treu und hieder ab. Seine Freunde aber gingen aufs Land hinaus und hielten Reden, umstürzlerischer als sie der radikalste Sozialdemokrat jemals gehalten hat.

Der derweilerte Hofgang ist auch poetisch verherrlicht worden. Im „Vorbacher“ vom 18. Oktober 1869 findet sich folgendes rührend schön Poem eines ungenannten Verfassers:

Hört die traurige Geschichte, Die ich jetzt erzählen tu'. In dem schönen Schwabenlande Trug sich neulich dieses zu:

26 bürgerliche Abgeordnete, die nicht zu Hofe gehen wollten!

Die Weigerung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, ihrem Kandidaten zur Präsidentenwahl im Reichstag die Verpflichung zum Hofgange aufzuerlegen, wird von der pseudo-liberalen und reaktionären Presse als fürchterliches Attentat wider die erhabene Institution des Gottesgnadentums verdammt, dessen auch nur — Gott sei gedankt — die umstürzlerische „rote Motte“ fähig ist. Und erst die kritische Beleuchtung, die Genosse Scheidemann in einer Reichstagsrede der Regierungskunst der Hohenzollern hat angedeihen lassen! Einfach fürchterlich!

Vielleicht interessiert die patriotisch entrüsteten Herren eine kleine Episode aus längst vergangener Zeit, als auch noch im Bürgertum so etwas wie „Männerstolz vor Königs-thronen“ anzutreffen war. Im Schwabenland hat sich das nette Geschichtchen zuggetragen, Anno Domini 1869, als man dortselbst das 50jährige Bestehen der Landesverfassung feierte.

Der König Karl I. veranstaltete am Tage des Antrittstretens der Verfassung, den 21. September, im Residenzschloß eine große Galatafel, zu der sämtliche Mitglieder beider Kammern eingeladen erhielten. Einer der Landtagsabgeordneten, nämlich der Führer der Württembergischen Volkspartei Dr. Carl Mayer, Redakteur des Stuttgarter „Vorbacher“, war jedoch „dienstlich verhindert“, der Einladung Folge zu leisten. Er sah jaust im Gefängnis auf dem Hohensperg, allwo auch der Zeitungsschreiber und Dichter Christ. Daniel Schudart zehn Jahre eingekerkert war, weil er sich unziemlich über seinen Landesvater Karl Eugen und dessen Maitresse geäußert haben soll. Carl Mayer, kurzweg der „Schwabenmayer“ genannt, hatte ein ähnliches Verbrechen begangen, wenn auch nicht am angeführten Landesvater: er hatte die Hohenzollern kritisiert! Aber etwas kräftiger, als das unser Genosse Scheidemann fertig bringt. Denn wenn ein Schwabe mal zu kritisieren anfängt, das fiesst schon anders! Der „Gondlanger“, feines Herr, Wismarck, hatte die württembergische Justiz angetruhen. Die Folge war ein Prozeß: Hohenzollern kontra Schwabenmayer! Das Resultat: Sechs Wochen Gefängnis für Schwabenmayer, die er am 9. September 1869 auf dem Hohensperg antrat.

Soweit ist die Geschichte ganz alltäglich. Mayer sah in des schaulicher Ruhe in seiner Zelle und freute sich, für einige Zeit dem Getriebe dieser unruhigen Welt entrückt zu sein. Nebenbei brütete er schon wieder über neue Attentate auf seinen Prozeßgegner.

Am Morgen des 18. September wurde dieses Jöhl auf etwas sonderbare Weise unterbrochen. Der Gefängniswärter brachte dem Verdröcker folgendes Brieflein auf die Zelle:

Seiner Wohlgeborn dem Herrn Abgeordneten Redakteur Dr. C. Mayer in Stuttgart! Euer Wohlgeborn

habe ich die Ehre auf höchsten Befehl Seiner königlichen Majestät zu der Gala-Tafel einzuladen, welche am 25. dieses Monats, dem Jahrestag des fünfzigjährigen Bestehens der Landesverfassung, im weißen Saale des Agf. Residenzschlosses zu Stuttgart Statt findet.

Hochachtungsvoll Schloß Friedrichshafen, den 15. Sept. 1869. Generalmajor Graf Veroldingen Hofmarschall S. M. des Königs.

Zeit: 5 1/2 Uhr. Anzug: schwarzer Frack und weiße Halsbinde. Anfahr: am grünen Teppichsaal.

Schwabenmayer war sehr erfreut ob dieser freundlichen Einladung. Er fand aber, daß die vorgeschriebene Kleidung, Frack und weiße Binde, in seiner Gefängnisgarderobe leider fehlte. Er schrieb darum zurück:

An das Agf. Oberhofmeisteramt in Stuttgart! Hohensperg, den 18. September 1869.

Es ist mir heute vom Hofmarschallamt Sr. Majestät des Königs Herrn Generalmajor Graf von Veroldingen auf höchsten Befehl eine Einladung d. d. Friedrichshafen 15. d. M. zu der Gala-Tafel zugekommen, welche am 25. d. M., dem Jahrestag des 50jährigen Bestehens der Landesverfassung, im Agf. Residenzschloß stattfinden, und werde ich in dieser Zuschrift angewiesen, darüber Ihrer verehrlichen Stelle Antwort zu geben. Dem Herrn Hofmarschall war demnach nicht bekannt, daß ich, in der Erziehung von Gefängnisstrafen begriffen, zu welchen ich auf Klage der Agf. Preussischer Regierung und des Grafen Wismarck in Preßprozessen verurteilt wurde, zur Zeit nicht in der Lage bin, Einladungen anzunehmen.

Indem ich daher für die mir zugebachtete Ehre höflichst danke, bin ich mit Ausgezeichnetem Hochachtung (Unterschrift.)

Die Vermutung Schwabenmayers, das Hofmarschallamt habe keine Kenntnis von der „dienlichen Verhinderung“ des Zeitungsschreibers gehabt, war übrigens falsch. Mit dem Antwortschreiben Mayers freuzte nämlich folgende Verfügung:

Verständnis der Landräte für den Bauarbeiter. Hebrigen, der Landrat v. Nagyabn, der mich gerade so ansieht, hat zwar auch abgelehnt, aber doch wenigstens anständig geantwortet. (Große Heiterkeit.) Im Interesse der Bauarbeiter fordern wir die Annahme unserer Anträge, wir rechnen allerdings damit, daß Sie einem gelegentlichen Bauarbeiter nicht zustimmen, aber für die Unterkunft der Bauarbeiter auf dem Lande Verständnis haben, ebenso für die Ausdehnung der Schutzbestimmungen von 1909 auf das ganze flache Land. Es handelt sich um hohe Güter der Arbeiter. Was ich mit größter Objektivität vorgebracht, wird Sie hoffentlich wenigstens veranlassen, den haarsträubenden Zuständen durch Annahme unserer Anträge unter 2. zu Leibe zu gehen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Minister v. Breitenbach: Eine scharfe Überwachung der Bauten erfolgt heute schon. Arbeiterkontrolleure sind aber gar nicht hinreichend befähigt, um den Schutz der ihnen anvertrauten Arbeiter wirksam durchzuführen und überdies würden sie nur die Beziehungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer neuerdings verschärfen. Allen Anregungen, von welcher Seite sie auch kommen, gehe ich gewissenhaft nach, um den Bauarbeiter Schutz wirksam durchzuführen. Obgleich in Bayern Bauarbeiterkontrolleure angestellt sind, ist doch die Zahl der Unfälle größer als in Preußen. Bei Bauten auf dem Lande muß schon jetzt für Unterbringung der Arbeiter gesorgt werden, aber diese Bestimmungen können nicht verallgemeinert werden. Der erste Teil des Antrages Vorkardt ist unannehmbar. Wenn das Staatsbauamt in Minden einem Arbeitersekretär das Recht der Beschwerde abgesprochen hat, so entspricht das der Haltung aller anderen Behörden. Lediglich der einzelne Arbeiter hat das Recht der Beschwerde. (Sehr richtig! rechts.)

Abg. Frhr. v. Waldahn (l.): Die preussischen Behörden bedürfen nicht der Sozialdemokratie oder ihrer Gewerkschaften, um das Wohl der Arbeiter zu fördern. Ich habe in dem vom Abg. Leinert erwähnten Schreiben gesagt, daß kein preussischer Landrat mit einem sozialdemokratischen Verband in Verbindung treten darf, um ihm Agitationsmaterial zu geben. (Lebhafter sehr richtig! rechts.) Der Redner tritt dann für Förderung Emdens, für das Schließungsmonopolgesetz, die Fürsorge für die Kleinrentner und die Berücksichtigung inländischer Firmen bei Vergabe von Wasserbauarbeiten ein. Wir lehnen den sozialdemokratischen Antrag ab, weil Stadt und Land nicht gleichgestellt werden können und die Arbeiterkontrolleure

nur sozialdemokratische Agitatoren

wären. Bauarbeiteramt muß sein, aber auch die Interessen der Bauherren und Bauunternehmer müssen geachtet werden. (Lebhafter Beifall rechts.)

Abg. Dr. König (l.) entwickelt die Bedeutung einer Wasserstraße vom Rhein über die Elbe und Antwerpen nach der Nordsee.

Minister v. Breitenbach: Ich kann dazu noch nicht Stellung nehmen. Auch das Projekt Wesel-Emden verdient Beachtung. Der Minister spricht dann über die Mosel- und Saarkanalisation, der der Gegensatz zwischen Ruhrrevier und Saarrevier und das Bedenken eines Einnahmestills bei den Staatsbahnen gegenübersteht. Die Regierung ist nur bereit, eventuell die Eisenbahntarife der Eisen- und Hochofenwerke zugunsten des Saarreviers herabzusetzen.

Abg. Dr. v. Bohna (l.) lobt die Dortmund-Hafenanlagen für den Dortmund-Emskanal, die mit der unteren Elbe und der Weser verbunden werden sollten. Die Zentralisation des Wasserbaumeiens ist nicht notwendig. Die sozialdemokratischen Anträge lehnen wir ab. Arbeiterkontrolleure sind für uns unannehmbar; wer ist denn dann noch Herr im Hause? So lange die Sozialdemokraten das flache Land nicht kennen, haben sie nicht das Recht, Anträge über das Bauen auf dem Lande zu stellen. Das Heizen der Neubauten würde das Volk verweichlichen. Wir sind gegen übertriebene Hygiene. Wegen der übertriebenen Forderungen will ohnedies niemand mehr auf dem Lande bauen. (Vochen bei den Sozialdemokraten. Lebhafter Beifall rechts.)

Sonnabend 11 Uhr: Fortsetzung.
Schluß 4 1/2 Uhr.

Parlamentarisches.

Aus der Budgetkommission des Reichstages.

Die allgemeine Debatte über die Gehalts- und Dienstverhältnisse der Reichsbeamten wurde am Freitag fortgesetzt. Abg. Zubeil wies zahlreich nach, wie geringfügig für viele Unterbeamte die Beförderung durch die Befolgsordnung gewesen ist. Will man diesen Beamten nur einigermaßen gerecht werden, müssen Gehaltserhöhungen eintreten, ebenso eine Aufbesserung der Tagelöhne für Diakone. Die große Sterblichkeit unter den Beamten der Schaffnerklasse beweist die mangelhafte Lage dieser Beamten. Die Regierung bestritt abermals lebhaft, daß bei den Unterbeamten von irgendeiner Notlage gesprochen werden könne. Ministerialdirektor Herz be-

klodort lebt ein Nachbater,
Seines Handwerks Redakteur,
Mit dem seltsamen Namen „Maier“,
Deputierter auch ist er.

Weil er auf die Frauen schimpfte
Und ob ihrer Klumpen!
Publizistisch nosterkumpfte,
Kam zu ihm die Polizei.

Tät ihn auf die Festung führen,
Soll' sechs Wochen hrummen dort,
Und vor seines Ratzers Türen
Steht die Schildwache immerfort.

Maier, manchmal mitwohlt ist er,
Ging nach Haus gern dann und wann;
Doch dem Herrn Justizminister
Kam kein menschlich Mühen an.

Nach ihm nicht nach Hause reisen,
Nach ihm sitzen wohlgenut,
Denn er schimpfte auf die Frauen,
Was kein guter Mensch nicht tut.

Wöglich sind es fünfzig Jahre
Her, seit man im Schwabenland
Die Verfassung einsetzte, die wahre,
Zu des Volkes Ruh erkand.

Und der König ist drum eben
Seinen Deputierten an!
Eine große Tafel geben,
Wie dies selten sonst der Fall.

Maier auch ward eingeladen,
Hört! Da sprach der Völschwicht:
„Danke sehr für Eure Gnaden,
Doch zum Essen komm' ich nicht!“

Denn würd' ich zum Essen gehen,
Wäut der König sicherlich,
Dah ich will um Gnade stehen,
Und das schickt sich nicht für mich.“

So verstoht war sein Gemüte,
Dah man's gar nicht glauben würd',
Selbst des Königs große Güte
Hat den Schinder nicht gerührt!

Die Geschichte soll euch lehren,
Was die Demokraten sind —
Und wenn unsre auch so wären,
Was für Unheil draus entstünd!

kamte sich ausdrücklich zu einer Aeußerung, die einmüßig bei der hordene Reaktionär v. Kardoff getan hat: Mit den Aufbesserungen der Beamten müßte die Lücke zugemacht werden, denn die Beamten seien doch niemals zufrieden. Abg. Ebert (Soz.) widersprach entschieden der Auffassung des Regierungsbekretärs. Wenn die Unzufriedenheit in den Kreisen der Unterbeamten heute so groß ist, so hat das vor allem die Regierung zu verantworten, die sich bei der Befolgsreform den berechtigten Forderungen der Unterbeamten widersetzt. Bedauerlicherweise ist das Zentrum erst jetzt zu der Einsicht gekommen, daß es damals ein politischer Fehler war, der Regierung nachzugeben. Zur Resolution Ebert noch zu demerten, daß die neuen Grundzüge des Bundesrats bei der Festsetzung des Wohnungsgeldzuschusses zu Härten führen müssen, besonders wenn sie zu schematisch gehandhabt werden, wie das in bezug auf Elberfeld-Barmen geschehen sei. Es müßte doch auch die Lage des Wohnungsmarktes beachtet und die Gutachten der Ortsbehörden mehr berücksichtigt werden. Ebert ersucht, der Resolution im weitesten Maße Rechnung zu tragen.

Die Abg. Sadelum und Kossic, ferner Kopsch und Gubrich wandten sich gleichfalls gegen die Regierung, die schließlich die vorliegenden Anträge durch den Hinweis bekämpfte, sie würden eine jährliche Mehrausgabe von 5-12% Millionen Mark verursachen. Die Kommission nahm schließlich eine sozialdemokratische Resolution an, die eine Revision des Befolgsordnungsgesetzes fordert, derart, daß die in der 2. Lesung der Befolgsordnung vom Reichstag beschlossenen Gehaltsätze, insbesondere der Postkassierer und Postoffizianten durchgeführt werden. Die Sozialdemokraten hatten diese Durchführung bereits für 1912 verlangt; die bürgerlichen Parteien stimmten jedoch diese Forderung nieder und gaben dem zweiten Teil der Resolution eine Fassung, die innerhalb eines unbestimmten Zeitraumes die Durchführung der Neuordnung fordert. Einstimmig angenommen wurde eine Zentrumsresolution, die für die Angestellten der Reichspost eine den örtlichen Lohn- und Lebensverhältnissen entsprechende Bezahlung verlangt; ferner die elatsmäßige Anstellung der Amateure der Postschaffnerklasse nach zehn Dienstjahren. Auch eine nationalliberale Resolution, die die Beilegung der Härten beim Bezug von Wohnungsgeld fordert, fand einstimmig Annahme. Auf Wunsch der bürgerlichen Parteien, die über die Präsidentenwahl sich noch besprechen wollten, wurde die Sitzung nach anberathenständiger Dauer vertagt.

Aus der Wahlprüfungskommission.

In der letzten Sitzung der Kommission wurden zunächst die Wahlen der Abgeordneten Dietrich (l., Ruppin-Templin), Golsborn (Weise, Nello-Diebold), Erdmann (Soz., Dortmund) und Schulenburg (natl., Hamm-Soest) für gültig erklärt.

Im Wahlkreis Köln-Land ist der Abg. Kuchhoff im ersten Wahlgang mit 2372 Stimmen gewählt worden. Auf den Sozialdemokraten entfielen 2428 Stimmen, auf einen Nationalliberalen 8549 Stimmen. Der wesentliche Punkt des Protestes ist folgender: Ein Teil des Wahlkreises Köln-Land ist nach Köln-Stadt eingemeindet. Für einen Wahlbezirk des Kreises Köln-Land ist nun aber ein Wahlsatz bestimmt worden, das im Kreise Köln-Stadt liegt, also in einem anderen Wahlkreis. Wird nun das Wahlergebnis in diesem Bezirk festgestellt, wie es der Referent beantragt hat, dann fällt die Mehrheit des Gewählten weg und die Wahl muß für ungültig erklärt werden. Die weitere Verhandlung und Entscheidung wurde auf nächsten Mittwoch vertagt.

Aus der Partei.

Kommunalwählig.

In Weiskammer (Schleffen) hat ein heißer Kampf um die dritte Klasse der Gemeindevertretung stattgefunden. Die Zeitung des Riesenwerkes „Vereinigte Lausiger Glaswerke“ bemüht sich schon seit Jahren durch ihre gelbe Arbeiterorganisation die dritte Klasse ganz in ihre Hände zu bekommen und zur Erreichung dieses Zweckes ist ihr eben jedes Mittel recht. Die gesamte Arbeiterschaft mußte zur Wahl und unter Leitung ihrer Beamten auch „reichsten“ wählen. Trotzdem trug der sozialdemokratische Kandidat Gebauer mit 117 Stimmen absoluter Majorität den Sieg davon, und dies trotz des Umstandes, daß die zahlreichen Staatsbeamten zur Wahl des gelben Kandidaten, eines Gladmachers, der bis vor einem halben Jahre noch Sozialdemokrat war, kommandiert worden waren.

Der sozialdemokratische Kandidat und die Bibel.

Wie in vielen Orten Ostpreußen, so war es auch im Wahlkreis Krosien-Züllichau nicht möglich, überall Lokale für sozialdemokratische Wahlversammlungen zu erhalten. Der Kandidat Genosse Grauer mußte in vielen Fällen unter freiem Himmel zu den Wählern sprechen. So geschah es auch in dem Orte Mergewiese. Dort gab ein Häusler sein Gehöft zu einer Versammlung her und Genosse Grauer konnte vor einer zahlreichen Zuhörerschaft reden. Es war dies die erste sozialdemokratische Versammlung am Orte. Darüber geriet der Pastor Horn so in Erregung, daß er in der nächsten Konfirmandenstunde es sich nicht verheihen konnte, zu dem Sohne des Grundstücksbesizers zu sagen: „Dir hat wohl Herr Grauer Deine Bibel weggenommen? Wenn Du keine Bibel bringst, darfst Du nicht mehr zum Unterricht kommen.“ Auf die Frage des Vaters, ob es bei diesem Besuche bleibe, antwortete der Pastor: „Ihr Sohn darf nicht mehr kommen.“ Einige Zeit darauf hat der Pastor dann allerdings seine Meinung einer Revision unterzogen, denn er hat den Vater zu sich und ersuchte ihn, seinen Sohn wieder in den Unterricht zu schicken. Der Herr Pastor hat ganz Recht: Das Bibelhehlen ist eine Lieblingsbeschäftigung sozialdemokratischer Kandidaten.

Aus den Organisationen.

Die Reichstagswahl im Wahlkreis Lüneburg hat unserer Partei nach der Abrechnung, die am Dienstag in der Versammlung des Sozialdemokratischen Vereins in Lüneburg gegeben wurde, die Summe von 8998,28 M. gekostet. Hieron waren 8904,50 M. freiwillige Beiträge, die auf Sammellisten und andere Weise aufgebracht wurden. An Flugblätter wurden im Wahlkampf vier allgemeine, drei spezifisch ländliche und ein Beamtenflugblatt, ferner zwei Broschüren in insgesamt 138 600 Exemplaren verbreitet. Des weiteren wurde das Parteiorgan auf dem Landgebiet drei Wochen lang und im ganzen Staatsgebiet einmal während des Wahlkampfes an alle Wähler verteilt. Unsere Redner sprachen in 44 öffentlichen Volksversammlungen, die von unserer Seite einberufen waren, ferner in acht gewerkschaftlichen und 29 gegnerischen Versammlungen. Das Resultat war für uns sehr günstig: 1778 Stimmen mehr im ganzen Staatsgebiet und zugleich die absolute Mehrheit sowohl in der inneren Stadt, in den Vorstädten und auch auf dem Landgebiet. Endlich weist unsere Organisation eine recht ansehnliche Mitgliederzunahme und das Parteiorgan trotz der schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse besonders im Silber- und Zingewerbe eine erfreuliche Abonnentenvermehrung auf.

Heinrich Kämpchen.

Am Mittwoch ist, wie wir bereits kurz mitteilten, der Sänger des Bergarbeiterlebens im Alter von nicht ganz 66 Jahren verstorben. Wir bringen heute noch einige biographische Notizen über den Dahingekleidenen.

Im Jahre 1846 wurde Heinrich Kämpchen in Altdorf an der Ruhr als Sohn eines Bergmanns geboren, der es später bis zum Obersteiger brachte. Bis sechzehn Jahre durfte er sich der Kindheit freuen, weil er stets ein schwächlicher Junge war; dann mußte auch er in die Grube.

Zwanzig Jahre hatte er auf Jecher Hasenwinkel gearbeitet, da brach der große Streik der Ruhrbergarbeiter des Jahres 1889 aus, der den Ausgangspunkt der Festigung der Bergarbeiterorganisation bildet. Die Kameraden beauftragten Heinrich

Kämpchen neben andern, mit der Forderungsbekämpfung über ihre Forderungen zu verhandeln. Dieses Verbrechen mußte er büßen. Die Fessen betrachteten jeden, der es wagte, für seine Kameraden zu sprechen und zu behaupten, daß sie ein Recht zum Leben haben, als Aufwiegler, als Feyer. Als der Streik beendet war, beharrten die „Herren im Hause“ darauf, daß die „Feyer“ nicht wieder in die Grube zurückkehren dürften, und die Arbeiter, mangelhaft organisiert, wie sie damals waren, mußten es zaghaft mit ansehen, wie ihre Redner auf die Straße gesetzt wurden.

Ein seltsamer Widerspruch läßt es als ein Glück erscheinen, daß der Gemahrgelste damals bald, obgleich er kaum die 40 überschritten hatte, bergfertig wurde. Er mußte invalide erklärt werden und bekam so wenigstens die große Invalidenrente. Ein kleiner Handel mußte ihm, der ledig war und auch sein Leben hindurch ledig geblieben ist, die großen Mittel vervollständigen, um seine äußerst geringen Bedürfnisse zu befriedigen.

In dieser Zeit trat die „Bergarbeiter-Zeitung“ ins Leben und damit fand Heinrich Kämpchen Gelegenheit, mit seiner Dichtkunst an die Öffentlichkeit zu treten, indem er sie in den Dienst der Bergarbeiterbewegung stellte.

Seine dichterische Stärke lag im Lyrischen, Gefühlsmäßigen, und die von ihm veröffentlichten Sammlungen bergen manche Perle, die der Heimat, den Ruhrbergen, geweiht ist.

In früher Jugend schon trat diese Befähigung auf, und hätte sie eine schulmäßige Pflege gefunden, dann hätte sie der deutschen Literatur wohl ein beachtenswertes Blatt hinzugefügt. Er blieb auf sich selbst angewiesen und blieb deshalb in engerem Rahmen mit seiner Kunst und seinem Geiste, dennoch auch da manches Schöne, das dauern wird.

Eine eigentliche Kampfnatur war Kämpchen nicht. Aber als Kenner des Lebens, Empfindens und Kampfens der Bergarbeiter hat er doch allem, was die Bergarbeiter bewegt, in einer großen Zahl Gedichte bereiten Ausdruck gegeben, und bald anfeuernd, bald mahnend in die Kämpfe seiner Kameraden mit eingegriffen.

Aber auch die Ereignisse des Partylebens, die politischen Kämpfe der Arbeiterklasse hat er mit seinen Dichtungen begleitet.

Denn Heinrich Kämpchen war auch allezeit ein eifriger und zuverlässiger Parteigenosse. Auf dem Parteitag in Frankfurt a. M. vertrat er den Wahlkreis Bochum.

Todesahnung bewegte ihn schon seit längerer Zeit. Es kam in manchem seiner Gedichte zum Ausdruck. War doch der schwache Körper schon lange kranke. Seine letzte Krankheit, eine Erkältungskrankheit, hat nur wenige Tage gedauert.

Familie hinterläßt er, da er ledig geblieben war, nicht. Nur ein gleichfalls lediger Bruder und zwei verheiratete Schwestern bilden seine Anverwandtschaft. Dennoch trauert um ihn die Familie, bei der er fast 30 Jahre ununterbrochen gewohnt und die ihm das eigene Familienleben vollaus erlebte.

Um ihn trauert aber auch die Arbeiterschaft des Ruhrgebietes, die in ihm den Freund und Genossen, den Mitkämpfer verliert, dessen ganzes Denken und Fühlen der Sache des kämpfenden Proletariats gehörte.

Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Am Mittwoch, einige Stunden vor seinem Tode, diktierte Heinrich Kämpchen noch folgendes Gedicht:

Nun, wo die deutschen Knappen
Am heißen Kampfe stehn,
Mich ich im Welt mich winden
Und totlos zusehn.

Kann nicht mit meinen Liebern
Begleiten sie zur Schlacht,
Kann nicht den Kampfmut stärken,
Wie ich es sonst gewohnt.

Die Harfe lehnt im Winkel,
Die Saiten sind noch krafft,
Nur dem, der sie geschlagen,
Ihm sind die Finger schlaff.

Vielleicht als letzte Wohnung
Er heut noch zu Euch spricht:
Seid einig, liebe Brüder!
Jerkleisch! Euch länger nicht!

Widit hin nach allen Seiten:
Was Einigkeit nicht hält,
Was Einigkeit nicht verbindet,
Auch morich zusammenfällt.

Nach England sollt Ihr schauen,
Wo's jezt gemittert säwer —
Nest steht die Treu' der Knappen
Dort wie ein Fels im Meer.

Und ist es Todesahnung,
Was heut der Sänger spricht,
Nehmt es als letzte Mahnung:
Bergeht die Treue nicht! —

Som Wachstum der Parteipresse. Eine sehr erfreuliche Entwicklung hat unser Chemnitzer Parteiblatt, die in fünf sächsischen Wahlkreisen verbreitete „Volkstimme“, aufzuweisen. Das Blatt hat seinen Abonnentenstand seit dem Jahre 1903 mehr als verdoppelt. Besah es damals 29000 Abonnenten, so ist am 1. März d. J. die Zahl 60 000 überschritten worden. Das ist ein verhältnismäßig großes Zeichen dafür, daß es auch in den ländlichen Gegenden mit unserer Agitation rüstig vorwärts geht. Die Arbeiter haben damit zugleich auf das rigorose Vorgehen der Chemnitzer Justiz, die im Laufe des letzten Jahres über die dortigen Redakteure nicht weniger als sechzehn Monate Gefängnis verhängte, die beste Antwort erteilt.

Die Eisen-„Arbeiterzeitung“ teilt mit, daß sie seit Beginn des Wahlkampfes 4000, im Februar allein 1500 neue Abonnenten gewonnen hat.

Unser Parteiorgan in Freiburg (Baden), die „Volkswacht“, hat seit ihrer Gründung im Juli vorigen Jahres 8000 Abonnenten gewonnen und wird jetzt bereits in einer Auflage von 8500 Exemplaren hergestellt. Das ist angesichts des zum größten Teil rein ländlichen Verbreitungsgebietes der „Volkswacht“ ein äußerst günstiges Ergebnis.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Ein gerichtliches Nachspiel zur Magdeburger Reichstagswahl.

Eine Geldstrafe von 50 M. erhielt am Mittwoch der verantwortliche Redakteur der Magdeburger „Volkstimme“, Genosse Müller, vom Landgericht judiziert. Am 2. Dezember brachte die „Volkstimme“ einen Artikel, der die Vorgänge in GutsMuths gelegentlich eines Streiks bei der Firma Hildebrandt behandelte. Die Anwaltschaft wurde von der bürgerlichen Presse im Reichstagswahlkampf gegen die Sozialdemokratie ausgebeutet. Diese bürgerlichen Blätter schrieben dreist und gottesfürchtig, in GutsMuths trieben die „Landsberger“ mit Schlagringen auf der Straße Politik. Man wollte offenbar bürgerliche Wähler vor der Sozialdemokratie, als der Partei der Schlagringe, und Revolverhelden gräulich machen. Da gelang es Genossen Herzig, einen Stipfel zu entlarven. Die „Volkstimme“ zeigte nun die Unzufriedenheit und wies auf die Leute, die Korbhändler hin, die so außerordentlich hohes Interesse an den Vorgängen bekundeten. Darauf schickte Herr Hildebrandt der Redaktion eine Verichtigung. Herr Hildebrandt war aber an dem Wahlkampf ganz unbedeutend. Die Verichtigung wurde selbstverständlich abgelehnt, Herr Hildebrandt stellte Strafantrag und der

Staatsanwalt erhob Anklage. Das Schöffengericht sprach am 27. Dezember Genossen Müller, der sich in gutem Glauben betunden habe, von der Hebertretung des Reichsgesetzes frei, ordnete aber die nachträgliche Aufnahme einer Verurteilung an. Gegen dies Urteil legten sowohl der Staatsanwalt als auch Genosse Müller Berufung ein. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Hammerichlag, machte vor dem Landgericht geltend, daß in dem Artikel die Firma gar nicht getroffen sei, auch gar nicht habe getroffen werden sollen. Der Angeklagte verwahre sich gegen die Rechtmäßigkeit der ihm auferlegten Verurteilung. Nichtsdestoweniger erkannte das Gericht auf die oben angegebene Strafe.

Polizeiliches Verbot des „Wahren Jacob“.

Vom Polizeipräsidenten Eisen ist an die Kolporteurs und Schriftführer ein Verbot zum öffentlichen Verkauf verschiedener Schriften, darunter der „Wahre Jacob“ und der „Simplicissimus“, ergangen. Das Verbot stützt sich auf eine Polizeiverordnung, wonach Schriften, die „kirchlich oder religiös Aergernis erregen“, nicht vertrieben werden dürfen.

Aus Industrie und Handel.

Eine staatliche Tabakfarm in Deutsch-Südwestafrika.

Nach einer Mitteilung des Geheimrats Dr. Wöhe aus dem Kolonialamt an den Vertreter eines Tabakinteressentenblattes soll eine Versuchsfarm für Tabakbau in Okavandja (Südwestafrika) begründet werden, wozu 10000 A. bewilligt sind. Innerhalb der Farm will man die für die Kolonie geeigneten Sorten ausprobieren, Samen züchten usw. Vor fünf Jahren ist bereits ein Sachverständiger in das Kolonialgebiet entsandt worden. Doch wird erwartet, daß seine Untersuchungen noch nicht abgeschlossen seien. Bisher wuchs nur ein für Gottenotten und Hereros geeigneter Tabak. Der Krieg hat auch diese Produktion vernichtet. Ob eine Tabakkultur in Südwestafrika Aussicht auf Erfolg hat, scheint mehr als fraglich. Sie erfordert einen günstigen Boden und intensive Bearbeitung; an beiden Vorbedingungen fehlt es in dem Kolonialgebiet.

Ein internationales Opiumabkommen.

Eine neue und zu begrüßende internationale Vereinbarung ist das am 23. Januar d. J. in Haag vereinbarte Abkommen über Verhinderung und Beschränkung der Einfuhr von Opium und verwandten Veranschlagungsmitteln nach Ländern, die deren Verbrauch verboten oder eingeschränkt haben. Das zwischen den wichtigsten östlichen und den mit ihnen im Handelsverkehr stehenden Kolonialstaaten vereinbarte Abkommen bezeichnet einen Erfolg vielfähriger Bemühungen Chinas. In dem Verle der inneren Ermächtigung dieses Reiches nahm der Kampf gegen das verbreitete Raub des Opiumrauhens von Anfang an eine besonders wichtige Stelle ein. Bereits in den dreißiger Jahren hatte China die Einfuhr von Opium verboten, wurde aber durch den schimpflichen Opiumkrieg (1839-42) von England gezwungen, die Einfuhr aus Indien zuzulassen. Nachdem nun in den letzten Jahren es gelungen ist, den Raub von Mohan, der Opiumrauh, in China selbst fast völlig auszurotten, brachte China es durch Verhandlungen zufolge, den Widerstand Englands, das sich noch auf der Opiumkonferenz von Shanghai 1909 dem Einfuhrverbot widersetzt hatte, zu überwinden und nun endlich eine internationale Vereinbarung zustande zu bringen, die bei sachgemäßer Durchführung geeignet ist, den Opiumsmuggel zu unterbinden.

Danach verpflichteten sich die Vertragsmächte (darunter Großbritannien, Deutsches Reich, Japan, Rußland, Vereinigte Staaten), Maßnahmen zu treffen, um die Ausfuhr von rohem oder zubereitetem Opium nach Ländern, die dessen Einfuhr unterliegen, zu verhindern und den Staaten, die Beschränkungen der Einfuhr anordnen, die Durchführung zu erleichtern, soweit sie nicht bereits das volle Verbot der Ein- und Ausfuhr zubereiteten Opiums aussprechen. Der Handel mit Opium, Morphin, Kokain oder anderen Mitteln verwandter Art, die nach dem Ergebnis allgemeiner anerkannter wissenschaftlicher Untersuchungen zu ähnlichen Mißbrauch Anlaß geben und die gleichen schädlichen Wirkungen zur Folge haben können, soll nur zu medizinischen Zwecken an bestimmten Orten und bestimmten ermächtigten Personen unter Kontrolle gestattet sein. Ebenso die Herstellung von Salzen solcher Art. Die Regierungen verpflichten sich, die durch den Vertrag nötig werdenden Gesetze usw. der nächsten Tagung ihrer Parlamente vorzulegen. Der Zeitpunkt ihrer Inkraftsetzung soll noch vereinbart werden. Den nicht beteiligten Staaten soll durch die Regierung der Niederlande, die mit dem Zollzuge betraut ist, das Abkommen zum Anschluß vorgelegt werden.

Aus aller Welt.

Eine Anthologie des politischen Stumpfsinns.

Unter der Überschrift „Skizzenarbeit eines Abgeordneten“ lesen wir in der „Frankfurter Volksstimme“: Die Nr. 54 des „Täglichen Volksfreund“ legt auf dem Schreibeisch; eine ganze Seite in kleinem Druck bedeckt ein Artikel mit der Überschrift: Reichstagswahlprose aus dem ersten Reinerger Wahlkreise. Eine ganz besondere Leistung, und darum legt der Verfasser auch seinen Namen hin: Von Artur Hofmann. Aber beiläufig ist er der Poet, als eine Art Aphorist er vielmehr auf; er will verhalten, daß wertvolles Gut ungenutzt, Hofmann ist als M. d. N. Mitglied der Wahlprüfungskommission und, wie er selbst mitteilt, Referent über die Wahl des Dr. Müller-Reininger. Er hat die Wahllisten geprüft, hat dabei Prosen gesammelt und schließt jetzt seine Deute aus. Eine Probe davon:

Der ist nichts und da ist nichts,
Ich bin der Herr von Gademisch.
Ich schreibe jetzt zur Wahl,
Das macht mir große Qual.
Ich weiß nicht, wen ich wählen soll.
Es stehen meine Gedanken still.

Es sieht sich ein „Gebicht“ aus andere, durch drei volle Zeitungspalten hindurch. Dergleichen haben die ältesten Leute nie gesehen. Mühen diese verbrochenen Volksgenossen sich nicht vorzukommen, die gleich politischen Kindern von ihrem Wahlrecht keinen anderen Gebrauch zu machen wissen, als die Heimerellen zu verbreiten, müssen sie sich nicht erheben, wenn ein sozialdemokratischer Abgeordneter mühsam ihr Gemüth abkratzt, aneinanderkennt, der Zeitung schickt — und die Zeitung es schließlich gar noch abdruckt. Eine ganze Seite Schund in kleinem Druck!

Eisenbahnkatastrophe in Nordamerika.

Ein furchtbares Eisenbahnunglück, über das Einzelheiten bis zur Stunde noch nicht vorliegen, meldet ein Telegramm aus Lafayette im Staate Indiana. Danach entgleiste ein Personenzug der Wabashbahn in der Nähe von West-Vibanon. Bei dem Unglück sind drei Personen ums Leben gekommen, sechzig wurden verletzt.

Eine Pfarrersföchin als dritter Mann.

In Nr. 54 der „Münchener Zeitung“ sucht ein Benefiziat auf dem Lande eine tüchtige Haushälterin, die auch taroden kann. Dieses Interat ist auch ein Zeichen der Zeit. Nachdem das Oberhaupt der katholischen Kirche den Geistlichen so ziemlich jedes weltliche Vergnügen untersagt hat, bleibt ihnen als einzige Erholung nur noch ein solider Desertarod übrig. Und da

auf dem Lande oft der dritte Mann fehlt, ist es ganz gut, wenn wenigstens die Pfarrersföchin einspringen kann.

Ein geistlicher Herr.

Wegen sittlicher Verfehlungen, begangen an den ihm anvertrauten Schölerinnen, hatte sich der 47 Jahre alte katholische Pfarrer August Schön aus Reuhäusel (Nanton Diözese) vor der Strafkammer in Ströburg i. O. zu verantworten. Er wurde beschuldigt und auch durch die Beweisaufnahme überführt, mit dreizehn Mädchen unter vierzehn Jahren, die bei ihm Religionsunterricht genossen, unzuchtliche Handlungen vorgenommen zu haben. Als seinerzeit die Vergehen an das Tageslicht kamen, unternahm Sch. einen Selbstmord, konnte jedoch noch rechtzeitig verhaftet werden. Trotz der Schwere des Falles wurden ihm, mit Rücksicht auf seine bisherige Unbescholtenheit mildernde Umstände (!!) angebilligt. Das Urteil lautete auf drei Jahre Gefängnis und fünf Jahre Ehrverlust.

Kleine Notizen.

Ein Nord. Mit einer Schädelverletzung wurde in dem pommerischen Dorfe Gremerbruch der Rentenguldbesitzer Witt tot aufgefunden. Er war mit seinem Einwohner Perlik abends im Gasthause, und beide gingen zusammen nach Hause. Vermutlich hat Perlik im Streit den Witt erschlagen; die Verdachtsmomente haben sich so gehäuft, daß Perlik wegen Mordes verhaftet wurde.

Unfall des Berlin-Biener Schnellzuges. Wie amtlich berichtet wird, streifte der Berliner Schnellzug am Donnerstagabend in der Station Oberhollabrunn die Lokomotive eines rangierenden Güterzuges. Drei Fahrgäste und vier Bahnangestellte wurden verletzt. Der Schnellzug traf in Wien mit zweifündiger Verspätung ein.

Opfer einer Felddienleistung. Bei einer Felddienleistung der Innsbrucker Militär-Telegraphenschule geriet heute früh bei dem Versuch, den Telephondraht über die Hochstromleitung der Stubaiabahn zu führen, der Draht und kam mit der Starkstromleitung in Berührung. Durch den elektrischen Schlag wurde der Kaiserjäger Joseph Koch sofort getötet. Zwei Soldaten erlitten leichtere Verletzungen.

Von Räubern entführt. Auf einer Dienstreife wurden zwei rufliche Regierungsbeamte zwischen den Ortshäusern Polggros und Hierjos von einer griechischen Bande entführt. Von den Räubern, die es offenbar auf Erpressen von Lösegeld abgesehen haben, fehlt jede Spur.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Dienstag 6 Uhr, vom vier Tropfen — 6 Uhr abends —, wochentags von 4 1/2 bis 7 1/2 Uhr abends, Sonnabends, von 4 1/2 bis 6 Uhr abends statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Antrage ist ein Dankschreiben eine Zeit als Belegstücke beizufügen. Briefliche Antworten werden nicht ertheilt. Anfragen, denen keine Abnehmerantwortung beigemessen ist, werden nicht beantwortet. Gütige Fragen trage man in der Sprechstunde vor.

M. J. 1912. Ein derartiger Vertrag ist zulässig, falls nicht etwa ein Scheinvertrag beabsichtigt ist. Der Vertrag wird am zweckmäßigsten zu Protokoll eines Notars erklärt. — S. 8. 114. Ihre Angaben reichen nicht aus. Kommen Sie in die Sprechstunde. — S. 8. 27. Nur innerhalb des Dienstjahres, falls das Dienstverhältnis durch Schuld des Mädchens gelöst wird. Demgemäßem Kündigung seitens des Mädchens gilt nicht als Bestandend. — 100 S. Die Rechtslage ist zweifelhaft. Ein Vergleich erscheint angebracht. — Köpferle Rechenbogen. Am 1. April. — Idebar. Der Vertrag gilt auf unbestimmte Zeit geschlossen und kann monatlich aufgelöst werden, da Ihre Unterpflicht fehlt. — S. 25. Rehr. — 100 W. 20. Die fehlende Zustimmung der Gütern ist kein Ablehnungsgrund. — S. 23. 30. Die Gläubiger können von Ihnen Zahlung beanspruchen. — S. 8. 31. Das ist bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres zulässig. — S. 76. 1. Ja. Unreife Erbschaft liegt Betrag vor. 2. und 4. Ja. 3. Um den Schuldner zur Ableistung des Ehrenamtes gezwungen zu werden. 4. Um 2 M., ausgenommen die Kosten für die Verhaftung des Schuldners, die etwa 15 M. betragen. — S. 8. 28. Ja. Falls Sie aber deutscher Angehöriger sind, nein. Die Frau hat dann die deutsche Reichsangehörigkeit erworben. — S. 23. 2424. Sie erben ein Viertel. Die Verdingungsstellen sind vom Gesamtertrag zu kürzen. Das Gericht kann von der Auseinandersetzung bezw. Sicherstellung absehen. — S. 8. 18. 1. Ja. 2. hängt vom Inhalt des Krates ab. Nach Ihrer Darstellung muß Ihnen eine Teilrente zugestimmt werden. 3. Nur nach Eintrag in den Verzeichnis zu beantworten. — W. 73. Der Wert ist im Recht. — W. 8. 77. Die Wärmehäufigkeit muß schuldabhängige Unterlagen haben. Ist dies der Fall, läßt sich nichts unternehmen; andernfalls können Sie klagen. — S. 8. 44. Sie sind zahlungspflichtig. — S. 100. 1. Ihnen kann ein Pfleger bestellt werden. 2. Ja, sobald Sie das 18. Lebensjahr vollendet haben. 3. Das Vormundschaftsgericht könnte eingreifen. — Steuern. Sie sind zur Nachzahlung verpflichtet. Beantworten Sie die Erwähnung von Mängelungen. — H. 7. Ja, in vollem Umfang. — W. 8. 1881. Die vertragliche Kündigungserklärung muß im Original vorliegen. — S. 8. 90. Der Wert ist zur Renovierung verpflichtet, jedoch nicht während der Nachtzeit. — S. 8. 92. Verjährung liegt infolge des Anrechnungs nicht vor. — S. 8. 93. Ist 20 Jahre, falls das Urteil nicht aufgehoben ist. — S. 8. 21. 1. Ja, sofern die Rente nicht mehr als 15 Proz. ausmacht. 2. Nein. Sie müssen aber der Berufsgenossenschaft Ihre Adresse mitteilen und sich bei dem deutschen Konsulat melden. — S. 8. 21. Das Kind hat Erbrecht. — S. 8. 100. Nur dann, wenn das Mädchen eigenes Vermögen oder eigenes geordnetes Einkommen hat. Der Künftige ist auch nach der Verheiratung nicht erhaltungspflichtig. — Weddingler. 1. a. In der Regel ja, wenn nicht der Kleinertrag etwas anderes befragt. — C. 8. 19. 1. hängt vom Richter ab. 2. u. 3. Der uneheliche Vater hat keinen Anspruch auf Herausgabe des Kindes; er bleibt deshalb für alle Fälle zahlungspflichtig. — Alter Abonnent. Den Vertrag halten wir bezüglich der Kündigungswahl für rechtsunwirksam und die gesetzliche Kündigungserklärung ist 6 Wochen zum Quartale für maßgebend. — S. 10. Wenn im Mietvertrag nicht eine entsprechende, Sie verpflichtende Bestimmung enthalten ist; nein. — S. 8. 27. 1. Das ist unzulässig. 2. Bestimmt das Landesrecht. 3. Jedesmal, wenn Neuwahlen zum Reichstag stattgefunden haben. — S. 8. 8. Rehr. — S. 8. 110. 1. Rehr. 2. Die Statuten sind kempelrichtig. — S. 2. 100. Rehr, nur 1/2 des Beitrages für die beiden letzten Lohnzahlungperioden. — S. 8. 500. Die Bestimmung des Gesellschaftsvertrages ist maßgebend. Die eingeschriebenen Briefe sind bei der Post anzuhängen. — S. 8. 2. Die in dem Kufuril vermerkte Frist ist maßgebend; sie beträgt mindestens 3 Monate. Die Annahme der Kündigung empfiehlt sich auch nach Ablauf der Frist. — S. 75. 1. Ja. 2. Tempeln ist ein Kreis für sich, mit Kuppeln zu einem Reichstagswahlkreis verbunden. — 100 M. 8. 1. Der Kaiserer ist zur Entgegennahme eines Wochenbeitrages — im voraus zahlbar — verpflichtet. Sie können sich bei der Verwaltung beschweren. 2. Nicht zu empfehlen. — W. 8. 399. Rehr.

Buchhandlung Vorwärts

Berlin SW., Lindenstr. 69.

Soeben erschienen:

Taschenbuch der Reichstagswahlen.

Preis 30 Pf.

Das in handlichem Taschenformat hergestellte Buch enthält u. a. die neuesten Porträts und Biographien der 110 sozialdemokratischen Abgeordneten sowie die genauen Ergebnisse der Reichstagswahlen 1912 aus allen deutschen Kreisen mit Angabe der Namen der gewählten Abgeordneten, des Berufes und der Parteistellung.

Waldorf-Astoria Cigarettes

Hockey 3 Pf.
Clio 5 Pf.

33/2*

Buchhandlung Vorwärts, Lindenstr. 69

(Laden)

Wir empfehlen:

Franz Mehring

Deutsche Geschichte

Vom Ausgange des Mittelalters

Ein Leitfadens für Lehrende und Lernende

Teil I und II je 1.25 Mark. — Beide Teile zu einem Bande vereinigt, gebunden 2.50 Mark

Tadellos

1 M.

wöchentliche Teilzahlung
liefere elegante

Herren-Moden

fertig und nach Mass.
Garantie für tadellosen Sitz und
feinste Verarbeitung.

J. Kurzberg

Mass-Schneiderei

Rosenthaler Strasse 40-41 am Hackeschen Markt
Frankfurter Allee 104 part., Ecke Friedenstrasse
Reinickendorfer Strasse 4 am Weddingplatz

Teppiche

150x200:	5 bis 19 Mk
165x230:	10,50 bis 40 Mk
180x250:	22 bis 64 Mk
250x350:	52 bis 120 Mk
300x400:	67 bis 185 Mk

Gardinenhaus
Bernhard Schwarz
Wallstr. 13 (dreizehn)

Stoffe

Reste, Coupons sind aus den Fabriken
eingetroffen. „Neuhäusel“ 20, 2, 4, 20.
Zuchliger Koch & Seeland (J. m. b. H.).
Gertraudenstr. 20-21, Petrifstraße.
vis-à-vis der

Blumen- und Kranzbinderei

von Aug. Meier,
Wallerhorststraße 37 a.

Bekanntmachung.

Es wird empfohlen zu kochen:

März 10.	Knorr Geflügelsuppe
„ 11.	„ 7 Schwabensuppe (Eierfiguren)
„ 12.	Knorr Kartoffelsuppe
„ 13.	„ Weibertreuschuppe
„ 14.	Knorr Grünerbsuppe
„ 15.	„ Eierspätzlesuppe

Jeden Tag für 10 Pfennig 3 Zeller feine Suppe
nur mit Knorr Suppenwürfel

Nach dem Urteil der Kenner sind
Knorr Suppen die besten.

68

JANDORF'S

Woche

68

Spittelmarkt Belle-Alliancestr. Grosse Frankfurterstr. Brunnenstr. Kottbuser Damm
Bis Sonnabend den 16. März Verlangen Sie bei Einkäufen Rabattmarken

Die annoncierten Artikel stellen nur einen Auszug aus einzelnen Abteilungen dar. Wir machen noch besonders auf unsere Schaufenster-Dekoration aufmerksam

Soweit Vorrat

2 Frotierhandtücher 68 Pf.

3 Stubenhandtücher Dreifach 68 Pf.

6 Batisttücher mit farbigen Kanten 68 Pf.

1 Madeira-taschentuch mit handgezeichnetem Zerk 68 Pf.

6 grosse Rollen Toilettepapier 68 Pf.

500 Handkuverts 68 Pf.

12 Eierbocher mit Goldrand 68 Pf.

1 Suppenterrine od. 1 Martoffelschüssel mit Deckel 68 Pf.

12 Kompottteller Diamantenimitation 68 Pf.

1 Sturzkaffe reich beschliffen 68 Pf.

1 Kinder-Sweater in 3 Größen 68 Pf.

2 Korsettschoner weiss, mit Einsatz 68 Pf.

12 Dutzend Druckknöpfe rostfrei 68 Pf.

Weisswaren



- 1 Tüllschleife mit breiter Valenciennes-Spitze
- 1 Spachtel-Blusenkragen
- 1 Ballschal Blumenmuster
- 1 modernes Jabot verschied. Ausführg.
- 4 10 Meter Schweizer Wäsche-Stickerei 68 Pf.
- 1 Matrosenkragen marine-weiss, gute Qualität 68 Pf.
- 8 reinseidene Haarbänder viele Farben... 68 Pf.

Galanterie



- 3 runde Glasbilder ca. 30 cm, mit Metallrand
- 1 Metall-Tablett ca. 38 x 22 cm
- 1 Brotkorb aus Metall, oval, ca. 30 cm
- 1 Handtuchhalter braun gebeizt, ca. 60 cm lang mit Beschlag, ca. 35 cm
- 1 Vase ca. 35 cm
- 1 Paneel braun gebeizt, ca. 65 cm lang
- 1 Kleiderriegel mit 4 grossen und 3 kleinen Haken, ca. 75 cm lang



- 1 Menage vernickelt, 3 Teil. 68 Pf.
- 1 Kabinett-Rahmen zusammen 68 Pf.
- 2 Visitt-Rahmen

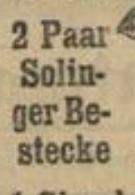


- 1 Portemonnaie aus Leder, für Damen oder Herren
- 1 moderne Kammgarnitur mit Steinen besetzt
- 1 Rasiergarnitur 68 Pf.

Wirtschaftsartikel



- 1 Kaffeemühle m. gutem Werk 68 Pf.
- 3 Gazeglocken versch. Grössen ca. 2 Liter
- 1 Petroleumkanne



- 2 Paar Solinger Bestecke 68 Pf.
- 1 Giesskanne grau lackiert 68 Pf.
- 1 Waschständer lackiert



- 1 Kuchenpfanne a. Stahlblech mit Holzgriff
- 1 Pureepresse verzinkt 68 Pf.
- 1 Wassereimer verzinkt ca. 20 oder 25 cm
- 1 Gaskocher 68 Pf.
- 7 Kuchenbretter verschiedene Grössen
- 1 Spann-Säge 68 Pf.

Taschentücher

- 6 Herrentücher braun, gelb, rot oder blau
- 6 Linontücher gebrauchsfertig
- 3 Herrentücher weiss Batist, mit farbigen Kanten und Hohlraum
- 3 Seidentücher farblich, mit Hohlraum
- 1 Seidentuch weiss oder farblich, reich gestickt

Möbelstoffe

- 1 Filztuch - Lambrequin reich bekorbelt
- 1 Kommodendecke 68 Pf. aus Filztuch, mit Applikation
- 1 Kissenplatte Gobelin-Gewebe
- 1 Meter Jute-Läuferstoff
- 1 Küchentischdecke Wachtuch

Reste und Kupons

Spitzen und Stickereien
diverse Längen 68 Pf.

Baumwollwaren

- 1 Tischtuch ca. 120 cm lang
- 6 imit. Ledertücher extra gross
- 6 Wischtücher kariert
- 1 Kaffeedecke mit Franse, ca. 120/120 cm
- 3 Geschirrtücher Halbweissen, ca. 57/67 cm gestickt und gebändert
- 6 Poliertücher 68 Pf.
- 3 Küchenhandtücher Gers enkorn
- 1 Schlafdecke mit Bordüre
- 2 weisse Stubenhandtücher (Abschnitte) Jacquard oder Dreifach
- 2 Metall-Topfreiniger aus 68 Pf.
- 2 Scheuertücher 68 Pf.
- 1 Abwaschtuch
- 1 Poliertuch

Damen-Konfektion



- Bluse aus gemustertem Barock, Kimonoform 68 Pf.
- Bluse a. Baumwollmusselin, halbfest, m. breit. Bordüre und Tüllpassé 68 Pf.
- Russenkittel aus gestreift. Wa. abstoffen mit verschiedenen Sorten besetzt und Spieltasche 68 Pf.
- Hängerkleid aus Wachtstoffen mit verschiedener Garnierung, für das Alter von 2-6 Jahren 68 Pf.
- Unterrock aus verschiedenen Stoffen mit Volant 68 Pf.

Stelngut

- 1 Satz Schüsseln gross, gerippt... 5 Stück 68 Pf.
- 2 Gemüseschüsseln gross
- 1 Waschservedschüssel dekoriert
- 1 Waschservedkrug dekar.
- 10 Speiseteller tief oder flach
- 10 Frühstücksteller 68 Pf.
- 1 Blumenkübel bunt... 68 Pf.
- 1 Essenträger mit Biegel, Stellig
- 1 Milchkocher feuerfest 68 Pf.
- 1 Schmortopf feuerfest, m. Deckel 68 Pf.
- 1 Bratenplatte zusammen 68 Pf.
- 1 Salatiere
- 6 Speiseteller blau dekoriert
- 1 Kasserolle mit Stiel, feuerfest 68 Pf.
- 3 Näpfe braun, innen weiss 68 Pf.
- 1 Kaffeekanne feuerfest 68 Pf.

Lampen

- 1 Küchenlampe mit Spiegelblende
- 12 Gaszylinder 68 Pf.
- 3 Gasglühlichtstrümpfe
- 2 Gasselbstzunder 68 Pf.

Louisianatuch Deckbettbreite Einheitspreis Meter
Cöper-Inlett Deckbettbreite.....
Züchen Deckbettbreite.....
Bett-Kattun Deckbettbreite.....
Dowlas für Betttücher, ca. 150 cm breit

68

Handarbeiten



- 1 Paradehandtuch oder Wand-schoner vorgezeichnet
- 1 Waschtischgarnitur 5 teilig, mit Spitze garniert, vorgezeichnet 68 Pf.
- 1 Läufer od. Decke mit feinst. Plüschmotiven, Einsatz und Spitzenverzierung
- 1 Kaffeewärmer aus starkfädigem Stoff, vorgez.
- 1 Kissenbezug aus starkfädigem Stoff, mit Borten und Fransenzierung, vorgezeichnet
- 1 Mittendecke mit fertiger Langpette, vorgez.
- 1 Staubtuchtasche aus starkfädigem Stoff, garniert und vorgezeichnet

Seifen

- 6 Stück Bergmann's Palmitin-Seife 68 Pf.
- 4 Stück Frauenlobseife
- 1 Flasche Rieger's Kristall-Mundwasser
- 1 Flasche Bay-Rum 1/2 Liter
- 2 fünfteilige Riegel Sparkerkseife 68 Pf.
- 6 Packete Veilchen-Seifenpulver 68 Pf.
- 1 Paket Motardkerzen aus 68 Pf.
- 1 Paket Streichhölzer 68 Pf.

Herren-Artikel

- 1 Serviteur weiss, lang 68 Pf.
- 1 Binder oder Regatte
- 2 Kragen moderne Formen, Leinwanddecke 4 fach

1 Herren-Yachtclub-Mütze 68 Pf.

1 Matrosenmütze für Mädchen oder Knaben

1 Herren- oder Knaben-Sportmütze 68 Pf.

1 Prinz-Heinrich-Mütze

1 Paar Hosenträger haltbare Qualität

1 Südweste für Mädchen o. Knaben 68 Pf.

Schuhwaren

1 Paar Plüsch-Pantoffel für Damen oder Herren

1 Paar Filz-Pantoffel für Damen oder Herren

1 Paar Melton-Pantoffel für Damen oder Herren

1 Paar Kamelhaarstoff-Pantoffel imitiert, für Damen 68 Pf.

1 Paar Kamelhaarstoff-Schuhe imitiert, für Damen 68 Pf.

6 St. Blumen-Fettseife 68 Pf.

3 Pfund Schmierseife weiss oder gelb 68 Pf.

1 Fusabank 68 Pf.

1 Damen-Gummigürtel viele Muster 68 Pf.

12 Gläsersteller mit vernickeltem Rand 68 Pf.

1 grosser Strasswedel 68 Pf.

1 Makramé-Kragen alliert, für Damen 68 Pf.

1 Stuben-Paradehandtuch feinst, div. Spitzens 68 Pf.

1 Bestecktasche aus 1 Duz. Paar, vorgezeichnet 68 Pf.

6 Kinder-taschentücher mit Buchstaben 68 Pf.

1 Korsett halbhohes Form, in hellen, gemusterten Stoffen 68 Pf.

1 Zigarrenschrank ca. 40 cm hoch 68 Pf.

1 Markt Tasche ca. 34 cm lang, mit Lederhenkel und Lederriemen 68 Pf.

1 Paar Damen-Strumpfhalter 68 Pf.

2 Serviteurs weiss oder bunt 68 Pf.

1 Wirtschafts-schürze gestreift Gingham mit Bortenbesatz 68 Pf.

4 Paar Ersatzfüsse für Damenstrümpfe, schwarz oder lederfarbig 68 Pf.

1 Wäscheleine "Aloe" ca. 25 Meter 68 Pf.

1 Perser-Vorleger imitiert, mit Franzen, gute Qualität 68 Pf.

Gegen den Justizmord an den sozialdemokratischen Abgeordneten der russischen Duma.

Eine monströse Kundgebung war es, die unsere Parteigenossen am Donnerstag im „Konfordinaal“ in der Andreassstraße für die Wiederaufnahme des Prozesses gegen die sozialdemokratischen Dumaabgeordneten veranstalteten. — Schon lange vor der festgesetzten Zeit war der Saal fast vollständig gefüllt, und als General Erntli die Versammlung eröffnete, waren Saal und Galerien so stark besetzt, daß kein Apfel zur Erde fallen konnte. Der Referent, Genosse Ledebour, wurde bei seinem Erscheinen mit lebhaftem Applaus begrüßt. Er begann seine Rede mit dem Hinweis, daß der Appell zu dieser Kundgebung nicht nur an unsere Parteigenossen ergehen ist, sondern an alle Männer und Frauen, die noch ein Gefühl für Menschlichkeit haben. Es handelt sich nicht um eine Parteiangelegenheit im engeren Sinne, wenn auch die Sozialdemokraten in allen Ländern befaßt sind, daran mitzuwirken, daß das Justizverbrechen in Rußland seine Sühne finden soll und muß. Eine allgemein menschliche Frage ist es, die uns hier beschäftigt. Man hat in europäischen Ländern, auch bei uns, Staatsverbrechen in Hülle und Fülle erlebt. Aber was in Rußland passiert ist, das ist ein Musterbeispiel dafür, wie man mit Brutalität und Rache volksfeindliche Pläne durchzuführen sucht. Dieser Fall geht auch jeden Deutschen, besonders jeden Bräutigam an, denn das tschische Verbrechen in Rußland sollte einem Staatsverbrechen zur Durchführung helfen, der das Ziel hatte, durch einen Genozid des tschischen Volks zu befeigen, welches nach Ansicht der Jarenregierung zu viele Sozialdemokraten in die Duma gebracht hatte. Der Vorgang in Rußland hat also eine verhängnisvolle Familienähnlichkeit mit jenem Staatsverbrechen, welches der König Friedrich Wilhelm IV. beging, als er 1848 die preussische Duma auseinanderjagen ließ, um das schmachvolle Dreiklassenwahlrecht einzuführen. — Der Redner skizzierte die Geschichte der russischen Revolution und kam dann zur Darstellung des Vorganges, der die Ursache der gegenwärtigen Kundgebung bildet. Nachdem in die zweite Duma 55 Sozialdemokraten gewählt worden waren, plante die Regierung, diese des Hochverrats zu überführen, um das als Anlaß zur Änderung der Verfassung zu benutzen. In jener Zeit erschien im Versammlungssaal der sozialdemokratischen Dumafraktion eine Deputation einer geheimen Organisation von Soldaten, die den Abgeordneten ihre Forderungen vorgetragen wollten. Den Abgeordneten kam dieser Sozialfall sehr bedenklich vor. Sie komplimentierten die Deputation schmeichelt hinaus, nahmen aber eine schriftliche Eingabe derselben entgegen. Eine halbe Stunde nach dem Abgang der Soldatendeputation erschien die Polizei, besetzte das Lokal und nahm eine Hausdurchsuchung vor. Die Parteigenossen wollten die Eingabe der Soldaten finden, aber sie fanden nichts. Trotzdem war später im Prozeß gegen die Abgeordneten eine Abschrift dieser Eingabe bei den Akten. Nach der Hausdurchsuchung brachte die sozialdemokratische Fraktion in der Duma eine Interpellation wegen dieses Vorgehens der Polizei ein. Da erklarte der Justizminister, es habe kein gesetzlicher Grund für die Hausdurchsuchung vorgelegen. Drei Wochen später verlangte dann die Regierung von der Duma die Genehmigung zur strafrechtlichen Verfolgung der sozialdemokratischen Fraktion und die Auslieferung eines Teils derselben. Die Regierung behauptete, die Reaktion habe sich des Hochverrats schuldig gemacht. Die Duma lehnte eine Kommission ein, welche die Angelegenheit untersuchen und zu dem Ergebnis kam, daß die Regierung kein Material hatte, womit sie ihre Behauptung, die sozialdemokratischen Abgeordneten hätten Hochverrat begangen, begründen konnte. Die Kommission, der nur bürgerliche Abgeordnete angehörten, erklärte das Verlangen der Regierung für ungeschicklich. Unmittelbar nach diesem Beschluß der Kommission wurden in der Nacht 37 sozialdemokratische Abgeordnete verhaftet, und am nächsten Morgen löste die Regierung die Duma auf. Unsere Genossen sind durch einen liberalen Abgeordneten von ihrer bevorstehenden Verhaftung unterrichtet worden. Sie hatten also die Möglichkeit, zu fliehen, aber sie taten es nicht. So schwere Folgen das für sie persönlich hatte, so war ihr Entschluß, zu bleiben, doch im allgemeinen politischen Interesse von großem Wert, denn sie legten dadurch Zeugnis für ihre Unschuld ab. Die Regierung rechnete allerdings mit der Flucht. Sie hatte

bereits für ihr offizielles Blatt einen Artikel vorbereitet, der am Tage nach der Flucht erscheinen und diese selbst als Beweis für die Schuld hinstellen sollte. Der Artikel konnte freilich nicht erscheinen, aber der Prozeß wegen Hochverrat und Verführung wurde gegen die sozialdemokratischen Abgeordneten eingeleitet. Damit die Beurteilung ganz sicher sei, wurde die Verhandlung nicht vor dem ordentlichen Gericht, sondern vor einem Sondergerichtshof hinter verschlossenen Türen geführt. Unter dem Vorwandmaterial befand sich eine Abschrift der Eingabe, welche die Militärdeputation den Abgeordneten übergeben hatte. Auch die gesamte Tätigkeit der Abgeordneten wurde als Beweis gegen sie ins Feld geführt, obgleich diese Tätigkeit durchaus gesetzlich war und das Programm zur Grundlage hatte, welches schon seit 1908 allgemein bekannt war. Ohne auch nur halbwegs ausreichende Beweise wurden acht der Angeklagten zu 5 Jahren und neun zu 4 Jahren Zwangsarbeit, die übrigen zur lebenslänglichen Verbannung nach den unwirtlichsten Gegenden Sibiriens verurteilt. Zwei von den Verurteilten starben nach kurzer Zeit, ein dritter ist dem Wahnsinn verfallen, mehrere liegen jetzt hoffnungslos erkrankt darnieder. Von den Verbannten wurden einige, die schwer erkrankt waren, nach Rußland ins Gefängnis zurückgebracht. Einem gelang es, aus Sibirien zu entfliehen.

Versuche, ein Wiederaufnahmeverfahren durchzuführen, Mißlingen ohne Erfolg. Jetzt liegt nun neues Material vor in den Händen des tschischen Prozeß, der angibt, daß er sich seinerzeit in die geheime Organisation der Soldaten aufnehmen ließ und die Eingabe an die sozialdemokratischen Abgeordneten veranlaßt hat. Den Text der Eingabe soll der Polizeichef Gerasimow selbst verfaßt haben. Prozeß hat die Regierung aufgefordert, eine Untersuchung seiner Angaben zu veranlassen, aber die Regierung hat das abgelehnt. Dann nahm die jetzige sozialdemokratische Dumafraktion die Sache in die Hand. Nachdem ihre früheren Interpellationen nicht zur Verhandlung gekommen sind, leitete sie jetzt eine neue Aktion ein, um auf Grund der Angaben Prozeß das Wiederaufnahmeverfahren durchzuführen. — Der Unterstützung dieser Aktion dient die Kundgebung, welche die sozialdemokratischen Fraktionen des Deutschen Reichstages und der bundesstaatlichen Landtage veröffentlicht haben. Wir haben auch Abgeordnete bürgerlicher Parteien um ihre Unterstützung ermahnt; sie haben sich aber dazu bis jetzt nicht entschließen können. Unsere Genossen im tschischen Reichsrat werden sich unserer Kundgebung anschließen. Wenn uns die bürgerlichen Parteien in dieser Frage von allgemeiner Bedeutung im Stich lassen, dann wäre das im eigenen Interesse der bürgerlichen Parteien zu bedauern. Uns würde es nicht schaden, wenn bei dieser Gelegenheit wieder klar gezeigt wird, daß nur bei der Sozialdemokratie ein Port für Gerechtigkeit und Menschlichkeit zu finden ist. Hinter uns steht das stoffende Proletariat der ganzen Welt. (Lebhafter Beifall.) Wir Sozialdemokraten haben ein besonderes Interesse, in dieser Angelegenheit unsere Brüder in Rußland zu unterstützen, denn was ihnen geschieht, fühlen auch wir, und jeder Erfolg, den wir erringen, ist ein Erfolg für das Proletariat der ganzen Welt, eine Etappe auf dem Wege zur Menschheitsbefreiung. — Auch bei uns in Deutschland sind Kräfte am Werk, die es den Schergen des Jarenregimentes zur Vernichtung der Volkstheorie, zur Zerstörung der Volkstheorie gegen die sozialdemokratischen Abgeordneten der zweiten russischen Duma ins Werk gesetzt hat. Die Kundgebung erklärt ihre tiefste Sympathie mit den Abgeordneten, die im Jahre 1907 nach Auflösung der Duma und nach Durchführung des Staatsstreiches von der russischen Regierung verhaftet, wegen

Da sich nach wiederholter, besonders an etwa anwesende Mitglieder bürgerlicher Parteien gerichteter Aufforderung niemand zum Wort meldete, so brachte der Vorsitzende Erntli eine Resolution zur Abstimmung, die einstimmig angenommen wurde. Sie lautet:

„Die Versammlung spricht ihre tiefste Enttäuschung aus über die brutale und tschische Maßregel, die das russische Jarenregiment zur Vernichtung der Volkstheorie, zur Zerstörung der Volkstheorie gegen die sozialdemokratischen Abgeordneten der zweiten russischen Duma ins Werk gesetzt hat. Die Kundgebung erklärt ihre tiefste Sympathie mit den Abgeordneten, die im Jahre 1907 nach Auflösung der Duma und nach Durchführung des Staatsstreiches von der russischen Regierung verhaftet, wegen

Hochverrats angeklagt und dann in geheimer Gerichtsverhandlung zu langjährigem Kerker oder Verbannung nach Sibirien verurteilt wurden. Wie sich jetzt herausgestellt hat, auf Grund eines von der Polizei selbst gefälschten Anklagematerials. Die Versammlung gibt der Erwartung Ausdruck, daß es gelingen wird, in der russischen Duma die Wiederaufnahme des Prozesses durchzuführen, damit die noch lebenden Opfer des tschischen und barbarischen Gewaltstreiches aus dem Kerker oder der Verbannung sobald als möglich befreit werden. Die Versammlung erwartet, daß diese Kundgebung überall Widerhall finden wird, wo noch ein Gefühl für Menschlichkeit und Gerechtigkeit lebendig ist. Die Versammelten geloben, den Kampf gegen jedwede Unterdrückung mit verstärktem Eifer zu führen.“

Verfassungen.

Der Verband der Maler, Radierer, Kunstverleger usw., Filiale Berlin, folgte in zehn Mitgliederversammlungen, die am Donnerstag und Freitagabend für Berlin und die Vororte stattfanden, Beschlüssen über die Erweiterung der Kranken- und Sterbeunterstützung innerhalb des Verbandes. Die allgemeine Abstimmung über die Einführung derselben findet in allen Filialen Deutschlands statt in der Zeit vom 8. bis 10. März. Die neue Bestimmung soll, wenn sie eine Mehrheit im Verbandsrat findet, am 1. Mai d. J. in Kraft treten. Es handelt sich dabei um eine fakultative Einrichtung, die vielleicht zu einer obligatorischen ausgebaut werden kann, um auch die Frage einer Erwerbslosenunterstützung im Verbandsrat zu einer Erledigung zu bringen. Zugleich hofft man, den Verband durch die neue Einrichtung zu stärken und der Fluktuation unter den Mitgliedern entgegenzuwirken. Auf Grund genauer Berechnung hat der Hauptvorstand folgendes Reglement aufgestellt: Für zwei Klassen von Versicherten, die einen höheren Wochenbeitrag von 20 Pf., resp. 40 Pf. zahlen, werden Krankenunterstützungen von 1,25 M., resp. 2,50 M. pro Tag bewilligt, und zwar bei einer Organisationszugehörigkeit von 13 Wochen auf 30 Tage, von einem Jahre auf 60 Tage, von drei Jahren auf 120 Tage, von fünf Jahren auf 180 Tage, von über sieben Jahren auf 240 Tage. — Die Sterbeunterstützung beträgt in der ersten Klasse bei einer Organisationszugehörigkeit von einem Jahre 30 M., von drei Jahren 45 M., von fünf Jahren 60 M., von sieben Jahren 75 M. und für Kinder 15 M. In der zweiten Klasse beträgt die Sterbeunterstützung bei einer Organisationszugehörigkeit von einem Jahre 60 M., von drei Jahren 90 M., von fünf Jahren 120 M., von sieben Jahren 150 M. und für Kinder 20 M. — Denjenigen Mitgliedern der Organisation, die bereits vor dem 31. Dezember 1912 den höheren Beitrag für die Hauptklasse bezahlet, wird die alte Mitgliedschaft voll angerechnet und wird für sie die erhöhte Unterstützung nach 13 Wochen Beitragsleistung im Krankheits- oder Sterbefall ausbezahlt. —

Die Referenten in den verschiedenen Versammlungen erläuterten die Vorlage eingehend und wiesen darauf hin, daß mit der Einführung der neuen Reichsversicherungsordnung die freien Hilfskassen für Krankenversicherung in Schwierigkeiten geraten, die ihre Existenz, auch in veränderter Form als Hilfskassen, in Frage stellen. Durch den häufigen Wechsel im Arbeitsverhältnis und durch Arbeitslosigkeit sowie durch Reisen kann leicht der Anspruch bei der Altersversicherung verloren gehen, denn vor der Selbstversicherung steht mancher zurück. Diese Mitglieder sollen dann in ihrem Verbandsrat eine Stütze finden. Der Verbandsrat hat darum eine Verbesserung und Erweiterung der bisherigen Unterstützungsleistungen vorgeschlagen, von denen er sich auch für den Verband und seine Zweige die beste Wirkung verspricht. — Die einberufenen Versammlungen in Berlin und Umgebung waren gut besucht und erklärten sich mit großer Majorität für die neue Einrichtung, wenn es auch in einzelnen Versammlungen an Opposition nicht fehlte, die vielfach aus der Erwägung entstand, daß der Verband den kommenden Volkskämpfen im Gewerbe seine volle Aufmerksamkeit zuwenden sollte und daß demgegenüber Unterstützungsleistungen zurücktreten müßten. Die Referenten wußten aber diese und anderen Einwände erfolgreich zu begegnen, und die Gesamtstimmung ergab, daß die Opposition nur eine kleine Minderheit aufbrachte. In der Sektionsversammlung der Radierer, die im Gewerkschaftshaus stattfand, waren unter 171 Stimmen nur 6 oppositionelle. Da noch einige entlegene Jahrestellen in Betracht kommen, wird das genaue Stimmenverhältnis in der Filiale Berlin erst in der nächsten Woche bekannt werden.

Kleines feuilleton.

Die Entdeckung des Südpols. Die sich widersprechenden Nachrichten über die Expeditionen Scotts und Amundsens haben sich klären lassen. Die norwegischen Zeitungen „Aftenposten“ und „Aidens Tegn“ erzielten am 8. März folgende vom 7. d. M. 3 Uhr 40 Min. früh datierte Depesche aus Hobart (Tasmanien): Roald Amundsen hat den Südpol zwischen dem 14. und 17. Dezember 1911 erreicht. An Nord ist alles wohl. Von Scott liegen keine direkten Nachrichten vor; Amundsen stellt telegraphisch in Kopenhagen, daß er etwas über Scott berichtet habe. Die englische Presse, die trotz der Ränke des Endziels sich einen erheblichen wissenschaftlichen Nachteil leistet, hatte es für selbstverständlich erklärt, daß der Engländer Scott den Südpol bezwungen habe. Sportfreaks — und das sind für die meisten die Volmatheos — sind in England Ekstasen. Trotzdem bleibt es dabei, daß Amundsen am Pol war. Vielleicht — hoffentlich war auch Scott da und hätte das nationale Tuch; der Südpol erträgt es und die übrige Menschheit auch. Inzwischen feiern die Norweger ihren Amundsen, der Präsident des Storting hielt eine Ansprache, der König usw. Kurzum man kann mit diesen Angelegenheiten gut und gerne ein bis zwei Seiten einer bürgerlichen Zeitung füllen (worauf aber im Grunde nicht mehr steht, als hier gesagt wird). Da Amundsen bisher nichts weiter sagen will und kann (er hat seine Kontakte mit englischen und norwegischen Zeitungen, die Sonnabend einige Tausend Sortie Telegramme bringen werden), läßt sich vorläufig weiter nichts sagen, als was er deponiert hat. Bekannte Polarforscher sind alsbald befragt worden, aber sie wissen natürlich auch nichts. Shackleton, der dem Südpol bisher am nächsten auf den Leib gerückt war — er kam bis 88 Grad 23 Min. — meinte: „Nach dem Maßstab meiner eigenen Erfahrungen zu messen, muß Amundsen die Fahrt nach dem Südpol mit ungewöhnlicher Schnelligkeit zurückgelegt haben. Er hat offenbar sehr günstige Wetterbedingungen angetroffen. Das Winterlager Amundsens befindet sich auf dem Grad 78,44 südlicher Breite und war mithin nur 676 geographische Meilen vom Südpol entfernt.“ Der Südpol ist also erreicht! Zweifellos eine Leistung, die große Umficht, eine hoch entwickelte Technik der Ausrüstung und Verproviantierung, eine kolossale Tatkraft beweist. Seit Cook 1772 bis zu 71 Grad 10 Minuten südlicher Breite vorgebrungen war, ist das Problem der Südpolarforschung lange unbeachtet geblieben. Erst 1840—48 machte Koh einen neuen Vorstoß. Aber recht in Angriff genommen wurde es erst seit 1900. Es war ziemlich viel Vorarbeit nötig, bis einer — gleichgültig wer — das letzte Ziel erreichen konnte. Es scheint, daß der forschende Mensch alle Gebiete der Erde sich unterwerfen müsse, daß er keine leeren Flächen auf der Weltkarte dulde. Sicherlich kann dies Streben für die Wissenschaft von größter Wichtigkeit sein. Und sicher hat Amundsen wissenschaftliche Interessen gehabt, wenn er auch auf seine weitergehenden Pläne am Nordpol aus Mangel an Mitteln verzichtete und sich bestrengte auf die Entdeckung des Südpols zu werfen. Hoffentlich hat seine bewundernswerte Sportleistung auch einige Resultate gezeitigt. We für den

Kulturmenschen mehr Bedeutung haben — als die Erreichung eines Punktes, der an sich betrachtet zu den uninteressantesten der Erde gehört.

Kriegsbeher. Es ist verständlich, daß jemand, der seine Rolle zu Hause ausgespielt hat, ungeduldig von einem Bein auf das andere tritt, um herauszukommen.

Die Zahl der politisierenden inaktiven Offiziere wächst von Tag zu Tag. Aufsätze, Broschüren, Reden, Vereine — das Resultat ist bis dahin: der Krieg! Der unvermeidliche, frische, fröhliche Krieg! Mit wem? — das wird dem Ermessen der vorgesetzten Behörde überlassen.

Mit welcher unerhörten Frivolität geht es zu, zeigt das „Berliner Tageblatt“ im Anzug eines demnach bei Coila — (Goethe . . . Schiller . . .) — erscheinenden Heitgens. Herr v. Bernhardt, ein General z. B., benutzt seine Ruhestunden, um sich auf diese Weise seinen Vorgesetzten wieder ein bißchen in Erinnerung zu bringen. (Für bestellte Arbeit taugt das Ding zu wenig.) Unverhüllte Drohung . . . wirkliche Macht . . . fester Wille . . . — und so.

Es ist schließlich verzeihlich, erklärlich; man sieht herum, hat nichts zu tun, immer mehr Leute beginnen einzugehen, daß das Heer zum wenigsten für den äußeren Feind geschaffen ist, daß die Zeit kommt, wo man es vielleicht entdecken kann . . .! Schreiben kann man, abschreiben auch — na also.

Aber das Gefährliche ist, daß die Herren, die übrigens wegen ihrer Mappigkeit nicht mißgesehen, wie ich, daß man ihnen glaubt, daß nicht nur konservative Parteipolitiker aus nachliegenden Gründen hehen, sondern daß „Tag“ aus „Tag“ ein dieses parteilose Papier Departement bringt, daß an der Spitze mit der Möglichkeit eines Krieges fast gerodet wird — das ist es! — Vielleicht kann man den allen ehrlichen Soldaten mit wirklicher Macht und festem Willen auch Kauf und Feder pensionieren. K. T.

Eine Winterbesteigung des Montblanc. Der mit photographischen Aufnahmen für ein Londoner Blatt betraute Franz Rogge, dessen Momentbilder vom tripolitanischen Kriegsschauplatz zuerst die Aufmerksamkeit auf die von den Italienern gegen die Araber begangenen Grausamkeiten lenkten, hat soeben eine Besteigung des Montblanc ausgeführt, die angesichts der Jahreszeit als eine Heldentat angesehen werden kann. Ueber die gefährliche Tour gibt sein Begleiter folgenden Bericht: „Wir verließen das Hotel du Planet am 27. Februar um 10 Uhr vormittags mit sechs Führern und in Gesellschaft des Hoteliers. Chamonix erreichten wir um 1/2 12 Uhr im Schlitten und waren um 1/2 1 Uhr nachmittags auf der Pierre Pointue, der ersten Etappe, wo wir übernachteten, um um 6 Uhr früh nach den Grands Mulets, der 2000 Meter hohen Felsinsel im Vossongletscher, aufzubrechen, von der aus unter günstigen Verhältnissen der höchste Gipfel in sechs bis acht Stunden erreicht werden kann. Der Schnee lag sehr tief; des Ästerns sah ich tief ein und mußte mühselig ausgegraben werden. An der Aguille du Tour trennten wir uns in zwei, je vier Personen umfassende Parteien, von denen jede aneinandergehefteten ihren Weg suchte. Die an der Spitze marschie-

rende vierköpfige Führergruppe wurde bald darauf von einer Schneewand und Eislawine erfasst und über einen Abhang gefegt. Unter Entsetzen wandelte sich indeß bald zu einer jauchenden Freude, als wir nicht lange darauf die vier Führer zu uns heraufklettern sahen. Das gefährliche Intermezzo bestimmte drei der Führer, den Aufstieg anzutreten. Wir anzuern aber liegen weiter und erreichten um 10 1/2 Uhr vormittags den Vossongletscher, dessen heimtückische, von Schneemassen bedeckte Spalten die größte Gefahr bargen. Um 3 Uhr landeten wir im Birzhof der Grands Mulets. Hier war alles feix und fest gefroren, mit Ausnahme von etwas Champagner, den wir zu unserer Stärkung tranken. An Lebensmitteln fanden wir nur ein Hammelviertel, das seit dem vergangenen August hier gelegen hatte. Es sah aus wie ein Holzblock, den wir mühsam in Stücke schnitten und in Schneewasser kochten. Als die Sonne sank, wurde die Kälte schier unerträglich. Obwohl ich mich in neun wollenen Decken eingemummelt hatte, litterte ich die ganze Nacht vor Kälte. Trotz dem Eissturm und der grimmigen Kälte, die das Thermometer bis auf —30 Grad sinken ließ, setzten wir in der Frühe den Aufstieg fort. Angesichts der dünnen Luft und des Mangels an Sauerstoff wurde das Atmen immer schwieriger, und die Symptome der Bergkrankheit begannen sich bei mir einzustellen. Unter unangenehmen Schwierigkeiten arbeiteten wir uns so bis auf etwa 700 Meter Entfernung an den 4810 Meter hohen Gipfel heran. Es fiel uns mählich nicht leicht, angesichts des vor uns liegenden Ziels den Aufstieg aufzugeben; aber die Chancen des Erfolgs waren doch zu gering. So entschlossen wir uns denn zum Abstieg, den die beständig herabdonnernden Lawinen nicht eben vergnüglih erscheinen ließen. Die Führer haben feierlich gelobt, sich nie wieder auf eine Winterbesteigung des Montblanc einzulassen. Und sie haben Recht. Es ist ein Rogus auf Leben und Tod.“ Ein unternehmungslustiger Journalist, der eine Winterbesteigung braucht, läßt sich natürlich durch solche Bedenken nicht abhalten.

Notizen.

Theaterchronik. Im Neuen Volks-Theater (Neue Freie Volkshöhne) wird Montag die dreistellige Komödie „Der Meister“ von Hermann Bahr zum ersten Male aufgeführt.

Musikchronik. In der Romischen Oper soll Richard Jagers dreistellige Operette „Die Geze“, die bereits in Nürnberg und Breslau mit großem Erfolge aufgeführt wurde, zur Aufführung gelangen.

Die Zahl der Kraftfahrzeuge. Es gibt zurzeit in Deutschland 57 805 Kraftfahrzeuge, davon dienen 53 478 der Personenbeförderung und 1827 zur Beförderung von Lasten. Die Zahl beider Arten von Kraftfahrzeugen steigt beständig.

Die Bevölkerung Kanadas betrug nach amtlichen Schätzungen 1911 rund 7 100 000 Seelen gegen 5 400 000 im Jahre 1901. Hiervon waren darunter 2 100 000 Abstammung 810 000. Die Einwohnerzahl ist über eine Fläche verteilt, die etwa der Größe des europäischen Kontinents entspricht.

Inferum Genossen 442b
Reinhold Ecke
 necht seiner lieben Braut die
 herzlichsten Glückwünsche zur
 Hochzeit.
 Neuzölin.
 Die Bibliotheks-Kommission.

Todes-Anzeigen

**Beerdigungsverein
 Berliner Zimmerleute.**
 Am 6. März verstarb nach kurzem
 Krankenlager unser Kamerad, der
 Zimmerer
Ferdinand Kunze
 im Alter von 78 Jahren.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am
 Sonntag, den 10. März, nach-
 mittags 3 Uhr, von der Leichen-
 Halle des Simeon-Kirchhofes in
 Britz, Mariendorfer Weg, aus
 statt.
 Um rege Beteiligung bitten
 Der Vorstand.

Dankfagung.
 Für die überaus zahlreiche und
 herzliche Beteiligung bei der Beerdigung
 meines lieben Vaters, unseres
 guten Vaters, insbesondere dem
 Berliner Reichstags-Bezirks-
 dem Sanarbeiter-Verein, dem
 Pfanzerverein "Kranke" den
 Kollegen der Englischen Gesandtschaft
 Weihen sowie sämtlichen Ver-
 wandten und Bekannten sagen wir
 hiermit unseren tiefgefühltesten Dank.
Wwe. Johanna Ramp
 nebst Angehörigen.

Dankfagung.
 Für die vielen Beweise herzlicher
 Teilnahme bei der Beerdigung meines
 innigstgeliebten Vaters und meines
 Vaters
Karl Kosmehl
 sagen wir hiermit allen Verwandten
 und Bekannten sowie den Kollegen der
 R. B. D. unseren tiefgefühltesten Dank.
Wwe. Kosmehl nebst Kindern.

Dankfagung.
 Für die bei der Beerdigung meines
 lieben Vaters und meines Vaters
Emil Schmidt
 uns erwiesene Teilnahme sagen wir
 hiermit allen, besonders dem Wahl-
 verein des R. Reichstags, dem
 Deutschen Buchbinder-Verein, den
 Kollegen der Firma Leppert & Kuhne
 und den Kollegen der Firma Kaufmann
 & Beck unseren innigsten Dank.
Frau Wwe. Berta Schmidt u. Söhne.

Dankfagung.
 Für die vielen Beweise herzlicher
 Teilnahme und schönen Kranzspenden
 bei der Beerdigung meines lieben
 Vaters und guten Vaters sagen
 wir allen Freunden, Verwandten und
 Bekannten, insbesondere dem Genossen
 Richter, dem R. Reichstags, Bezirk 702,
 sowie den Kollegen der R. B. D.,
 Wt. Radebeul und Krämer hiermit
 unseren besten Dank.
Witwe A. Pieske
 nebst Tochter,
 Otica und Geschwistern.

Dankfagung.
 Hiermit sage ich allen Verwandten,
 Freunden und Bekannten sowie den
 Kollegen der R. B. D., Grünfelder
 Straße, meinen innigsten Dank für die
 herzliche Teilnahme bei der Beerdigung
 meines lieben Vaters.
Klara Böttger.
 Die tiefbetrübt Eltern
Fritz Böttger
 nebst Frau und Sohn.

Dr. Simmel
 Spezial-Arzt
 für Haut- und Harnleiden.
 Prinzenstr. 41, dicht am
 Moritzplatz
 10-2, 5-7, Sonntags 10-12, 2-4.

Greift zu!
 Jed. Herrn, der sich eleg. u. bill.
 kleiden will, empfehle eleg. Mo-
 natsgarderobe in feinsten Werk-
 stätt. Berlin's gearb., von Herr-
 schaften, Doktoren, Kavaliere nur
 kurze Zeit gebr. (für jed. Fig. pass.)
 Monats-Jacket-Anzüge 8, 10, 14, 18 M.
 Monats-Rock-Anzüge 10, 12, 16, 20 M.
 Monats-Paletots 8, 10, 14, 18 M.
 Monats-Herren-Hosen 2,50, 5,00 M.
 Ulster, sehr billig.
 Große Abteilung n o u r Garderobe.
Moldauer, Gr. Frankfurter Str. 98
 (Nähe Strausberger Pl.)
 Bitte genau auf No. 98 zu achten!

Monats-Garderobe
 Spezialhaus für wenig getra-
 gene, fast neue Jacket-Anzüge,
 Rock-Anzüge, Gehrock-An-
 züge, Smoking-Anzüge, Frack-
 Anzüge, Sommer-Paletots,
 Beinkleider (auch korpusculente
 Herren), sowie Reiter-Jackets,
 Fracks, schwarze Tuchhosen.
 Dieselben sind teils aus Seide
 gearbeitet und nur kurze Zeit
 getragen, läuft man spottbillig bei
Weingarten, Prinzenstr. 28
 I. Etage,
 Gehaus Ritterstr. (früher 20 Jahre
 Gölzinger Str.). Bitte auf Straße
 und Hausnummer zu achten.

Montag und Dienstag

Verkauf von 2000 Kostümen

zu Ausnahmepreisen!

Dies Kammergarn, gestreift schwarz-weiß, blau-weiß,
 Stoff engl. Charakters, Phantasiestoffe, Taffet, Bengalie,
 von M. 10, 20, 25, 30, 35, 40, 45, 50 an bis M. 200.
 Preise und Ausführungen werden überraschen!

Taffetmäntel ca. 140 cm lang, mit
 Spachtelgarnierung M. 22
 Modelle M. 30, 35, 40, 45 bis 150.
Übergangsmäntel von M. 7½ an, 10,
 15, 18, 20 bis M. 50.

Einsegnungs- u. Prüfungskleider

Noch vorhandene
Plüschkonfektion □ Abendmäntel
 von Mark 55 - bis Mark 250 - zum Teil um
50, 60, 70 pCt. ermässigt

Sonntag geöffnet 12-2.

Westmann

Mohrenstr. 37a Gr. Frankfurterstr. 115.

Möbel auf Kredit!

Sie erhalten bei

1 Kleiderspind	20	1 Bettstelle m. Matr.	40
1 Bettstelle	20	1 Kleiderspind	40
1 Spiegel	20	1 Wäschespind	40
1 Tisch	20	1 Spiegelspind	40
2 Stühle	20	1 Sofa	40
1 Küchenschrank	20	1 Tisch	40
1 Küchentisch	20	2 Stühle	40
1 Küchenstuhl	20	1 Küchenspind	40
		1 Küchentisch	40
		1 Küchenstuhl	40

Mark Anzahlg. Mark Anzahlg.

Moderne Schlafzimmer
 Moderne Speisezimmer
 Moderne Wohnzimmer
 Moderne Herrenzimmer

in jeder gewünschten Art.
 Anzahlung 40-50 Mark.

Einzelne Möbelstücke u. Polsterwaren Anz. 3 M. an, Wochenrate 1 M.

Gebr. Lieber, Alexanderstr. 16.

Nur Ecke Dirksenstr., vis-a-vis der Holzmarktstr., direkt am Bahnhof Jannowitzbrücke.

Ausschneiden, mitbringen 5 Mark Wert.

Das
Möbel-
 Spezial-Haus
Siegmund Misch
 Dresdenerstr. 16

ist die einzige Firma
 in Deutschland,
 deren Verträge den Käufern die Vergü-
 nung einräumt, für die Hälfte der
 jeweilig gezahlten Ratensumme
 Möbel als Eigentum zu
 beanspruchen.

Sie können also nie das
 ganze gezahlte Geld verlieren!

1 Mark
 wöchentl. Teilzahlungen

liefern elegante fertige
Herren-Garderoben

:: Ersatz für Mass ::
 Anfertigung nach Mass
 Tadellose Ausführung

Julius Fabian
 Schneidermeister
 Gr. Frankfurter Str. 37, II
 Eingang Strausberger Platz
 II. Geschäft: Turmstr. 18
 nur 1. Etage, kein Laden.

Möbel

auf
Teilzahlung

Spiegelschränke Anz. 5 M. an
 Bettstellen Anz. 4 M. an
 Kleiderschränke Anz. 5 M. an
 Vertikos Anz. 8 M. an
 Küchenschränke Anz. 5 M. an
 etc. etc.

Abzahlung 1 M. an.
 Zimmer-Einrichtung
 Anzahlung 10 M. an

Wittkopp

Rosenthaler Str. 33 I.
 vis-a-vis Neuschönhauserstr.

Arbeiter! Handwerker!

Wollt Ihr Euch gut und billig
 kleiden, so laßt vom Schneider und
 laßt den Handwerker verdienen.

Anzug nach Maß
 von 40 Mark an.
 Fertig von 21 Mark an.
 Ulster, Paletots, Einsegnungs-
 Anzüge, fertige Hosen
 :: :: stets am Lager. :: ::

F. Drobek
 Herrenschneider
 Reichenberger Str. 178, II. Etage
 am Kottbuser Tor.

Monats-Garderobe!

Die besten Sommer-Paletots
 und 4-500 getragene Anzüge für
 Herren, Smoking-Anzüge, Frack-
 anzüge, sowie von Ranzieren ge-
 tragene, fast neue Sachen (s. Seide),
 für jede Figur passend, in größter
 Auswahl zu unübertroffen (37/20*)
billigen Preisen.
 1 Tr., bestmöglich billiger wie im Laden.
Hirsch Kiefernbaum, Straße 12/13 I
 Grätzlich und künstlerisch erfahrener
Architekt
 übernimmt die Herstellung von Ent-
 würfen zu Gebäuden jeder Art für
 die Partei, die Gewerkschaften und
 die Genossenschaften. 1772*

W. Zimmer,
 Bamberg, Obere Seelgasse.

Krommbohl,

Lob berufsmäßig Berlin's
Opulenz-Kleider,
 nebst dem in Florfau
 und Tiffon in allan ein
 pflichtigen Aufträgen eine
 nach Salagonisfau Aufz
 Amt Lützow 9122 in der Lin

Act. Gm. Taffelbrücken, Töfnaburg
 Die Qualität ist fassungsvermögen!

Für Groß-Berlin!
Öffentliche Versammlung
 Sonntag, 10. März,
 mittags 12 Uhr.
 Brauerei Friedrichshain.

**Was erwarten wir
 vom Zweckverband?**

Bekannt:
Bernhard Dernburg
Friedrich Naumann
Albert Südekum Dr. h. c. h.
 Diskussion. 12/18

Garderoben
 für Herren verläufe wegen Geschäfts-
 aufgabe zu jed. nur annehmbar. Breite.
 Anzüge von 11,50 an. Paletots,
 Ulster, Hosen in groß. Auswahl. Auch
 Monatsgarderoben spottbillig.
**Oranienstr. 199, am Heinrichs-
 platz.**

Herrenmoden
 nach Maß, Deutsche u. engl. Stoffe. An-
 züge 40 M. Paletots 30 M. Hosen 13 M.
 auch bessere Rohhaar-Berarbeitung.
 Wer selbst Stoff liefern will 20 M. an.
 *Rein Zuschneide- u. Anprobe-
 system bürgt für tadellosen Sitz.
F. Känke Frenzlauerstr. 25.
 (Alexanderplatz)

Aktiengesellschaft für chemische Produkte
 vormals H. Scheldemandel
 Berlin

Bilanz-Konto per 30. September 1911

Aktiva	Mark	Passiva	Mark
Grundstücke, Gebäude, Fabriken- u. Bureau- Einrichtungen.	6746430.-	Aktienkapital.	8000000.-
Kassa.	43952,71	Reservefonds.	3354152,74
Wechsel.	966,23	Spezial-Reservefonds.	625000.-
Kautions-Effekten.	10771,15	Versicherungsfonds.	175000.-
Aktien der Aktiengesellschaft für chem. Industrie in Wien.	2947638,30	Talonsteuer-Reserve.	12500.-
Anderer Industriewerte in Aktien.	2926278,72	Anleihezins-Eviden- konto.	89161,66
Beteiligungen an Ge- sellschaften mit be- schränkter Haftung.	539616,51	5½%ige Anleihe aus 1909 5½%ige Anleihe aus 1909, verl. n. einjel. Oblig. Restpreis a. erw. Fabr. Hypoth. u. Partialoblig. Unbehobene Divid. Bank-Avale.	8491000.- 8160.- 1388638,25 394759,99 2290.- 51050.-
Konzernialbeteiligung. Debitoren.	49857,79 6010191,41	Kreditoren u. Verlust- Konto.	1610499,21
Avale.	51050.-	Abschreib. 500107,19 Gewinn.	2169495,07 1669387,88
Waren- und Material- vorräte.	1414832,01		3741599,63
	20741599,63		

Gewinn- und Verlust-Konto pro 1910/11

Soll	Mark	Haben	Mark
Fabrikationskosten- Konto.	6048744,29	Gewinn-Vortrag.	60511,80
Allgem. Spesen-Konto.	822991,86	Generalwaren-Konto.	875479,68
Steuern u. Versicher.	233776,38	Erträge aus Inter- essengemeinschaft, Beteiligungen und Lizenzen.	589637,78
Reparaturen.	179400,88	Pacht und Miete.	68779,72
Bilanz-Konto: Abschreib. 500107,19 Gewinn.	6010191,41 1669387,88		
	2169495,07		9454408,48

Das größte und bekannteste Credit-Haus in Groß-Berlin heißt:

Der Große Glogau

Alte Jakobstr.
 Dresdener Str. Ecke 73
 Neue Roßstr. Ecke

Einzelne Möbel Tische, Stühle, Kleiderschränke, Büfets, Vertikos, Wasch-Toiletten, Sofas, Betten	Anz. von 5 Mark an	Einzelne Zimmer enthaltend: 1 Bett 1 Schrank 1 Tisch 2 Stühle	Anz. von 10 Mark an
1 Zimmer u. Küche enthaltend: 1 Bett 1 Kleiderschrank 1 Tisch, 2 Stühle	Anzahl 15 Abzahl. 150 Woche	1 Zimmer enthaltend: 1 Wohnzimm., 1 Schlafzimmer und 1 Küche komplett	Anz. von 35 Mark an

**Damen- u. Herrengarderobe
 ohne Anzahlung Kunden!**



„Hoffnung“

Berliner Schneiderei-Genossenschaft (E. G. m. b. H.)
gegründet von organisierten Schneidergehilfen
Berlin N.
Brunnenstr. 185 (am Rosenthaler Tor).

Großes Lager
fertiger
Anzüge
und
Sommerpaletots.

Einsegnungsanzüge
in allen Größen.

Neuheiten der Saison bereits erschienen.

Lieferant der Konsumgenossenschaft
und des Arbeiterradfahrer-Bundes.

102/1*

Direkt aus der Fabrik.

Konfektions-Haus

für Damen- u. Mädchen-Bekleidung

Oskar Wollburg,

Brunnenstrasse 56.

Frühjahrs-Neuheiten.

Kostüme aus pa. blaues Kammgarn, mit Spachtelkragen, Jacke auf beide.	32.-, 46.-, 58.-M.	Frauen-Mäntel u. Paletots aus pa. Tuch, Rips etc. in hervorragend. Neuheiten	18. ⁵⁰ , 29.-, 38.- bis 54M.
Kostüme aus prakt. engl. Stoffen, Saldenrevers u. Knopfgarnier.	19. ⁵⁰ , 27.-, 38.-M.	Röcke, schwarz u. farbig, aus Tuch, Cheviot, Lasting, Popeline und engl. Stoffen, besonders schicke Fassons.	3. ⁹⁰ , 6. ⁵⁰ , 11. ⁷⁵ bis 28.-M.
Uebergangs-Paletots und Ulster, in verschiedenen blau u. engl. Stoff.	12. ⁷⁵ , 15. ⁰⁰ , 22.- bis 36M.	Backfisch- u. Kinder-Konfektion für jedes Alter in geschmackvollen Ausführungen.	

Eleganter Frühjahrs-Mantel 14.50 M.

Kein Zwischenhandel.

Nur eigenes Fabrikat.

Zentralhaus mod. Herrenbekleidung

I.: Neue Friedrichstr. 35
neben Zentral-Bauhalle
II.: Turmstr. 67

Defekt an jedermann elegante Herren-Garderoben nach Maß unter Garantie für taubellose Sitz gegen wöchentliche Teilzahlung von 1 Mark an.

Rufnummer u. Beschrift im Hause. Bei Wunsch Besuch des Neuen mit neuesten Stoffmustern. Besond. Abteilung f. fert. Garderobe Sonntag geöffnet.

Gegr. 1893. **A. B. KOCH** Gegr. 1893.

Kohlen- und Brikett-Großhandlung

Hauptkontor: Berlin O. 34, Petersburger Straße 1.
Telephon: Amt 7, 3040 und 3000.

Lagerplatz 1: O. 34, Rüdersdorfer Str. 71 (Küstziner Platz, alt. Ostb.).
Lagerplatz 2: O. 17, Fruchtstraße 13 (Ostbahn-Güterbahnhof)

Preise für 1a Marken ab meinen Lagerplätzen von 10 Zentnern an:

1a Sentenl. Marienglück Salon 84 Pf.	1a Hise Salon 1.00 M.
1a Sentenl. Gottbold Salon . 87 Pf.	1a Halbsteine 84 Pf.
1a Diamant Salon 1.00 M.	1a Anthracit Cadé 2.25 M.
(Ges. gesch. p. Ztr. 415-120 Stck.)	1a Heys-Halbsteine 90 Pf.

Holz, verkleinert, per Zentner 2.00 M.

Bei Frankolieferung je nach Quantum per Ztr. 5-18 Pf. mehr.
Bruchbriketts, Steinkohlen billigst. Koks zu Anstaltspreisen.

Bei größeren Abschüssen in Originalwaggons verlangen Sie meine Spezialofferte.

FALSCHES GELD

ausgeben bedeutet es unbedingt, wenn Sie für Ihre Kleidung zu hohe Preise bezahlen. Es ist Ihnen bei der Monatsgarderoben-Verkaufs-Gesellschaft Gelegenheit geboten, sich mit hocheleganter Maß-Garderobe, die von feinsten Herrschaften, Doktoren, Kavaliern nur ganz kurze Zeit getragen wurde, zu versehen. Dass solche Garderoben im Sitz weit besser und im Tragen viel vorteilhafter wie billige Konfektion sind, braucht wohl nicht erst hervorgehoben zu werden. Ein Versuch wird zu dauernder Kundschaft führen.

Anzüge und Paletots 8⁵⁰ 12⁵⁰ 18⁰⁰ Mark

Monatsgarderoben-Verkaufs-Gesellschaft

BERLIN SO, Dresdener Str. 11, am Kottbuser Tor.

Eine Sünde

begehen diejenigen, welche von unserem neuen Verkaufssystem keinen Gebrauch machen.

Versuchen Sie es nur einmal, dann werden Sie Geld sparen. Gegen eine Umsatzgebühr von 10 Prozent hat jeder das Recht, Ware von der Deutschen Bekleidungs-Gesellschaft zu ihrem Selbstkostenpreise zu beziehen.

Die Feststellung des Selbstkostenpreises geschieht auf Grund des Einkaufspreises zuzüglich sämtlicher Geschäftskosten.

Gemäß ihrer beim Gericht niedergelegten Statuten ist unsere Gesellschaft danach an obige Betriebsart gebunden und infolge öffentlicher Bekanntmachung von Gesetzes wegen zu ihr verpflichtet. Wir verkaufen z. B.:

Knaben-Anzüge

Selbstkostenpreis	2,50	4,25	7,75	9,50
Verkaufspreis	2,75	4,67	8,52	10,45

Einsegnungs- u. Prüfungsanzüge

Selbstkostenpreis	7,50	12,25	18,50	25,75
Verkaufspreis	8,25	13,47	20,35	28,32

Herrenanzüge = Ulster = Paletots

Selbstkostenpreis	14,25	21,—	26,50	33,50
Verkaufspreis	16,67	23,10	29,15	36,85

Sämtliche Berufskleidung. Anfertigung nach Maß.

Deutsche Bekleidungs-Gesellschaft m. b. H.

für den Vertrieb von Herren- und Knaben-Garderobe.

Gr. Frankfurterstraße 4, Ecke Fruchtstraße. Turmstraße 80, neben Kleinen Tiergarten.

Reinicken-dorfer Str. 117 dicht am Bahnhof Wedding

MAX SPENZER

bietet in seinen drei Nissen-Geschäften
Reinickendorfer Str. 117 am Wedding
Schönhauser Allee 6-7 am Schönb. Tor und
Gros. Frankfurter Str. 78

Verkauf gegen bar auf Teilzahlung

2 Filialen zu eröffnen

Um mein bestehendes immer größer werdendes Stamm-Geschäft zu entlasten, war ich gezwungen

Große Auswahl ganzer Möbel-Einrichtungen sowie zu jeder Einrichtung passende, vorzügliche Möbelstücke

Bevor Sie kaufen besichtigen Sie erst meine enormen Lager ohne Kaufzwang

Spezialität: Ein- u. Zwei-Zimmer-Wohnungen

Alles auf bequemste Teilzahlung zu soliden Preisen

circa 100 Musterzimmer

Einrichtung von 195 an

Schönhauser Allee 6-7
Gros. Frankfurter Str. 78

Realität
Kultur
Billig

Langjährige Garantie.

Einrichtung von M. 195 an

Verlangen Sie Prachtkatalog gratis.

Moden - Album

Frühjahr und Sommer 1912

hochelegante Ausstattung Inhalt ca. 300 Modelle **25 Pf.**

Belle-Alliancestrasse

Wurstwaren

Zwiebel- od. Rotwurst	Pfund	50 Pf.
Rotwurst I	Pfund	80 Pf.
Landleberwurst	Pfund	80 Pf.
Hausmacher-Leberwurst	Pfund	98 Pf.
ff. Leberwurst	Pfund	1.05
Teewurst	Pfund	1.25
Land-Bratwurst	Pfund	1.25
Schinkenwurst	Pfund	1.20
Cervelat- od. Salamiwurst	Pfund	1.20
Cervelatwurst in Fettdarm	Pfund	1.30

Kolonialwaren

Erbsen mit Hülsen	Pfund	21 Pf.
Erbsen geschält	Pfund	25 Pf.
Erbsen halbe	Pfund	22 Pf.

Kaffee	Pfund	1.30, 1.40
Kakao	Pfund	75, 95 Pf.

Linzen	Pfund	18, 23, 28 Pf.
Bohnen	Pfund	22, 25 Pf.
Reis	Pfund	19, 23, 28 Pf.
Gries	Pfund	20, 22 Pf.

Spittelmarkt

A. Jandorf & Co

Grosse Frankfurterstrasse

Brunnenstrasse

Kottbuser Damm



Die mit * bezeichneten Artikel sind von der Zusendung ausgeschlossen

* Frisches Fleisch

Schmorfleisch	Pfund	80, 90 Pf.
Fehlrippe o. Kamm	Pfund	75 Pf.
Querrippe oder Brust	Pfund	70 Pf.
Roulade	Pfund	95 Pf.
Roastbeef mit Knochen	Pfund	85 Pf.
Goulasch	Pfund	65 Pf.
Schweineschinken im Ganzen	Pfund	70 Pf.
Koteletts	Pfund	85 Pf.
Kamm o. Schuft	Pfund	80 Pf.
Bauch	Pfund	65 Pf.
Kalbskeule im Ganzen	Pfund	90 Pf.
Kalbsnierenbraten	Pfund	90 Pf.
Kamm o. Brust	Pfund	85 Pf.
Bug	Pfund	80 Pf.

* Kassler Pfund **75 Pf.**

* Hühner Stück **1.45, 1.95**

* Rücken fett Pfund **58 Pf.** Liesen Pfund **63 Pf.**

* Kartoffeln 10 Pfund **48 Pf.**

* Obst u. Gemüse

Apfelsinen Dutzend	20, 28, 35 Pf.
Blut-Apfelsinen Dutzend	28, 38 Pf.
Amerikaner Aepfel Pfund	20, 25 Pf.
Kohlrüben	Pfund 4 Pf.
Rhabarber	Bund 7 Pf.
Blumenkohl	Kopf 8, 12, 15 Pf.
Salat	Kopf 10 Pf.
Tomaten	Pfund 30 Pf.

Käse

Emmentaler Käse	Pfund	1.15
Schweizer Käse	Pfund	85 Pf.
Brie-Käse	Pfund	55 Pf.
Limburger Käse	Pfund	50 Pf.
Romatour-Käse	Stück	29 Pf.
Spitz-Brie	Stück	25 Pf.

Fischkonserven

Sardinen	Tönnchen	1.25
Sardinen oder Anchovis	Glas	20 Pf.
Delikatess-Heringe	Dose	38 Pf.
Kräuter-Heringe	2 Liter-Dose	95 Pf.
Essig-Gewürz-Gurken	2 Liter-Dose	95 Pf.
Aale geräuchert	Pfund	1.10
Lachsheringe	2 Stück	15 Pf.
Rollmops	6 Stück	18 Pf.

Belle-Alliancestrasse

Grosse Frankfurterstrasse

Brunnenstrasse

Kottbuser Damm

Damen-Strümpfe

englisch lang, schwarz, lederfarbig oder bunifarbig geringelt Paar **48 Pf.**

Damen-Hemden

aus gutem Renforcé, mit handgestickter Madeira-Passe **1.45**

SIMPLI

FABRIKATE

HERGESTELLT VON DER FIRMA SAROTTI-BERLIN

SIMPLI-KAKAO

Pfund 1,20 Mark

SIMPLI-SCHOKOLADE

Rippe 5 Pf., Tafel von 8 Rippen 40 Pf.

Die Gemeindevahlbewegung.

Steglitz. Der Paarungsversuch zwischen „Karpfen und Kaninchen“ das heißt zwischen Hausbesitzern und Mietern, war ein verfehltes Experiment. Trotzdem Herr Stahlberg, der Vorsitzende der hiesigen Ortsgruppe des „Reichsverbandes“, der als Auslös am Institut für Meeresskunde doch zweifellos über nicht unbedeutende naturwissenschaftliche Kenntnisse verfügt, sich mit heiligem Eifer der großen Aufgabe widmete, war der Paarungsversuch vergebens. Der alte Hausbesitzerverein wird nun doch eigene Kandidaten aufstellen, und damit werden jetzt Herrn Stahlberg die gleichen Zweifel plagen, wie anno dazumal Villams Fiel. Das eine aber ist klar, der Mieterverein, seit Jahren dominierend in der Gemeindepolitik, hat ausgelitten. Er suchte und fand Anlehnung bei seinem zeitigen Konkurrenten, dem „Kommunalverein“ und bei dem neuen Hausbesitzerverein, weil er seiner eigenen Kraft nicht mehr vertraute. Nun ist das Kampffeld endlich klar, die Bürger haben die Wahl zwischen Sozialdemokraten, bürgerlichem Reichsmasch und der bisherigen Mehrheit im Rathaus, den alten Hausbesitzern. Da kann die Entscheidung nicht schwer fallen. Die Worte muß lauten: Wir wählen am Montag im ersten Bezirk Ahmann, im zweiten Bezirk Ahmann, Krug und Leimbach, die Kandidaten der Sozialdemokratie.

Nieder-Schönhausen. Sonntag, den 10. März, von 10 bis 5 Uhr, findet die Gemeindevorstandswahl für die dritte Klasse statt. Unsere Kandidaten sind die Genossen Ernst Hellwig und Johannes Siege. Die Gegner machen gewaltige Anstrengungen, um den Sieg zu erzwingen; seit mehreren Tagen suchen sie die Wähler persönlich auf. Für unsere Parteigenossen muß das ein Ansporn sein, ihre ganze Kraft einzusetzen, um dem vereinten Ansturm gewachsen zu sein. Die Parteigenossen werden dringend ersucht, kurz vor 10 Uhr im Wahllokal zu erscheinen. Unser Schlepptableau befindet sich im Restaurant von Niedemitt (an der Kirche). Auch der letzte Mann muß sich am Wahltag dem Wahlkomitee zur Verfügung stellen, um die säumigen Wähler heranzuholen, geschieht das, wird der Sieg unser sein.

Hohen-Schönhausen. Die Gemeindevahlbewegung hat ihren Höhepunkt erreicht. Fast täglich finden mehrere Versammlungen der einzelnen Vereine statt. Von unseren Gegnern agitieren die Grundbesitzervereine weniger in der Öffentlichkeit, während der sogenannte Bürgerverein mit seinem anarcho-sozialistischen Anhang mehr Tamtam schlägt. Nun ist auch noch der antisemitische Handlungsgehilfenverband für bürgerliche Kandidaturen in Aktion getreten. Wenn gleich auch die einzelnen Gruppen und Grüppchen unserer Gegner sich noch nicht einig sind, so werden sie sich bis zum Sonntag schon zusammengefunden haben. Unsere Parteigenossen werden alles daransetzen müssen, damit uns der Sieg zufällt. Die Wahl findet morgen, Sonntag, den 10. März, im Lokal von Meyher, Berliner Str. 99, in der Zeit von 12-5 Uhr nachmittags statt. Am Schluß derselben muß es heißen: Gewählt sind die Kandidaten der Sozialdemokratie, die Genossen Max Obermeier und Hermann Klinge.

Morgen, Sonntag, früh 8 Uhr: Auktionsverteilung von den Bezirkslokalen aus. Die wahlberechtigten Parteigenossen finden sich um 1/2 12 Uhr im Wahllokal ein.

Wahlbars (Ostbahn). Die Wahlen zur hiesigen Gemeindevorstandswahl finden für die dritte Wählerklasse am Sonntag, den

10. März, von 12-5 Uhr nachmittags statt. Von unserer Partei ist der Genosse Karl Lehning, Maurer, aufgestellt. Die zweite Wählerklasse wählt am Montag, den 11. März, von 4-8 Uhr nachmittags; in dieser Abteilung laudieren die Genossen Friedrich Ludwig, Buchdrucker, und Emil Wiedemann, Tischler. Das Wahllokal befindet sich bei Brandt, Bahnhofstraße. Die Genossen wollen eine rege Agitation für die Wahl unserer Kandidaten entfalten.

Heute Sonnabend, den 9. März, abends 8 1/2 Uhr, findet eine öffentliche Versammlung im Lokal des Herrn Schliefe, Hönower Straße, statt, in der Genosse Larnow-Friedrichsberg über das Thema: „Was will die Sozialdemokratie?“ referieren wird. Hierauf freie Diskussion und Ansprachen anderer Gemeindevertreter.

Friedrichsfelde. In den Gemeindevahlen nahm eine öffentliche Gemeindevorstandswahlversammlung, in der Stadtverordneter Genosse Conrad-Rixdorf unser Kommunalprogramm und die Nützlichkeit der bürgerlichen Parteien in treffender Weise beleuchtete. Hierauf berichtete Genosse Dehler über die Tätigkeit in der Gemeindevorstandswahl. Auch er wies an Hand verschiedener Beispiele die Nützlichkeit der bürgerlichen Vertreter im Ortsparlament nach. Hierauf hielt der Kandidat Schuhmachermesster Genosse Otto Freytag, eine kurze Ansprache, in der er das Versprechen gab, daß er bei seiner Wahl das Mandat im Sinne des sozialdemokratischen Kommunalprogramms ausüben werde. Abdam richtete Genosse Schwentl an die Versammlung die Mahnung, recht intensiv bis zum Wahltag zu agitieren, da die Gegner nichts unversucht lassen, das Mandat wieder an sich zu reißen. Leider konnte der Wahltermin noch nicht bekannt gegeben werden, fest steht aber, daß die Wahl der dritten Klasse an einem Sonntage stattfindet.

Brig-Budow. Sonntag, den 10. März, vormittags von 11 Uhr bis nachmittags 5 Uhr, findet in der Turnhalle, Werder Str. 24, die Gemeindevahl statt. Die Reihenfolge unserer Kandidaten der 3. Klasse ist: Arbeiter August Prenzlan, Puder Franz Heinge, Kohlenhändler Otto Herms.

In Budow findet die Gemeindevahl von 4-5 Uhr im Schulhause statt. Kandidat ist der Gastwirt Karl Klein. In beiden Orten wird am morgigen Sonntag früh 8 Uhr noch eine wichtige Handzettverbreitung von den bekannten Stellen aus vorgenommen.

Neuenhagen (Ostbahn). Am Montag, den 11. März, mittags von 12 Uhr ab, findet die Gemeindevorstandswahl der dritten Klasse statt. Die Berliner Genossen, die mit Kollegen aus Neuenhagen zusammenarbeiten, werden gebeten, dieselben auf die Ausübung ihres Wahlrechts aufmerksam zu machen. - Wenn es irgend möglich ist, wolle bereits um 12 Uhr bei Eröffnung der Wahl anwesend sein.

Sonntag, den 10. d. Mts., nachmittags 3 1/2 Uhr, findet im Lokale von Jagerstein noch eine öffentliche Kommunalwählerversammlung statt. Hierzu Sonntag früh pünktlich 8 Uhr: Flugblattverbreitung.

Reinickendorf. Die Gemeindevorstandswahl der 3. Klasse an einem Sonntag vorzunehmen und den Wahlberechtigten amtliche Legitimationskarten zuzustellen, hatten unsere Genossen in der letzten Gemeindevorstandswahl beantragt. Namens des Gemeindevorstandes erklärte der Bürgermeister, daß es sich empfehle, zur glatten Abwicklung des Wahlgeschäfts den Wählern die beantragten Karten zugeben zu lassen, den Antrag bezüglich der Sonntagswahlen aber abzulehnen. Unsere Genossen Köhn und Domitz verteidigten demgegenüber energisch auch diesen Teil des Antrages mit dem Erfolg, daß mit 9 gegen 7 Stimmen (bei 4 Stimmenthaltungen) beschlossen wurde, die Gemeindevorstandswahlen der 3. Klasse in Zukunft Sonntagsnachmittags von 1 bis

5 Uhr vorzunehmen. Die diesjährigen Wahlen dürften daher voraussichtlich erst sehr spät (3. Klasse am 24., 2. und 1. Klasse am 25. März) stattfinden.

Wahlergebnisse.

Weissenhof. Der Kampf um das Vorparlament ist beendet. Die alte Fraktion zieht mit einem Mitglieder stärker ins Rathaus. In der ersten Abteilung siegen die Fortschrittlichen, in der zweiten die Alten und in der dritten die Sozialdemokraten. Eine solche Wahlbewegung hat Weissenhof noch nicht erlebt. Während in der dritten Abteilung sich alles in voller Ruhe abwickelte, kam es in der zweiten und ersten Abteilung, den Abteilungen der Besitzenden und Gebildeten, manchmal zu solchen Katastrophen, daß die Polizei einschreiten mußte. Eine Polizeiwache war ständig im Wahllokal. Ganz besonders benahm sich der im Disziplinarverfahren auf Dienstentlassung verwickelte besoldete Schöffe Dr. Pape. Dieser Herr sah Stundenlang auf einem Tisch vor dem Wahlvorstand und fixierte den Wahlvorsteher. Er rempelte auch unsere Genossen an, so daß er im Wahllokal von den Genossen Freny und Fuhrmann eine derbe Abfuhr erhielt. Die Besetzung des Wahlbureaus gestaltete sich zu einer Katastrophe. Am Montag bildeten die Alten das Wahlbureau und verabschiedeten ihr Amt in portierlicher Weise, alle Vollmachten der Gegner erklärten sie für ungültig usw. Am Dienstag und Mittwoch gab es dann vor Anfang der Wahl regelmäßige Volksversammlungen, um den Wahlvorstand zu bilden, hierbei unterlagen regelmäßig die Alten und die Fortschrittlichen nahmen am Wahltag Ploy. Die Alten stimmten ein Wutgeheul an und mit ihnen rief Dr. Pape: „Alles ungesetzlich, alles ungesetzlich!“ Die Wahlbeteiligung war eine außerordentlich starke, wobei natürlich die Papierkummen die größte Rolle spielten. Gerade mit letzteren wurde ungeheurer Unfug getrieben, denn die Forenien gaben ihre Vollmacht mal den Vertretern dieser und auch jener Partei, so daß der Wahlvorstand des Ofieren vor einem Kuriosa stand. Öffentlich erlangt Weissenhof die Stadtrechte, so daß es für später mit diesem Unfug bei den Gemeindevahlen verschont bleibt.

Gerichts-Zeitung.

Eine Kindesunterschiebung aus gewinnfächtigen Motiven lag einer Anklage wegen Verbrechen gegen den § 189 St.-G.-B. zugrunde, welche gestern unter Vorsitz des Landgerichtsrats Dr. Budow das Schwurgericht des Landgerichts I beschäftigte. Aus der Untersuchungshaft wurde die Frau Elisabeth Kalische, geborene Richter, vorgeführt. Sie wurde beschuldigt, in gewinnfächtiger Absicht den Personenschein eines anderen vorsätzlich verändert zu haben. - Ende Juni 1910 wurde in einer sogenannten „Privatensbindungsanstalt“ von einem Dienstmädchen Selma Richter ein Knabe geboren. Von der M. wurde dann einige Tage nach der Geburt in einer hiesigen Zeitung ein Inserat erlassen, nach welchem ein „neugeborener Knabe mit geringer Abfindung an Kindesstatt abzugeben sei“. Auf dieses Inserat hin meldete sich die Angeklagte Kalische, die sich mit der Angabe, daß ihr Mann in Drebnaw eine kleine Landwirtschaft betreibt, bereit erklärte, das Kind in Pflege zu nehmen. Sie holte das Kind und erhielt als Abfindung von der Mutter 200 M. Die die Anklage annimmt, soll die Angeklagte von vornherein gar nicht die Absicht gehabt haben, das Kind zu behalten. Da es ihr lediglich darauf ankam, das Pflegegeld einzusteden, injizierte sie folgenden Schwindel: Sie behauptete, daß sie von einer Frau, die sich Frieda Wolff geb. Wolke nannte, in Berlin ein Kind erhalten habe mit der Bitte, es bei den in Drebnaw wohnhaften Großeltern abzugeben. Alle Versuche, die Großeltern zu ermitteln, waren ohne Erfolg gewesen, so daß sie offenbar einer Schwindlerin in die Hände gefallen sei, die sich auf diese Weise



Ulster die grosse Mode

Durch seine Vorzüge hat sich der Ulster nunmehr durchgesetzt. Als Mädchen für alles dürfte er noch lange das Feld behaupten. Halblose, ein- u. zweireihig, mit vollem Kragen u. breitem Revers, aus Cheviotstoffen in abgetönten olive, braunen und grauen Farbenmelangen dürfte er auch fürs Frühjahr eine Zierde der Bekleidungskunst werden

M 64 57 52 45 38 32 27 25 22 18 M.

Formenschönheit
Gute Verarbeitung
Billige Preise

Das sind die Merkmale meiner im eigenen Grossbetrieb hergestellten Herren- u. Knabenbekleidung

Gottlieb Weiß Schöneberg
Hauptstrasse 161 Ecke Stubenrauchstrasse.

Einsegnungs - Anzüge

Fertig am Lager



Blau Cheviot und
Kammgarn

1- u. 2-reihig Neueste Machart

12- 15- 18-
22- 26- 30-

Schwarz Kammgarn
und Tuchkammgarn

1- u. 2-reihig Moderne Verarbeitung

14- 18- 22-
26- 32-

Smoking-Anzüge

36- 42- 52-

Prüfungs-Anzüge

haltbare, solide Stoffe in neuester
Machart

12- 15- 18-
21- 26- 30-

Der gute Ruf meiner Firma bürgt für
sachgemässe und reelle Bedienung.

S. JOSEPH

Schöneberg, Hauptstr. 1, Ecke Grunewaldstrasse.

Leske & Lehrer

78 Kottbuser Damm 78

Spezialhaus guter Herren- und Knaben-
: : Bekleidung fertig und nach Maß : :

Einsegnungs - Anzüge

in gutem blauen und tiefschwarzen Cheviot, Satin-Kammgarn
und Tuch-Kammgarn. Moderner, eleganter Schnitt.

Blau Cheviot, sehr solide und haltbar

Größe 10-12 38-39 40-41 42-43 44
Anzug 11.- 12.- 13.- 14.- 15.-

Schwarzes Satin-Kammgarn, sehr solide

Größe 10-12 38-39 40-41 42-43 44
Anzug 13.- 14.- 15.- 16.- 17.-

Guter blauer Cheviot, sehr zu empfehlen

Größe 10-12 38-39 40-41 42-43 44
Anzug 15.- 16.- 17.- 18.- 19.-

Sehr gutes, fein geripptes Satin-Kammgarn

Größe 10-12 38-39 40-41 42-43 44
Anzug 17.- 18.- 19.- 20.- 21.-

Beste blauer Melton-Cheviot, haltb. sol. Qual.

Größe 10-12 38-39 40-41 42-43 44
Anzug 16.- 17.- 18.- 19.- 20.-

Hochfeines blaues Rips-Kammgarn v. feinem Rips

Größe 10-12 38-39 40-41 42-43 44
Anzug 19.- 20.- 21.- 22.- 23.-

Hochfeines schwarz. Tuch-Kammgarn sehr solide
Qualität

Größe 10-12 38-39 40-41 42-43 44
Anzug 21.- 22.- 23.- 27.- 29.-

Sehr eleg. schwarz. Tuch-Kammgarn Ersatz für
Maß

Größe 10-12 38-39 40-41 42-43 44
Anzug 23.- 25.- 27.- 29.- 31.-

Hochf. schwarz. Tuch-Kammgarn, beste Qualität!
Ersatz f. Maß!

Größe 10-12 38-39 40-41 42-43 44
Anzug 25.- 27.- 29.- 31.- 33.-

1a blauer Kammgarn, beste Verarbeitung und Zu-
taten, vollk. Ersatz für Maß!

Größe 10-12 38-39 40-41 42-43 44
Anzug 23.- 24.- 25.- 26.- 27.-

Prüfungs - Anzüge

in sparten, modernen Stoffarten, neueste Moden, modernster Schnitt

13.- 14.- 15.- 16.- 17.- 18.- 19.-
20.- 22.- 24.- 26.- 28.- 30.- 32.-

A. Schega

vormals A. Wormann G. m. b. H.

77 Kottbuser Damm 77

Spezial-Geschäft für moderne Herren- und Knaben-Kleidung



Ulster

in ganz aparten Phantasiestoffen.
Eleganter schicker Ausführung.
Kosshaar Verarbeitung.

25.- 32.- 38.-
39.- 45.- bis 65.-

Sacco-Anzüge

moderne Dessins in nur solider,
vornehmer Verarbeitung in allen
Preislagen vorzügliche Passform,
ein- und zweireihig.

19.- 25.- 32.-
36.- 45.- bis 65.-

Meine Fabrikate sind erstklassig ver-
arbeitet und infolge meiner eigenen
Fabrikation ausserordentlich preiswürdig

Meine Mass-Abteilung

leistet Hervorragendes zu
tatsächlich billigen Preisen

Sacco-Anzüge 55, 64, 69, 75, 79 usw.
Ulster u. Paletots 55, 60, 65, 75, 85 usw.
Gehrock-Anzüge 59, 69, 79, 85, 90 usw.

Ein Versuch wird Sie zu meinem ständigen Kunden machen!

Kulanteste Bedienung! — Billige, streng feste Preise!



Nicht für Wiederverkäufer.
Nur solange Vorräte reichen.

Verkaufsstellen:
Bergstraße 151-152
Nogatstraße 19-20
Weisestraße 32
Weisestraße 9
Steinmetzstr. 102
Zietenstraße 80
Boddinstraße 60
Reuterstraße 7-8
Hobrechtstraße 77
Friedelstraße 21
Sanderstraße 20
Donaustraße 114
Weserstraße 52
Wipperstraße 20
Niemetzstraße 4

Sonnabend und Sonntag: Ausnahme-Tage für Margarine.

Jeder der am Sonnabend und Sonntag 1 Pfd.
Reik-Margarine in einer unserer Verkaufsstellen
einkauft, erhält 1/2 Pfd. Kakao völlig umsonst. Außer-
dem noch 10 Proz. Rabattmarken und Zugabekarten.

Extra-M Marke = Margarine . . . Pfd. 100 Pf.
Reik I. -Margarine 77 .
Reik-Pflanzenbutter -Marga-
rine 85 .

Unsere Margarine, aus feinsten Rohstoffen hergestellt, ist von
hervorragender Qualität und eignet sich vorzüglich zum
Braten und Backen, sowie auch ganz besonders zum Brot-
aufstrich. Sie bildet somit besten Ersatz für gute Naturbutter.

Reik in Neukölln.

Billige Lebensmittel

Schmorfleisch ohne Knochen Pfd. 95 Pf.
Schweineschinken im ganzen Pfd. 70 Pf.
Rouladen Pfd. 1.00
Roastbeef mit Knochen Pfd. 95 Pf.
Pr. Räucherlachs geschn. . . 1/4 Pfd. 28 Pf.

Pa. rote Speise-Kartoffeln .. 10 Pfund 48 Pf.
Holsteiner Zervelatwurst Pfund 95 Pf.
Kognac-Verschn. Mercler, Roger & Cie., Flasche 1.10
Hammelfleisch Dünung 60 Dicke Rippe 70 Keule 80 Pf.
Rückenfett Pfd. 60 Pf. | Liesen Pfund 65 Pf.

Pfefferlinge 2-Pfd.-Dose 80 Pf.
Mirabellen 2-Pfd.-Dose 70 Pf.
Saure Kirschen 2-Pfd.-Dose 68 Pf.
Apfelmus 2-Pfd.-Dose 60 Pf.
Feine Schnittbohnen . . . 3-Pfd.-Dose 60 Pf.

6000 Paar Damenstrümpfe unter Preis

Ein Damenstrümpfe echt schwarz und lederfarb., engl. lg., m. Doppelspitz. Paar 48 Pf. 3 1³⁵ | Ein Damenstrümpfe Seidenfärb., echt schwarz, federfarbig und feinfarbig . . . Paar 95 Pf.

Unser photographisches Atelier bietet Hervorragendes

Im Erfrischungsraum: Grosses Streich-Konzert.

HERMANN HERZSFELD

Wilmsdorfer Str. 55-56 □ CHARLOTTENBURG □ Wilmsdorfer Str. 55-56

Zum Umzug
Kopl. Wohnungs-Einrichtungen
in allen Preislagen.
Mod. Schlaf-, Speise- u. Wohnzimmer
Grosses Lager in
Einzel-Möbeln, Teppichen, Portieren,
Gardinen, Steppdecken u. Federbetten
Einzel-Möbel von 3 Mark an

Kaufhaus
zum
Rollkrug
Hermann-
str. 257. Neukölln Berliner
Str. 1.

Zur Konfirmation
empfehlen wir unsere modernste
Mädchen u. Jünglingsbekleidung
Auch sind die neuesten Moden
für das Frühjahr eingetroffen in
Damen- und Herren-Garderoben
Alles auf Teilzahlung von 5 Mark an

95 H. Joseph & Co 195

Serien-Woche

295 395

Berliner Strasse 54-55 Neukölln Jägerstrasse 1-2

Enorm billige Angebote zu 4 Einheitspreisen!

Sehr günstige Kaufgelegenheit für Frühjahrs-Neuheiten

Im Photographischen Atelier: Bis 31. März inkl.
gratis geben wir zu jeder Bestellung in Matbildern - Neuaufnahme -
eine Vergrößerung mit Rahmen 30 x 36 cm

Nur während der im Erfrischungsraum:
Serien-Woche
1 Tasse Kaffee mit Kuchen u. Sahne 10 Pf. □ 1 Tasse Schokolade mit Sahne 10 Pf.

Gustav Blumenfeld & Co. gegenüber dem Neuköllner Rathaus

Nach vollständiger Umgestaltung und Vergrößerung unserer Verkaufsräume in der I. Etage bitten wir unsere werte Kundschaft um Besichtigung der

Ausstellung von Frühjahrs-Neuheiten

Von Sonnab., dem 9. bis Freitag, d. 15. März **Doppelte Rabatt-Marken** des Neuköllner Sparvereins des Reichs - Spar - Vereins des eigenen Prämien-Spar-Systems.

* Lebensmittel und Markenartikel ausgenommen.

Soziales.

Siemens und Halske als Beklagte.

Dass eine Firma verklagt wird, ist nichts Auffälliges, das kann jeder Firma passieren. Dass eine Beklagte eine Entscheidung hinzuziehen, zu verschleppen sucht, kommt, wenn auch selten, so doch immerhin auch vor. Aber in der Regel nur bei Firmen, die sich in Zahlungsschwierigkeiten befinden und meinen, ihr Ruf sei schon so schlecht, dass an ihm nichts mehr zu verdienen sei. Das aber eine große Firma, die Weltruf hat und auf Kreditwürdigkeit hält, eine Sache, in der sie Beklagte ist, verschleppt, hat wohl allein der Prozessvertreter der Firma Siemens u. Halske zu Wege gebracht. Und das geschah der Lohnklage eines einfachen Arbeiters gegenüber.

Berner Siemens und der alte Halske hätten den für geistesgestört gehalten, der es als möglich hingestellt hätte, ein Angestellter ihrer Nachfolger würde einer Lohnklage gegenüber Einwendungen erheben, die wie Verschleppungsmanöver aussehen.

Der im Bernerwerk am Ronnendamm beschäftigte Arbeiter S. klagt seit September vorigen Jahres auf Zahlung des Lohnes, der ihm unstrittig zusteht, der ihm aber nicht ausbezahlt ist, weil die Firma sich berechtigt erklärte, den Lohn teil statt an den Kläger an den gelben Unterstützungsverein als Beitrag abzuführen. Von großer Erheblichkeit nicht nur für den Kläger ist die Frage, ob eine solche Einbehaltung des Lohnes mit Gesetz und Recht vereinbar ist. Auch der Beklagten sollte eine baldige materielle Entscheidung hierüber von Wert sein. Sie hat diese jedoch bislang durch allerlei Einreden verzögert.

Zunächst erhob sie den Einwand der örtlichen Unzuständigkeit des hiesigen Gewerbegerichts. Bekanntlich hat der Kläger die Wahl unter 3 Gewerbegerichten. Zuständig ist 1. das Gewerbegericht, in dessen Bezirk die streitige Verpflichtung zu erfüllen ist, im allgemeinen also das, in dessen Bezirk die Arbeit zu verrichten und der Lohn zu zahlen ist, 2. das, in dessen Bezirk sich die gewerbliche Niederlassung des Arbeitgebers befindet, in dem also der Arbeitgeber seinen ständigen Gewerbebetrieb hat und 3. endlich das Gewerbegericht, in dessen Bezirk beide Personen ihren Wohnsitz haben. Nun meinte der Angestellte, der die beklagte Firma vertritt, ein Dr. jur. Vohnhart, Ronnendamm liege auf Spandauer Gebiet, also sei das Spandauer Gewerbegericht zuständig. Der Vertreter des Klägers, Cohen, hielt dem entgegen, das Bernerwerk stelle nur einen Teil der Gesamtwerke dar. Die Aufträge, die die Firma erhält, würden nach ihrer Art auf die einzelnen Werke verteilt. An einem solchen Auftrag seien fast alle Werke beteiligt. Die Auftragsgeber der Beklagten würden auch mit den Erzeugnissen des einzelnen Werkes in der Regel nicht anfangen können, vielmehr handele es sich für sie um Produkte, die Zusammenstellungen der Erzeugnisse aller Siemenswerke sind. Auch der Umstand, dass für die gesamten Siemenswerke eine gemeinsame Betriebskrankenkasse besteht, spreche dafür, dass die einzelnen Werke nicht selbständig sind. Der im Jahre 1906 erfolgte Austritt der Siemenswerke aus der Maschinenbauerkasse und die gleichzeitige Gründung der Betriebskrankenkasse wäre gesetzlich unzulässig gewesen, wenn nicht die einzelnen Werke als ein gemeinsames Unternehmen gegenüber den Verwaltungsbehörden bezeichnet worden wären. Die Betriebskrankenkasse hat ebenso wie die Generaldirektion ihren Sitz am Alkanischen Platz in Berlin. Es habe auch nicht jedes einzelne Werk seinen Unterstützungsverein, sondern es bestünde nur ein Unterstützungsverein für die Gesamtwerke. Er sei auch auf Anordnung der Generaldirektion gegründet worden, was wiederum den Mangel der Selbständigkeit der einzelnen Werksdirektionen beweise. Alles, was im Unterstützungsverein geschieht und beschlossen wird, würde zuvor in der sozialpolitischen Abteilung, die sich wiederum am Alkanischen Platz in Berlin befindet und unter Leitung des Dr. Fellingner steht, vorbereitet.

Der Vertreter der Beklagten gab zu, dass sich der Unterstützungsverein sowie die Betriebskrankenkasse und Pensionskasse über die Gesamtwerke erstrecken; doch nur aus verwaltungsrechtlichen Gründen trügen sie gemeinsamen Charakter. Das beweise aber nichts gegen die Behauptung, das Bernerwerk sei völlig selbständig. Denn die Regel bilde der Einzelauftrag und nicht der Gesamtauftrag. Das Arbeitsverhältnis mit dem Kläger sei auch nur im und für das Bernerwerk geschlossen worden. Es könne nur das Gericht zuständig sein, in dessen Bezirk das Werk liegt.

Zu den die Sache selbst sowie die Frage der Zuständigkeit betreffenden Rechtsfragen wurden von beiden Parteien umfangreiche Schriftstücke gewechselt. Vom Gericht wurde dann auf einen Tag der vorigen Woche Verhandlungstermin anberaumt. Nun verlangte der Vertreter der Firma, es möge die schwebende Sache mit einer inzwischen anhängig gemachten verbunden werden. Des Klägers Vertreter widersprach dem Antrage, da er nur auf eine Verschleppung der seit fünf Monaten schwebenden Klage hinausläufe. Bei den Tausenden Arbeitern, die die Firma beschäftigte, könnten während der Dauer des jetzigen Prozesses noch viele der gleichen Klagen kommen. Wenn dann die Firma jedesmal die Verbindung der rechtsabhängigen Sachen miteinander erstreben wollte und ihren Anträgen gerichtsfähig stattgegeben würde, so dürfte ein Ende des schwebenden Prozesses nicht abzusehen sein.

Das Gericht unter Vorsitz des Magistratsrats Böbling lehnte den Antrag der Beklagten ab, weil die eben erst rechtsabhängigen Sachen noch nicht vorbereitet sind, wie es bei der zur Verhandlung stehenden Sache der Fall ist.

Inzwischen sind am Dienstag im Sühnetermin die neuen Klagen, die vielleicht von der Beklagten bestellt waren, zurückgenommen worden, da die drei gemeinsam klagenden Arbeiter auf Rat des Vorsitzenden den Ausgang des schwebenden Prozesses erst abwarten wollen.

Gestern wurde nun der Gerichtsbeschluss über die Zuständigkeitsfrage verkündet. Der Einwand der Beklagten wurde, wie bei der Klarheit der Sachlage nicht anders zu erwarten war, zurückgewiesen, da nach den eigenen Ausführungen des Bevollmächtigten der Firma das Werk am Ronnendamm in Beziehungen zu der Berliner Niederlassung steht.

Nun sollte über den Anspruch selbst verhandelt werden. Da lehnte der Bevollmächtigte der Beklagten die 4 Weisungen als befangen ab, weil sie Sozialdemokraten seien. Vergeblich suchte der Vorsitzende den Doktor juris unter dem Hinweis zur Zurücknahme seines Ablehnungsantrags zu bewegen; wenn eine Ablehnung der Richter aus solchen Gründen berechtigt sei, so würde das Gericht vor lauter Ablehnungen überhaupt nicht mehr fungieren können, da doch dasselbe Recht

sozialdemokratischen Prozessparteien gegenüber andersgearteten Weisungen zuzustehen würde.

In nächster Woche wird die Kammer in anderer Zusammensetzung über das Ablehnungsgejudel entscheiden.

Das Gericht hätte nach der Rechtsprechung des Reichsgerichts das Recht gehabt, den frivolen Ablehnungsantrag, weil er offenbar lediglich zur Verschleppung der Klage gestellt war, selbst zurückzuweisen und sofort in der Sache selbst zu verhandeln. Der Ablehnungsantrag war nicht ernst gemeint und der Antragsteller offenbar von seiner Ausfallslosigkeit überzeugt. Sonst hätte er bereits in einem der vorhergehenden Termine den Antrag gestellt. Der Missbrauch des Ablehnungsrechts, die Stellung des Antrags fünf Monate nach Eingang der Klage zeigt auch, dass der Vertreter der Firma sich inzwischen von der Begründetheit des klägerischen Antrags überzeugt hat und Zeit für Ausflüchte zu gewinnen suchte.

Ob die Firma selbst mit einem solchen, mit Treu und Glauben unterzeichneten Vorgehen ihres Vertreters einverstanden ist, möchten wir bezweifeln.

Erinnert sei daran, dass am 20. Juli 1911 in einer ähnlichen Klagesache unter Vorsitz des Magistratsassessors Dreher (Nr. 168 des „Vorwärts“) als Arbeitgebervertreter der Direktor Moldenhauer von den Hüttenwerken in der Luisenstraße und der bekannte Förderer der gelben Vereine, der Generalsekretär Kossie von den Berliner Arbeitgeberverbänden als Beisitzer mitgewählt hatten, der Kläger aber mit Recht dem Gedanken fernstand, diese Weisung deshalb als befangen abzulehnen, weil sie keine Sozialdemokraten seien.

Prozesshinzuziehung beim Gewerbegericht.

Die Gewerbegerichte mitunter die ihnen durch das Gesetz gestellte Aufgabe, dem Arbeiter schnell zu seinem Recht zu verhelfen, außer acht lassen, beweist folgender Fall:

Am 8. Februar wurde eine Klage bei dem Gewerbegericht in Reinickendorf eingereicht. Als der in Berlin wohnhafte Arbeiter nach Ablauf von 14 Tagen noch nicht erschienen war, fragte er persönlich beim Gericht an, ob seine Sache vergessen sei. Dies wurde verneint. Als mehr als drei Wochen seit Einreichung der Klage verstrichen waren, erhielt endlich der Kläger eine Terminvorladung zum 6. März. Am Terminstage jedoch lief vom Gericht die Nachricht ein, dass der Termin aufgehoben ist. Gründe für die Aufhebung wurden nicht angegeben.

Nachdem also mehr als ein Monat verstrichen ist, hat noch nicht der erste Termin stattgefunden. — Öffentlich hört dieser Schandrian nunmehr auf.

Aus der Frauenbewegung.

Die Mitarbeit der Frau in der Stadtverwaltung.

(Bericht über den Vortrag der Genossin Wepl.)

II.

Ein weites Feld weiblicher Tätigkeit könnte sich in der Organisation von Kindergärten und -krippen erschließen, deren Einrichtung vollständig kirchlichen oder privaten Wohltätigkeitsvereinen überlassen ist. Schon seit einigen Jahren stellen die sozialistischen Vertreter in der Stadtverordnetenversammlung dauernd Anträge, städtische Kindergärten und Krippen einzuführen. Durch eine Erhebung der Zentrale für Jugendfürsorge wurden allein in Berlin 75 000 kleine Kinder gezählt, deren Versorgung im vorjährlichigen Alter dringend notwendig wäre. Dagegen können die Privatvereine, denen jetzt Berlin 40 000 R. jährlichen Zuschuss zahlt, kaum 7000 der Kleinen versorgen, und selbst diese geringe Anzahl wird bei den unzureichend vorhandenen Mitteln noch in wenig hygienischer Weise verpflegt. Wie sehr eine städtische Fürsorge nach dieser Richtung hin fehlt, beweisen allein die 3000 Kinder, die jährlich bei der Meldung zum Schuleintritt von den Schulärzten wegen allgemeiner Körperschwäche zurückgewiesen werden müssen. Ebensoviele genügen in irgendeiner Weise die Einrichtungen, die die Stadt für das gesunde Aufwachsen der schulpflichtigen Proletarierkinder bisher geschaffen hat. Wenn 8000 Schulkinder in Berlin dauernd wegen allgemeiner Körperschwäche, 45 332 Kinder überhaupt unter schulärztlicher Aufsicht stehen, so müßten in genügender Zahl Erholungs- und Pflegestätten für diese Kleinen vorhanden sein.

Eine der dringendsten Aufgaben einer guten städtischen Schulverwaltung ist der weitere Ausbau der Schulspeisung. Auch hier begnügt sich die Stadt damit, den privaten Kindervollkrippen, die die bedürftigsten Kinder mit warmem Mittagessen versorgen, einen armseligen Beitrag von einigen tausend Mark zu zahlen; erst seit kurzer Zeit werden hierfür jährlich 120 000 M. auszugeben. Es ist dringend zu fordern, daß die Schulspeisung aller bedürftigen Kinder — die erste Vorbedingung der Freie und des Lernerfolgs in der Schule — von den Stadtverwaltungen selbst übernommen wird, wie dies in vereinzelten Orten auch in Deutschland, so in Mannheim, bereits der Fall ist.

Der Schularzt, von denen jeder einzelne jetzt noch eine viel zu große Anzahl von Kindern zu überwachen hat, müßte in seiner ärztlichen Tätigkeit viel weiter gehen. Er sollte der dauernde Berater jedes Kindes während der Schulzeit (einschließlich der Fortbildungszulassung) bleiben und später auch einen Einfluß bei der Berufswahl üben.

Eine vorzügliche Kneipenrichtung, mit der die Stadt Charlottenburg vorangeht, ist, und die jetzt auch in Dortmund, Elberfeld, München-Gladbach, Mühlhausen i. Elsaß besteht, sind die Waldschulen, in denen schwächliche Kinder nach Möglichkeit im Freien unterrichtet und verpflegt werden. Leider hat Berlin die Einrichtung solcher Waldschulen abgelehnt.

Auch mit alledem wären die Aufgaben einer modernen Stadtverwaltung noch nicht voll gelöst. Gerade die letzte Zeit der Fleischteuerung müßte uns wieder darauf hinweisen, daß die Fleisch- und Milchversorgung der Städte mehr und mehr in die Hand der städtischen Verwaltungen selbst übergehen sollte, wie schon gegenwärtig die städtischen Krankenhäuser durch die Stadt Fleisch und Milch geliefert erhalten.

Wie weit erstreckt sich gegenwärtig die Mitarbeit von Frauen in irgendwelchen Zweigen der städtischen Verwaltung? 1909 waren in allen Gemeinden über 10 000 Einwohner im ganzen 11 400 Frauen auf kommunalem Gebiet tätig. Fast nirgends besteht bei uns in Deutschland eine Gleichberechtigung der Frauen mit den Männern auf dem Felde der kommunalen Arbeit. Als Waisenspflegerinnen haben sie nur das Amt des Nachsehens; die eigentlichen Bestimmungen hat der Waisenzahl zu treffen, in dem ihnen nur eine beratende Stimme zusteht. Freilich gewährt die Städteordnung den Städten das Recht, Frauen zu den Waisenkommissionen zuzuziehen, doch wird vorläufig durch den Widerstand der Männer nur ein sehr spärlicher Gebrauch von diesem Recht gemacht. Genau das Gleiche finden wir in der Armenverwaltung. Die Frauen, die gesetzlich Mitglieder der Armenkommission sein dürfen, werden nur wenig herangezogen; erst in neuester Zeit finden wir ganz vereinzelte weibliche Armenkommissionsvorsitzer, deren Tätigkeit sehr gerahmt wird.

So brauchen wir neben der politischen Gleichberechtigung im Reich und in den Bundesstaaten die volle Gleichstellung des weiblichen Geschlechts in allen Zweigen der städtischen Verwaltung. In verschiedenen Gegenden Deutschlands bestehen Anträge zu kommunalen Wahlschieben auf sehr beschränkter Grundlage.

Fast durchgängig kann dieses Wahlrecht nur durch Vertreter ausgeübt werden; an einigen Orten hat man in allerletzter Zeit angefangen, solche Vertreterschaft für städtische Frauenwahlrechte an männliche Genossen zu übertragen. Es wird nun eine der hervorragendsten Pflichten der Agitation unter den Genossinnen sein, eine dauernde Propaganda für ein Eindringen der Frauen in die städtischen Verwaltungen zu entfalten, ihre Mitwirkung in sämtlichen Deputationen, in den Waisen- und Armenkommissionen und in der Schulverwaltung zu erzwingen, Frauen aus den arbeitenden Klassen sachkundig zur Tätigkeit in allen diesen Zweigen auszubilden zu lassen, und dafür zu sorgen, daß geeignete Persönlichkeiten überall zur Verfügung stehen, wo ihre Mitarbeit schon heute zulässig ist. Aufgabe unserer sozialdemokratischen Vertreter in den städtischen Körperschaften ist es, die dauernde Heranziehung der Frauen in allen Verwaltungszweigen zu bewirken, alle Rechte, die irgendwo vorhanden sind, auch tatsächlich nach Möglichkeit für sie auszunutzen. Wir dürfen nicht müde werden, uns mit allen Fragen der städtischen Verwaltung, mit den Problemen der Kommunen, immer von neuem zu befassen und so lange zu arbeiten, bis die vollständige Gleichberechtigung der Frauen in den Stadtverwaltungen erreicht ist.

Eine lebhaft, in einigen Punkten die Ausführungen der Referentin noch ergänzende Diskussion schloß sich dem beifällig aufgenommenen Vortrag an; von verschiedenen Rednerinnen wurde darauf hingewiesen, daß sich leider unter den Genossinnen noch nicht genügend Mitglieder für die Armenkommissionen melden.

Wahlrecht von Frauen zu den preussischen Handelskammern.

Frauen, die ihr Wahlrecht zu den Handelskammern ausüben wollen, dürfen nicht in eigener Person ihre Stimme abgeben, sondern müssen sich durch einen männlichen Bevollmächtigten (Prokuristen) vertreten lassen. Da nun die Wahlen zu den Handelskammern durch geheime Abstimmung mittels Stimmzettel erfolgen, haben die weiblichen Wahlberechtigten keine Kontrolle darüber, ob ihre Beauftragten tatsächlich im Sinne der Auftraggeberinnen gehandelt haben. Um diesen für das weibliche Geschlecht herabwürdigenden und die beteiligten Befragten von Handelsgeschäften wirtschaftlich schädigenden Zustand zu beseitigen, hat nach dem „Deutsches Reich“ bei der Handelskammer in Köln das Mitglied Eitel einen Antrag eingebracht, den Inhaberinnen eingetragener Firmen das aktive Wahlrecht zu den Handelskammern in eigener Person zu gewähren. Die Kölner Handelskammer hat einstimmig beschlossen, den Deutschen Handelskongress zu ersuchen, für eine entsprechende Ausgestaltung des preussischen Handelsgesetzes einzutreten. In der Begründung wird ausgeführt, daß zwar im Jahre 1885 die Mehrzahl der Handelskammern sich gegen eine solche Maßnahme ausgesprochen hat, da sie dem „Existenz unserer Gewerbe“ widersprechen würde. Seit jenen 17 Jahren haben aber die Anschauungen über die Stellung der Frau auch in den Gesetzgebungswerken (bürgerliches Gesetzbuch, Handelsgesetzbuch, Gewerbeordnung) Veränderungen erfahren. So ist z. B. den Frauen die direkte Wahlbeteiligung in den Innungen zugestanden worden. Schließlich sei eine Hebung der Wahlbeteiligung zu erwarten, da Frauen, die persönlich an der Wahl teilnehmen wollten, aber zurückgewiesen wurden, sich an der Wahl überhaupt nicht beteiligen haben.

Wenn die Begründung sich dagegen verwehrt, etwas der Wahlbarkeit von Frauen zu Handelskammermitgliedern das Wort zu reden, so sehen wir darin schädliche Konsequenzen. Den Frauen gebührt aktives und passives Wahlrecht.

Frauen als Kerzinnen.

In Deutschland sind nach einer kürzlich erfolgten Zählung 118 weibliche Kerzinnen praktisch tätig. Dieser Zahl standen im Jahre 1906 nur 55, 1909: 69 und 1910: 102 Kerzinnen gegenüber. Von den 118 Kerzinnen des Jahres 1911 kommen auf Berlin 34, München 8, Breslau 6, Danzig, Dresden und Frankfurt a. M. je 2, Hannover und Düsseldorf je 1, Heidelberg 3, auf 8 Städte je 2 und auf 23 Städte je eine Kerzinn. Auch die Zahl der weiblichen Religionsstudierenden ist in einem ständigen Wachstum begriffen. Sie betrug im Winter 1909/10 371, im Winter 1910/11 527 und im Sommer 1911 540. Natürlich sind hierbei auch die Ausländerinnen mit eingeschlossen. — Im Anschluß daran sei noch mitgeteilt, daß in England zurzeit allein 73 Schulärztinnen beschäftigt sind. In 6 Gemeinden nehmen die Frauen sogar die oberste Stelle unter den angestellten Schulärzten ein. Außerdem sind noch 289 Schulschwestern angestellt, die wertvolle Dienste für die kränklichen und schwächlichen Kinder verrichten.

Mutterschaftsversicherung in Schweden.

Den schwedischen Reichstag hat schon im Jahre 1908 die Mutterschaftsversicherung auf Grund eines Antrages des Abgeordneten E. Bawrinshy beschäftigt. Das damals zur Bearbeitung dieses Gegenstandes eingesetzte Komitee hat jetzt seine Untersuchungen beendet und in einer Abhandlung seine Vorschläge zur Durchführung der Mutterschaftsversicherung in Schweden unterbreitet. Der erste Teil dieser Abhandlung enthält allgemeine Ausführungen über die Löhne der Industriearbeiterinnen und ihre Fruchtbarkeit, während der zweiten Teil die Gesetzesvorlage mit ihren Kommentaren ausfüllt.

Nach dem Bericht Rini Kohnbergers (Stockholm) in Nr. 4 der „Frauenbewegung“ vom 15. Februar d. J. geben wir folgende Einzelheiten der Vorlage wieder:

Das Versicherungsorgan soll vorzugsweise eine staatlich eingetragene Krankenkasse sein.

Die Versicherung ist für alle in der Industrie tätigen Arbeiterinnen obligatorisch, mit Ausnahme der unter 15 und über 51 Jahre alten Frauen und Mädchen. Als Versicherungsbeitrag sind für jede Versicherte monatlich 2 Öre zu zahlen, von denen die Arbeiterin 1 Öre, der Arbeitgeber 1 Öre zu erlegen hat. Der erforderliche Mehrbeitrag wird durch staatliche Mittel gedeckt.

Die Mutterschaftsunterstützung beträgt 2 Kronen für jeden Wochenentwurf und soll während 6 Wochen, davon mindestens 4 nach der Niederkunft, zahlbar sein, vorausgesetzt, daß die Versicherte während dieser Zeit industriell nicht tätig war.

Die Stillprämie beträgt 15 Kronen für jedes Kind, das die Mutter während mindestens 90 Tagen nach der Niederkunft gesäugt hat.

Zu dieser Unterstützung sind alle diejenigen Industriearbeiterinnen berechtigt, welche unmittelbar vor der Niederkunft 180 Tage ununterbrochen versichert waren.

Der Arbeitgeber ist verpflichtet, die bei ihm angestellten versicherungspflichtigen Frauen bei der betreffenden Krankenkasse zur Versicherung anzumelden und die vorgeschriebenen Abgaben zu erlegen. Den Teil der Abgaben, den die Arbeiterin zu zahlen hat, kann er vom Lohne abziehen.

Die Ausgaben für die Versicherung werden auf 2,16 Kronen pro Jahr für die Arbeiterin und 1,08 Kronen für den Arbeitgeber berechnet. Die Gesamtsumme der Mutterschaftsunterstützung würde 87 Kronen betragen, davon 72 Kronen als reine Mutterschaftsunterstützung und 15 Kronen als Stillprämie.

Die Mutterschaftsversicherung soll vorläufig auf die in der Industrie tätigen Frauen beschränkt bleiben, um die praktische Durchführung zu erleichtern.

Der vorliegende Entwurf weist noch große Lücken auf und ist von der Erfüllung aller Forderungen der kassenbewußten Proletarierinnen weit entfernt. Die Hauptmängel bestehen in der verschiedenen Beitragsbelastung von Unternehmer und Arbeiterin, die für jene nur ein Drittel, für diese aber zwei Drittel beträgt, in der Dezentralisation und staatlichen Bevormundung der Kassen und in der Beschränkung der Versicherung auf die Industriearbeiterinnen allein. Immerhin bildet er einen Schritt auf ein dringend der Bedienung bedürftiges Gebiet.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Hauptbureau: Sof. III.
 Verwaltungsstelle Berlin: Sof. III.
 Charlottenstraße 3. Amt Nordten, Nr. 1087.

Montag, den 11. März 1912:
Bezirks - Versammlungen
 für die gesamte Verwaltungsstelle Berlin

- in folgenden Lokalen:
- Norden:** Pharussäle, Mälkerstr. 142, abends 8 1/2 Uhr.
 - Norden:** Obiglios Festsäle, Schwedter Straße 23, abends 8 1/2 Uhr.
 - Norden:** Frankes Festsäle, Badstr. 10, abends 8 1/2 Uhr.
 - Moabit:** Frachtsäle Nord-West, Wielestr. 24, abends 8 1/2 Uhr.
 - Tegel:** Wohlfahrts Festsäle, Heindorf, Eichhornstraße, abends 8 Uhr. Neuwahl der Bezirksleitung.
 - Westen und Schöneberg:** Oeffs Festsäle, Schöneberg, Hauptstr. 5, abends 8 1/2 Uhr. Jahresbericht und Neuwahl der Bezirksleitung.
 - Osten:** Comeniusäle, Memeler Straße 67, abends 8 1/2 Uhr.
 - Lichtenberg:** Restaurant J. Ertel, Pfarrstraße 74, abends 8 1/2 Uhr.
 - Stralau und Rummelsburg:** Markgrafensäle, Marktgrafendamm 34, abends 8 1/2 Uhr.
 - Südenbezirke:** Gewerkschaftshaus, Engelsufer 15 (Saal), abends 8 1/2 Uhr.
 - Weißensee:** Penker's Festsäle, Berliner Allee 221, abends 8 1/2 Uhr.
 - Neukölln:** Passage-Festsäle, Bergstr. 150, abends 8 1/2 Uhr. Bericht und Neuwahl der Bezirksleitung.
 - Charlottenburg:** Volkshaus, Köpenicker Str. 3, abends 8 1/2 Uhr. Neuwahl der Bezirksleitung.
 - Köpenick u. Friedrichshagen:** Lehmanns Restaurant, Köpenick, Bahnhofsstr. 44, abends 8 1/2 Uhr.
 - Ober-Schöneweide:** Wilhelmshof, Wilhelmshofstr. 82, abends 8 Uhr. Neuwahl der Bezirksleitung.
 - Spandau:** Emil Schuberts Festsäle, Kurstr. 21, abends 8 1/2 Uhr.
 - Steglitz!** Wegen der am Montag stattfindenden Gemeindevertreterwahlen für Steglitz findet die Bezirksversammlung am Sonntag, den 10. März, vormittags 10 Uhr, in Schellhajes Geschäft, Ahornstr. 15, statt.
- Tagesordnung in allen Versammlungen:
Stellungnahme z. Generalversammlung.
Mitgliedsbuch legitimiert!
- Die Versammlungen werden pünktlich eröffnet.
 Pünktlichen Besuch erwartet Die Ortsverwaltung.
- Metallarbeiter - Notiz - Kalender**
 für das Jahr 1912 sind erschienen und im Bureau sowie bei den Bezirksstellen zum Preise von 60 Pf. pro Stück zu haben.
 Lediglich 1000 Exemplare.
Die Arbeitszeiten in der Eisen- und Metallindustrie Deutschlands
 zum Preise von 50 Pf. pro Exemplar. 113/4

Möbel liefert auf bequeme Teilzahlung bei kleinster Anzahlung in bekannter Güte (mit größter Rücksicht bei Krankheit und Arbeitslosigkeit)
E. Cohn, Gr. Frankfurterstr. 58

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Charlottenburg.
 Am Sonntagvormittag 9 1/2 Uhr findet im Volkshaus, Rosinenstraße 3, eine

Außerordentliche Mitglieder-Versammlung
 Tagesordnung:
 1. Verbandsangelegenheiten. 2. Wahl der Delegierten zum Montag.
 3. Berichtlesen.
 Jahresbericht und pünktliches Mitgliedermaterial
 80/6 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Transportarbeiter-Verband.

Bezirk Groß-Berlin. Sektion 5, Industriearbeiter.
 Gewerkschaftshaus, Engelsufer 15 II, Zimmer 31-44.

Kollegen der Sektion 5, Industriearbeiter!
Sektions-Mitglieder-Versammlung
 in Frankes Festsälen, Badstr. 10.
 Sonntag, den 10. März cr., vormittags 9 1/2 Uhr:
 Tagesordnung:
 1. Bericht der Sektionsleitung über die Tätigkeit von 1911. 2. Neuwahl der Sektionsleitung für 1912. 3. Bericht über den Rollenbestand des Agitationsfonds. 4. Neuwahl des Ausschusses und der Revision. 5. Beratung über eingegangene Eingänge und Beschlüsse.
 In Anbetracht der äußerst wichtigen und reichhaltigen Tagesordnung ist ein pünktliches Erscheinen unbedingt notwendig. Der Zutritt zur Versammlung erfolgt unter Vorzeigung des Mitgliedsbuches.
Bitte Kollegen, die länger als 8 Wochen mit ihren Beiträgen im Rückstande sind, haben keinen Zutritt.
 Mit kollegialem Gruß Die Sektionsleitung. J. A.: K. Fromke.



OXO
 Bouillon-Würfel
 der Compie **LIEBIG**

Wo es sich um Verbesserung von Suppen, Saucen, Gemüsen usw. handelt, empfiehlt sich die Verwendung von Liebig's Fleisch-Extrakt, welches den Eigengeschmack der Speisen nicht verdeckt.

Verband der Schneider und Schneiderinnen

Wegen Nichtanerkennung des Tarifs haben in nachstehenden Firmen unsere Kollegen die Arbeit eingestellt:

- Adam, S., Leipziger Str. 28
- Agte u. Wenzel, Charlottenstr. 32a
- Albrecht u. Rudolph, Französische Str. 8
- Angereb, Krausenstr. 30
- Anger, Spittelmarkt
- Baldow, Rastl., Gertraudenstr. 20/21
- Baum, S., Friedrichstr. 71
- Behrend u. Watz, Friedrichstr. 166
- Beiger u. Alita, Charlottenstraße
- Berka, Leipziger Str. 103
- Bilker, Unter den Linden 69
- Bloch u. Co., Friedrichstr. 203
- Böbling, Kanonenstr. 4
- Bollmann, Kaiser-Wilhelmstr. 31
- Borst u. Dünzer, Unt. d. Linden 13
- Böttcher, Steglitz, Schloßstr. 88
- Braun, Steglitz
- Braun, Maria, Französischestr. 49
- Bulle u. Gohmann, Zimmerstr. 40
- Bül, Sign., Friedrichstr. 10
- Canonagh, Unter den Linden 3
- Cohn, S., Kaiser-Wilhelmstr. 3
- Samson u. Co., Friedrichstr. 90
- Dobins, Gebr., Seidenstr. 13
- Dobins, Friedmann, Spandauerstr. 10
- Dobigun, S., Charlottenburg, Joachimsthaler Str. 40
- Diekmann, S., Jägerstr. 26
- Dittmann, A., Friedmann, Hofstr. 5
- Dobberstein u. Schneider, Dresdenstr. 42
- Ebenfeldt, Unter den Linden 40/41
- Ehrig, Albert, Kaiserstr. 95
- Ehrig u. Dang, Mittelstr. 9/10
- Ehrig, Alexanderstr. 2
- Eising, Charlottenburg, Kantstraße
- Eisrot, Joh. Rud. Vahst, Unter den Linden 57
- Engel, S., Kolonnenstr. 37
- Eppendorfer, Französischestr. 62
- Ebers u. Tschob, Gertraudenstr. 8/9
- Ertner, Charlottenstr. 79
- Fabian u. Ehrig, Unter den Linden 71
- Fabich, Schilling, Rosenhaken Str. 1
- Faerdt, Markgrafstr. 19
- Faerdt u. Wilmanns, Unt. d. Linden 2
- Fischer, Ludwig, Unter den Linden 47
- Fordan, Zimmerstr. 29
- Förder, S., Kurfürstendamm 20/21
- Frank u. Kuria, Französischestr. 19
- Frantz, Heinrich, Markgrafstr. 67
- Frede, Emil, Charlottenstr. 29
- Geduldig, Joachimsthaler Str. 9
- Giesel u. Freitag, Potsdamerstr. 13
- Gewerkschaft, Erste Probulins, Kommandantenstraße
- Gerion, Herm., Berderichstr. 5/6
- Goldschmidt, Friedrichstr. 150
- Gollap, Louis, Unter den Linden 15
- Gratz, Gebr., Radl. Post u. Lützow, Ballstr. 1
- Groger, H., Alexanderstr. 78
- Griewisch, Fr., Unter den Linden 53
- Grosch u. Karfmann, Köpenicker Str. 59
- Gruber, W., Wilhelmstr. 23
- Gründer, Schützenstr. 53
- Gumpert, S., Steglitz, Albrechtstr. 8
- Günther, Leipziger Str. 37
- Haensch, Kruppstr. 5
- Hansen, Paul, Genslerstr. 22
- Hauten, Dranienstr. 123
- Heddenberger u. Becker, Unter den Linden 48/49
- Hering, Aug., Dufelandsstr. 46
- Hermendorf, Hugo, Chausseestr. 51
- Herrich, Egon, Leipziger Str. 9/11
- Herr, D., Französischestr. 33
- Herrberg, Gust., Zimmerstr. 24
- Hesler u. Jean Jacques, Unter den Linden 33
- Hilmer, Dorothienstr. 54
- Hinzel, Französischestr. 19
- Hoffmann, Hermann, Friedrichstr. 50/51
- Horn, Charlottenburg, Kaiser-Friedrich-Str. 48
- Hornig u. Co., Köpenicker Str. 25
- Hosch u. Malisch, Unter den Linden 20
- Jankowsky, Charlottenburg, Widmarstr. 9
- Jery, Peter, Friedrichstr. 173
- Jordan, Ernst, u. Sohn, Charlottenstr. 45
- Köber-Rud., Unter den Linden 75
- Kochmann, Reanderstr. 25
- Kort, Friedrichstr. 113
- Kürgens, Friedrichstr. 216
- Kapfenberger, Kurbalstr. 17
- Keller u. Ruch, Friedrichstr. 183
- Klein u. Kührs, Charlottenstr. 88
- Kirchlich u. Co., Charlottenstr. 49
- Klein, Potsdamer Str. 61
- Knebel, Friedrichstr. 30
- Kreuzhüter, Krausenstr. 60
- Koppel u. Qlfes, Dorothienstr. 42
- Koppel, R., Kronenstr. 60/67
- Kohel, Charlottenburg, Sophie-Charlotten-Str. 22
- Koslowitz, Kanonenstr. 3
- Koffe u. Goldt, Kaiserstr. 77
- Köh, Französischestr. 52
- Krause, Charlottenstr. 1
- Kreier, Kaiserstr. 8
- Kriemhild u. Bergward, Kanonenstr. 10
- Krüger, Charlottenburg, Ballstr. 30
- Kruse, R., Dranienburger Str. 4
- Kühl, Joh., Charlottenburg, Bittenbergplatz 3
- Kühne, Ed., Friedrichstraße
- Kunze, Egon, Unter den Linden 25
- Kunze u. Kowitz, Reußische Str. 3
- Kuria, Friedrichstr. 153a
- Kullsch, Julius, Charlottenburg, Schillerstr. 9
- Leub, Unter den Linden 61
- Leubthal, Kaiserstr. 2
- Leub, Dranienstr. 130
- Leub, Friedrichstr. 14a
- Leub, Kaiserstr. 3
- Leubmann, S. u. Westendorf, Joh. Fißel, Dresdenstr. 56
- Lingold, Gebr., Alexanderstr. 67
- Lippmann, Emma, Leipziger Str. 30
- Ludwig vom Stein, Schadowstr. 4/5
- Lust, Jägerstr. 69, 2 Tr.
- Lukas jr., Reußische Straße
- Ludwig, Karl, Schönehauser Allee 30a
- Ludwig, Unter den Linden 69 (Krausen)
- Machos u. Schode, Besselstr. 11
- Mack, Seidenstr. 13
- Mauer, Rud., Friedrichstr. 65a
- Mayer, Freitag, Radl., Friedrichstr. 36a
- Meißel, Chausseestr. 124
- Meiser, Köpenicker Str. 9
- Meißner, Friedrichstr. 187/188
- Müller, Egon, Friedrichstr. 35
- Müller, Arnold, Leipziger Str. 95
- Müller, Art., Dr. Kaiserstr. Str. 95
- Müller, Otto, Radlstr. 90
- Müller, Friedrichstr. 72
- Nachmann, Alte Schützenstr. 1
- Neapel, Köpenicker Str. 57
- Nielsen u. Zuhler, Charlottenstr. 34
- Nos u. Schanze, Unter den Linden 21
- Nos, Johann von, Mittelstr. 15
- Reel u. Gieppenburg, Gertraudenstr. 25/27
- Richter, Markgrafstr. 80
- Rindfleisch, Markgrafstr. 22
- Rodriguez u. Görtz, Friedrichstr. 213
- Roß u. Kuntz, Friedrichstr. 44
- Rohde, Lützowstr. 37
- Rohde u. Walek, Friedrichstr. 168
- Romb, Waldemarstr. 39
- Richter, Franz, Kanonenstr. 6, 1
- Richtmüller, Volkmarkt 5
- Rommann, Krausenstr. 4/5
- Rönig, Charlottenstr. 86
- Rückert, Emil, Köpenicker Str. 53
- Rudolph u. Sauer, Köpenicker Str. 45
- Rudolph, Gertraudenstr. 10/12
- Rund u. Co., Alexanderstr. 37a
- Rugevahl, Kaiserstr. 3
- Salzpedel, Köpenicker Str. 53
- Sander u. Hoppel, Charlottenstr. 53
- Schachtel, Alexanderstr. 50
- Schachtel, Krausenstr. 12
- Schall, Unter den Linden 53
- Schimmel, Königgräber Str. 4
- Schönbrunn, Friedrichstr. 107/68
- Schönung u. Vardner, Krausenstr. 35/36
- Schramm, Kaiserstr. 18
- Schulmeister, Dresdenstr. 4
- Schulte, Joh. Seidenstr. 71
- Schulz, Fr., Friedmann, Kantstr. 12/13
- Schulz, Gebr., Markgrafstr. 16
- Schwarz, Rud., Friedrichstr. 153
- Schwanke u. Stork, Mittelstr. 13
- Segal, Leipziger Str. 30
- Sella, Arnold, Unter den Linden
- Senft, Dorothienstr. 30
- Singer u. Lorenz, Jägerstr. 8
- Sitz, Schützenstr. 60
- Sizel, Unter den Linden 10
- Slabinski u. Gensler, Kaiserstr. 11
- Stammheim, Reußische Str. 59
- Stolker, Karl, Reußische Str. 59/27
- Steinberg, Joh., Joh. Fißel u. Steinberg, Reußische Str. 15
- Stelmer, Charlottenstr. 45
- Storhan, Französischestr. 19
- Steuer, H., Kommandantenstr. 43
- Stier, Karl, Dranienstr. 73
- Stolzenberg, Dranienstr. 73
- Tachmann, Jerusalemstr. 9
- Tahel, Unter den Linden 51
- Talldorf (Englisch Comptoir), Unter den Linden 66 1
- Totter u. Sohn, Französischestr. 13
- Trottel, Berderich 6
- Trottel, Kaiserstr. 2
- Trunt u. Vah, Köpenicker Str. 26
- Tschubs, Friedrichstr. 54
- Tschubdager, Friedrichstr. 7
- Uebd, Feig, Charlottenburg, Strummstr. 47
- Uerkerlich, Friedrichstr. 143
- Wagner, Chausseestr. 8
- Walter u. Bone, Charlottenstr. 38
- Warenhaus für Arme u. Marine
- Wend u. Reilich, Unter den Linden 129
- Werner, Anton, Charlottenburg, Reußische Str. 88
- Wolff u. Keller, Charlottenstr. 23
- Wolff, W., Leipziger Str. 100
- Wolff u. Schütz, Friedrichstr. 69a
- Wormann, D., Französischestr. 46 11
- Wohel, Karl, Köpenicker Str. 124
- Zutermann, R., u. Jäg. Schützenstr. 24

Über die genannten Firmen wird hiermit die Sperre verhängt.
 Die Ortsverwaltung.

Reste Kontektion

Damentuche	schw. u. fig.	3 M.	per Meter von	an
Kostüme	ausw. engl.	2 M.	per Meter von	an
Seidenmisch	Velours	4 M.	Nord, 90 cm breit, per Mir.	
Volle	zu Kleibern	2 M.	per Meter von	an

Paletots d. d. novosa. Passant, in 14 M. engl. Stoffen u. von

Kostüme in reichhalt. Auswahl in 25 M. engl. Stoffen u. Kamme v.

Kostüm - Röcke in grosser Auswahl von 4.50 an

Staubmäntel zu sehr billigen Preisen!

C. PELZ Kothuser
 Strasse 5.

Photographin J. Süß
Vonpouff
 gebe ich jedem

Meine Filialen sind nur:
 Berlin
 Friedrichstraße 108
 Friedrichstraße 138
 Königstraße 20-21 (Fahrstuhl) neben Gumpert
 Rosenthaler Straße 72a
 Reinickendorfer Str. 4 am Weddingplatz

Schöneberg
 Hauptstraße 19

Neukölln
 Bergstraße 151-152
 in der Passage Fahrstuhl.

Bromsilber-Vergrößerung
 Schwarzmalerei
 Größe 42 x 50 cm mit eleganter Aufmachung, der sich in dieser Zeit eine Matt-Aufnahme bestellt.

12 Visit	von 1.80 an	12 Visit	matte . . . 4.00
12 Kabinett	von 4.80 an	12 Kabinett	matte 8.00

Gruppen- und Kinder-Aufnahmen entsprechend billig.

Man achte genau auf die Größe und Ausführung meiner Gratis-Bilder.

Geschäft von 9-7 Uhr

Abzahlungsgeschäfte

Berliner Credit-Haus Kommandantenstr. 67. Franz Abraham...

Arbeiter Bekleidung F. Falk! J. Kastner...

Bäckereien, Konditor. Blottners Großbäckerei...

Brotfabrik Vorwärts! Brotfabrik Buehl & Sohn...

Brotfabrik Engel's Landbrot... Engel's Landbrot...

Max Giese, Neuland... Oskar Hanke's Breibäckerei...

Landbrot-Großbäckerei... Landbrot-Großbäckerei...

Bäckerei Nordstern... Bäckerei Nordstern...

Conrad Richter... Otto Szilart... Schütt, G.

Bäckerei Nordstern... Bäckerei Nordstern...

Goldbier... Goldbier...

Victoria-Brauerei... Victoria-Brauerei...

Victoria-Brauerei... Victoria-Brauerei...

Victoria-Brauerei... Victoria-Brauerei...

Victoria-Brauerei... Victoria-Brauerei...

Erscheint 2 mal wöchentlich.

Kuranstalt M. Schulz... Kuranstalt M. Schulz...

Bad-Einrichtungen... Bad-Einrichtungen...

Bandagen, Gummw... Bandagen, Gummw...

Beerdig-Anst. Sargin... Beerdig-Anst. Sargin...

Bunzel, R. Rixdorf... Bunzel, R. Rixdorf...

Berufskleidung... Berufskleidung...

Bettfedern u. Betten... Bettfedern u. Betten...

Bierbrauereien, Bierh... Bierbrauereien, Bierh...

Brauerei Königstadt... Brauerei Königstadt...

Brauerei Pfefferberg... Brauerei Pfefferberg...

Caramel-Weißbier... Caramel-Weißbier...

C. Habels Brauerei... C. Habels Brauerei...

F. W. Hilsbein A. G... F. W. Hilsbein A. G...

Goldbier... Goldbier...

Victoria-Brauerei... Victoria-Brauerei...

Victoria-Brauerei... Victoria-Brauerei...

Bezugsquellen-Verzeichnis.

Bertha Herbold, Carmen... Bertha Herbold, Carmen...

Butter, Eier, Käse... Butter, Eier, Käse...

Butterhandlung J. F. Assmann... Butterhandlung J. F. Assmann...

Oskar Beck... Oskar Beck...

Buntrock, W. Rixdorf... Buntrock, W. Rixdorf...

Drei Kronen... Drei Kronen...

Fischer, Ernst... Fischer, Ernst...

Fried. Göseke, 7 Filialen... Fried. Göseke, 7 Filialen...

Gebrüder Groh... Gebrüder Groh...

August Holtz... August Holtz...

Kosmalla, E., 4 Geschäfte... Kosmalla, E., 4 Geschäfte...

Gebrüder Manns... Gebrüder Manns...

Nordstern... Nordstern...

Schröter, R. 35... Schröter, R. 35...

Uhl & Wolfram... Uhl & Wolfram...

Vereinte Pommerse... Vereinte Pommerse...

Westmann... Westmann...

Paul Zutermann... Paul Zutermann...

Damenkleiderstoffe... Damenkleiderstoffe...

Adolf Danneberg... Adolf Danneberg...

Drogen u. Farben... Drogen u. Farben...

Nch. Bocafins... Nch. Bocafins...

Ebert, Max... Ebert, Max...

Alfr. Götting... Alfr. Götting...

Prinzenstr. 103... Prinzenstr. 103...

Eisen- u. Stahlw., Waff... Eisen- u. Stahlw., Waff...

Die Fabrikate der "Sarotti"... Die Fabrikate der "Sarotti"...

Bonbonhaus Fr. Schröder... Bonbonhaus Fr. Schröder...

Seiffert, Erich... Seiffert, Erich...

Stolwerck... Stolwerck...

Schokolade - Kakao... Schokolade - Kakao...

Fardern Sie Kakao und Schokolade Wesenberg... Fardern Sie Kakao und Schokolade Wesenberg...

Flachhandlungen... Flachhandlungen...

C. Ahlers & Co., münde... C. Ahlers & Co., münde...

C. Dittmann... C. Dittmann...

Kähler... Kähler...

Hans Kunkel... Hans Kunkel...

Winkler & Bährhold... Winkler & Bährhold...

Flöschler u. Wurstw... Flöschler u. Wurstw...

Wilhelm Behr... Wilhelm Behr...

Danziger Fleisch-Centrale... Danziger Fleisch-Centrale...

Wurst, Speck, Schinken... Wurst, Speck, Schinken...

Anton Fehau... Anton Fehau...

Fleisch- u. Wurst-Centrale... Fleisch- u. Wurst-Centrale...

C. Gerlach... C. Gerlach...

Otto Grube... Otto Grube...

Gusinde, Rich... Gusinde, Rich...

Georg Heiter... Georg Heiter...

Eduard Schmied... Eduard Schmied...

Albert Schucht... Albert Schucht...

Thaleiser... Thaleiser...

Wagner... Wagner...

Westheimer... Westheimer...

W. Tauche... W. Tauche...

Fr. Thiel... Fr. Thiel...

Wiedmann & Swunke... Wiedmann & Swunke...

Glas u. Porzellan... Glas u. Porzellan...

Oberländer... Oberländer...

Hoyer, A... Hoyer, A...

Haar-Artikel... Haar-Artikel...

E. Joel... E. Joel...

Haus- u. Küchengeräte... Haus- u. Küchengeräte...

Magazin England... Magazin England...

Herrn-Artikel... Herrn-Artikel...

Zum Hutwinkel... Zum Hutwinkel...

Kaffee-Spezialgesch... Kaffee-Spezialgesch...

Oskar Krösche... Oskar Krösche...

Rauers Mischungen... Rauers Mischungen...

Kaffee-Surrogate... Kaffee-Surrogate...

Kartoffeln, Gemüse... Kartoffeln, Gemüse...

Paul Henkel... Paul Henkel...

Kaufhäuser... Kaufhäuser...

Alexander & Co., Badstr. 55... Alexander & Co., Badstr. 55...

B. Nennig & Co... B. Nennig & Co...

C. Kurtzahn... C. Kurtzahn...

Alfr. Nirschnor... Alfr. Nirschnor...

H. Weib & Co., Friedrichshagen... H. Weib & Co., Friedrichshagen...

Kohlen, Koks, Sriketts... Kohlen, Koks, Sriketts...

Perd. Gränig... Perd. Gränig...

P. Hiante... P. Hiante...

J. Mannheim... J. Mannheim...

Kolonialwaren... Kolonialwaren...

Abend, R. Hummel... Abend, R. Hummel...

Reinrich Arndt... Reinrich Arndt...

Theodor Anthoner... Theodor Anthoner...

Babel & Hauke... Babel & Hauke...

G. Bärend... G. Bärend...

Constav Behrens... Constav Behrens...

Bruno Bluck... Bruno Bluck...

Alex. Hermann... Alex. Hermann...

Braun, R. Rixdorf... Braun, R. Rixdorf...

L. Bruns... L. Bruns...

Budach Franz... Budach Franz...

Georg Burow... Georg Burow...

Joh. Clever... Joh. Clever...

A. Durin... A. Durin...

R. Ehrig... R. Ehrig...

Constav Egenhofer... Constav Egenhofer...

Arthur Enke... Arthur Enke...

A. Flebach... A. Flebach...

A. Fleischer... A. Fleischer...

L. Friedrich... L. Friedrich...

Fritz Gerull... Fritz Gerull...

W. Gehring... W. Gehring...

H. Gerlich... H. Gerlich...

Hermann Gensch... Hermann Gensch...

Goetsch, Ernst... Goetsch, Ernst...

P. L. Loh... P. L. Loh...

Richard Grogger... Richard Grogger...

Max Hanneker... Max Hanneker...

Albert Haube... Albert Haube...

Heinrich, R... Heinrich, R...

Fritz Hübner... Fritz Hübner...

Paul Imhoff... Paul Imhoff...

Gerlach... Gerlach...

Kakao-Würfel "Sarotti" 5 Pfg. Überall zu haben

Willy Knobe... Willy Knobe...

Kohle, W... Kohle, W...

Kramer, Georg... Kramer, Georg...

Krauser, Rich... Krauser, Rich...

Kühn, Oswald... Kühn, Oswald...

W. Lange... W. Lange...

Lange, H... Lange, H...

G. L. Loh... G. L. Loh...

Wich. Liess... Wich. Liess...

Lips, Achimsoplatz 8... Lips, Achimsoplatz 8...

Horn, Loewa... Horn, Loewa...

Louiser, G... Louiser, G...

Lochner, Felix... Lochner, Felix...

Martini, Rich... Martini, Rich...

Karl Mercier... Karl Mercier...

Michaelis, Paul... Michaelis, Paul...

Moses, Adolf... Moses, Adolf...

Max Moysch... Max Moysch...

Paul Mulack... Paul Mulack...

H. Müller... H. Müller...

Müller, G... Müller, G...

A. Plancke... A. Plancke...

Priebe, E... Priebe, E...

R. Puhlmann... R. Puhlmann...

Carl Quast... Carl Quast...

A. Ramhold... A. Ramhold...

Carl Robrs... Carl Robrs...

Willy Rohne... Willy Rohne...

Runge, Otto... Runge, Otto...

A. Sägebarth... A. Sägebarth...

Schäfer, H... Schäfer, H...

Schneider, F... Schneider, F...

Schneffer, Carl... Schneffer, Carl...

Fritz Scheel... Fritz Scheel...

Schlenker, Emil... Schlenker, Emil...

Gig. Weist... Gig. Weist...

W. H. Schröder... W. H. Schröder...

W. H. Schulze... W. H. Schulze...

Adolf Schütz... Adolf Schütz...

G. Schütz... G. Schütz...

A. Schmeier... A. Schmeier...

Joh. Schulze... Joh. Schulze...

Rudolf Spremberg... Rudolf Spremberg...

P. Sinner... P. Sinner...

W. H. Thoma... W. H. Thoma...

Otto Tück... Otto Tück...

Ulrich, F... Ulrich, F...

Fritz Welzel... Fritz Welzel...

Ernst Wilde... Ernst Wilde...

Wernicke, Ober-Schönwald... Wernicke, Ober-Schönwald...

Korbwar, Kinderweg... Korbwar, Kinderweg...

Netznors... Netznors...

Krankentherapie... Krankentherapie...

Fischer, Wilh... Fischer, Wilh...

Lange, A... Lange, A...

Lederwaren... Lederwaren...

Carl Fessel... Carl Fessel...

Spez. Tisch... Spez. Tisch...

R. Gensch... R. Gensch...

W. Langner... W. Langner...

Koffer-Schulze... Koffer-Schulze...

Fortsetzung siehe nächste Seite

Richard Kurtzke, Kottbusser Damm 8. Otto Pahnitz, Wienerstr. 14. C. Richter, Rixdorf, Friedenstr. 49.

F. Pfugmacher, Colonnenstr. 48. Jul. Penner, Greifswalderstr. 11. P. Rentner, Mansteinstr. 17.

Swancke, Rixdorf, Hermannstr. 229. Wendland, Ernst, Rixdorf, Rixdorfstr. 121.

Optiker, Rixdorf, Rixdorfstr. 74. Dase, Paul, N. Müllerstr. 174. Grob, Paul, Warschauerstr. 66.

Herm. Kärmer, Cöpenick, G. Kramer, Wilm., Berlinstr. 131. Fiedr. A. Lange, Lassbergstr. 58.

Rudolf Plunz, Brunnenstr. 112. Ruitzow, Joh., Müllerstr. 18. Emil Quade, Schönberg, Hauptstr. 148.

Gonrad, Großdistillation, Ornienstr. 207. Waschmittel, Verlangen Sie „Edelweiß“.

Rudolf Maurer, Friedrichstr. 61a, Ecke Mohrenstr. Strahlendorffs Handel-Akademie, Bönhofsstr. 10, I., II., III. Etage.

Möbelmagazine, Gustav Böse, Tischlerstr. 21, am Gränesplatz. Berlin, N. 11, I., II., III. Etage.

Möbel-Transport, P. Enders, Rosenstr. 1a, I. A. 1014. Robert Frenzel, Cöpenickerstr. 102.

Pfandleihen, Rixdorf, Rixdorfstr. 50. Spießbiller Bettensverkauf, Hochmeisterstr. 10.

Schirme u. Stöcke, Girod, F., Spandau, Potsd. Str. 19. Hermann, Lybenerstr. 5, Eig. Fabrikate.

W. Stendel, Swinowinderstr. 86. Ecko Lortzingstr. Max Storch, Ebbingbergstr. 100.

M. Gardels, Beusselstraße 78. Georgi, Ernst, Krant Str. 51a. Hoffmann, Carmen Sylvanus, 6 Hoppe, E., Scharnweberstr. 52.

Haase, Rixdorf, Lincolnum Rixdorf, Bergstr. 62. Häntsch, Wellenau, Berliner-Allee 235, Tapeten.

Wilh. Gabbert, Brunnen-Str. 162. Geppert, Paul, Zossenerstr. 32. Gericke, Fritz, Müllerstr. 145.

Milchkuranstalt am Viktoriapark, Kreuzbergstr. 37-38, T. A. VI. 1078. Kunder- und Kurlisch, Milch Schmidt Rixdorf, Hermannstr. 53, Hermannstr. 95-96.

Photgr. Apparate, Hugo Schwela, Musterstraße 100 a. E. G. Artikel 89, Gelegenheitskäufe.

Seifen, Gustav Gambal, Kantstr. 64. Heideke, Paul, Burgsdorferstr. 12. Teppiche u. Gardinen, J. A. Schulz, Weinbergstr. Weg 10 I.

Uhren- u. Goldwaren-Industrie, Berlin 220, Lindenstr. 16. Berlin direkt, Bezugsquelle! Katalog gratis.

M. Schaefer, S. W. Hollmannstr. 43. Schrom, Lina, Mirbachstr. 21. Otto Seelbach, Kochhausstr. 2.

Bethke, Georg, Rixdorf, Elbest. 33, Kant-Praterstr. 44. Weststr. 109, Friedenstr. 23.

Wilh. Namann, Schönhäuser-Allee 42. Harnack, Stallschreiberstr. 57, Bar- und Teilschuhverkauf i. Fabrikgeb.

Musikinstrumente, Klraf, Rich., Brunnenstr. 45. Menzel-Pianos, Plaf. & Co., Köpenickerstr. 106/6.

Puppen, P. R. Zierow, Schönhauser Allee 379. Resterhandlungen, Luise Frömel, Greifswalderstr. 199.

Westmann, Mohrenstr. 37a, Gr. Frkf. Str. 115. Uhren u. Goldwaren, Oscar Aldag, Charl., Krummest. 29.

Iduna zu Halle a. S., Berlin, Charlottenstr. 62. Volks- und Lebensversicherung.

Ad. Schäfer Nchf., SO. Admiralstr. 4. L. Schneider, Weberstr. 61. E. Tschape, Wäsche, Bettfedern.

Frese, Ernst, im SO. Gaage, Otto, Charlottenburg. Paul Gaage, Spandau. Jos. Hauke, Wehl-u. Kolonialw. Bergmannstr. 36.

Misch, Hugo Moh, W. 57, Feldenerstr. 52c. Rebsch, E., Spandau, C. Reiber Nachf., Veteranenstr. 21.

Nähmaschinen, Bellmann, E., Gollnowstr. 26. Ferra, Hermannstr. 177. Pfaff, Kottbusser Damm 29.

Singer Nähmaschinen, Läden in allen Stadtteilen. Afrano-Nähmaschinen, G. A. Sittler, Andreasstr. 78.

Kn, Fabrikmarke für haltbare Filzhüte und Pantoffeln. P. Lange, Nowawes, Priesterstr. 20.

Warenhäuser, Warenhaus M. Hirsch, Spandau. Wilh. Herm. Lesser, Kaiserstr. 54, Schöneberg, Kaiserstr. 114.

Wild u. Geflügel, C. Dittmann, Rixdorf, Berliner Str. 4. P. Hildebrandt, Brunnenstr. 122.

MAGGI'S Erzeugnisse. MAGGI'S Würze, MAGGI'S Bouillon-Würfel, MAGGI'S Suppen sind die besten! „Für den Magen ist nur das Beste gut genug!“

1. Ziehung 3. Kl. 226. Kgl. Preuss. Lotterie. Ziehung vom 8. März 1912 vormittags. Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen...

88298 364 761 87088 557 619 85 764 88143 207 590. 90529 67 673 806 49 940 45 81 94 91137 854. 92054 288 93120 410 917 47 94169 346 461 823 46.

1. Ziehung 3. Kl. 226. Kgl. Preuss. Lotterie. Ziehung vom 8. März 1912 nachmittags. Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen...

988 94 87602 89 860 88188 66 544 824 80303 84. 445 76 535 46 92. 90170 323 711 97 801 46 [300] 926 82 91114 404.

Sonntag früh: Flugblatt-Verbreitung

in Berlin, Alt-Glienice, Charlottenburg, Köpenick, Neukölln, Schöneberg, Vorfigwalde, Erkner, Friedrichsfelde, Friedrichshagen, Lichtenberg, Pankow, Reinickendorf-West, Rummelsburg, Tegel, Weißensee.

Die Genossen, namentlich auch die Mitglieder der Konsumgenossenschaft, werden gebeten, sich zahlreich zu beteiligen.

Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokalliste!

Folgende Lokale stehen uns zu den bekannten Bedingungen zur Verfügung:

In Reinickendorf-Ost: Seebad Kaiser-Friedrich-Garten. In Mahlsdorf-Ost: Anders Gesellschaftshaus, Bahnhofstr. 84. In Friedrichsfelde: Fritz Haberland, Wilhelmstraße 88. Auf wiederholte Anfragen wird mitgeteilt, daß bei Herrn Pätzsch in Wilhelmshagen (N.B.), Kronprinzenstraße, keine Differenzen bestehen, sondern daß das Lokal nach wie vor frei ist.

In Lichtenberg hat das Lokal von Wentes Volksgarten den Besitzer gewechselt. Der jetzige Inhaber Herr Schröder stellt uns sein Lokal zu den alten Bedingungen zur Verfügung.

In Schmöckwitz (T.B.) ist das Lokal von Scholands Gesellschaftshaus in der Lokalliste als frei nachzutragen.

In Baunsee ist das Lokal „Fährtenhof“ bis auf weiteres geschlossen und daher von der Liste zu streichen.

In Rauen (T.B.) hat der Gasthof von Kroatid den Namen geändert und heißt jetzt „Gasthof zu den Rauenern Bergen“.

In Tempelhof (T.B.) steht uns das Lokal „Zum Kurfürsten“ (Inhaber Winkelmann, früher Kreideweiß) nicht zur Verfügung und ist daher streng zu meiden.

In Charlottenburg steht uns das Lokal „Zum Charlottenburger Pferdemarkt“, am Königsberg, Ind. Bretschneider, zu allen Veranstaltungen zur Verfügung.

Weiter wird aus aus Charlottenburg mitgeteilt, daß der Gesangsverein „Freundschaft“ am Sonntag, den 31. März (Palmsonntag) im Kaiser-Friedrich-Park, Berliner Str. 88, ein Vergnügen veranstaltet und versucht in Arbeiterkreisen Willkür umzusetzen. Da uns das genannte Lokal nicht zur Verfügung steht, bitten wir, die Willkür zurückzuweisen.

Die Lokalkommission.

Dritter Kreis. Die Flugblattverbreitung der 4. Abteilung findet am Sonntag von Dettje, Ritterstraße 82, die der 7. Abteilung von Denoit, Ludauer Straße 6 aus statt. Der Vorstand.

Die Kreis-Generalsversammlung der sozialdemokratischen Wahlvereins für Nieder-Varnim

tagt am Sonntag, den 10. März 1912, vormittags 10 Uhr, im Café Bellevue in Rummelsburg, Hauptstr. 2.

Auf der Tagesordnung steht: 1. Tätigkeitsbericht vom 1. Juli bis 31. Dezember 1911. 2. Rückblick auf die Reichstagswahl. 3. Stellungnahme zur Verbands-Generalsversammlung Groß-Berlins. 4. Erledigung der eingegangenen Anträge.

Zur Teilnahme sind verpflichtet: Die gewählten Delegierten, die Bezirksleiter und die Vorstandsmitglieder.

Die Parteimitglieder, die den Verhandlungen als Gäste beizuwohnen wollen, haben als Legitimation ihr Mitgliedsbuch vorzuzeigen. Der Kreisvorstand.

Steglitz. Am Sonntag, den 10. März, morgens 8 Uhr, von den Bezirkslokale aus: Flugblattverbreitung.

Ferner werden die Genossen und Genossinnen aufgefordert, sich an den beiden Wahltagen (Montag und Dienstag) des Nachmittags von 4 Uhr an für die Wahlarbeit zur Verfügung zu stellen, und zwar für den 1. Bezirk bei Schellhase, Ahornstr. 15a und für den 2. Bezirk bei Clement, Däppelstr. 7. Das Zentralwahlbureau für die Wahltag befindet sich bei Jädel, Körnerstr. 4, Ecke Köpcke-Str. 26.

Zehlendorf (Wannseebahn). Morgen Sonntag, früh 1/8 Uhr, von allen Bezirken aus: wichtige Flugblattverbreitung. Nachmittags 8 Uhr bei Wied, Karlsruh. 12: Öffentliche Gemeindevählerversammlung. Alle Wähler mit ihren Frauen sind dazu dringend eingeladen. Das sozialdemokratische Wahlkomitee.

Treptow-Baumgartenweg. Heute abend von 7 Uhr an: Wichtige Flugblattverbreitung. Für die Genossen der Bezirke 5, 9, 10, 11, 12 Treffpunkt bei Schulte, Am Treptower Park 87; für die der Bezirke 6, 7, 8 Treffpunkt bei Runge, Eisenstr. 106. Die Genossen der Bezirke 1-4 treffen sich bei Erbe, Baumgartenstr. 14. Nicht eines jeden ist es, am Samstag der Wahl tagtäglich einzugreifen. Der Vorstand.

Tempelhof. Heute Sonnabend, von 7 Uhr abends ab, treffen sich die Genossen aller Bezirke im Genossenschafts-Wirtshaus, Dorfstraße 80, zur Flugblattverbreitung.

Sonntag, den 10. d. Mts., mittags 12 Uhr, im Genossenschafts-Wirtshaus, Dorfstr. 80: Öffentliche Gemeindevähler-Versammlung. Tagesordnung: Die bevorstehenden Gemeinderatswahlen. Referent: Stadtd. Ritter-Berlin. Diskussion.

Kreuzberg. Heute abend 8 1/2 Uhr findet im Wilden Eber, Gieselerstr., unser Wintervergügen statt. Die Mitglieder werden ersucht, sich recht zahlreich daran zu beteiligen. Für Unterhaltung und Ueberraschungen ist reichlich Sorge getragen. Eintrittsgeld wird nicht erhoben. Die Bezirksleitung.

Wrisleben. Morgen Sonntag: Flugblattverbreitung zur Gemeindevahl. Mittwoch, im Lokal Bellevue, II. Canal: Mitgliederversammlung, in welcher Stadtverordneter Genosse Scholz-Kreuzfeld über die nächsten Aufgaben des Reichstags spricht. Der Vorstand.

Genstein. Heute Sonnabend, abends 6 1/2 Uhr, vom Genossen Oldenburg aus: Flugblattverbreitung.

Lichtenberg. Sonntag früh 8 Uhr: Flugblattverbreitung von den bekannten Stellen aus.

Reinickendorf-Ost. Eine Flugblattverbreitung findet morgen Sonntag, früh von 8 Uhr ab, für den 3. Kommunalwahlbezirk statt. Er umfasst alle östlich der Sonntagstraße gelegenen Straßen, also die Provinzstraße mit ihren Seiten- und Nebenstraßen. Beteiligt sind Teile vom 1. und 2., ferner der 6., 7., 8., 9. und 10. Wahlvereinsbezirk.

Nieder-Schönhausen-Nieder-Schönhausen-West. Sonntag, den 10. März, früh 8 Uhr, von den bekannten Stellen aus: Handzettelverbreitung. Die Bezirksleitung.

Tegel. Morgen Sonntag, den 10. März, vormittags 8 Uhr: Flugblattverbreitung von den bekannten Bezirkslokalen aus. Die Bezirksleitung.

Spanbau. Sonntag, den 10. März, nachmittags 3 1/2 Uhr findet im Lokal von Müller, Rannendamm, Siemensstr. 28, für Rannendamm, Gieselerstr. und Sternstraße eine öffentliche Frauenversammlung statt. Tagesordnung: Die Befreiung der Frau durch den Sozialismus. Referentin: Frau Anna Patzschke-Berlin. Diskussion.

Des Weiteren findet nachmittags 4 Uhr im Lokal des Herrn Ambos in Gladow a. N. eine öffentliche Kommunalwähler-

versammlung statt, in welcher Stadtverordneter Genosse Wilhelm Pieper-Spanbau über die bevorstehende Gemeindevortreterwahl in Gladow referieren wird. Ein jeder agitiere für guten Besuch dieser Versammlungen. Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Die neue Telefunkenstation in Rauen.

Ein neues Wunder der Technik, ein neuer Triumph angewandter Wissenschaft ist in den letzten Monaten da draußen am Rande des Havelländischen Landes entstanden. Die Gesellschaft für drahtlose Telegraphie hat auf ihrem vier Kilometer von Rauen entfernt liegenden, von überschwemmten Wiesen und Sümpfen umgebenen Terrain ihre ehemalige, schon damals nicht unbedeutende „Versuchstation“ zur stärksten und wirksamsten Telefunkenstation der Erde gemacht. Denn gleich man auch vorerst noch die Resultate der die Reichweite der Station feststellenden Versuche — für die sich auch die Militärbehörden außerordentlich interessieren — geheimgehalten werden, so muß man doch annehmen: daß das Wirkungsfeld, das schon bei der alten Station fast bis nach New York und Kamerun reichte, sich möglichst weit über die ganze nördliche Halbkugel ausbreiten wird.

Gleich einer riesigen Fahnenstange strebt das schlank eiserne Gerüst — der Rauerer Eisselturm — 200 Meter aus der Niederung in die Luft hinauf. Ein althetisches Meisterwerk ist der von zahlreichen mächtigen Stahltrassen gehaltene Turm nun gerade nicht; aber vom technischen Gesichtspunkte aus vermag er den weitgehendsten Anforderungen gerecht zu werden. Und die sind bei der leitungslosen Telegraphie nicht gering. Nicht nur, daß man, um große Reichweiten zu erzielen, die Antenne (Drähte, die den hochgespannten Strom in die Atmosphäre hinausstrahlen) möglichst weit über den Erdboden aufhängen muß und dazu eines sehr hohen Turmes bedarf, die eigentliche Schwierigkeit liegt darin: den in den Turm hineingeschickten hochgespannten Strom gegen Erdschluß zu sichern. In Rauen hat man auf den alten Turm, der 100 Meter hoch war, noch einen Oberteil von 100 Metern — aber von geringerem Durchmesser — Höhe aufgesetzt. Ein Ringelgelenk verbindet beide Teile. Der Querschnitt des Turmes ist wegen des ungeheueren Winddruckes dreieckig. Um sich dagegen zu sichern, daß der in den Turm geleitete Betriebsstrom auf dem nächsten Wege in der Erde verschwindet, ruht das gewaltige Gewicht des eisernen Baues auf drei mächtigen Isolatoren. Dieses tragende und isolierende Fundament wird von in der Erde verenkten, aus dicken Glasplatten zusammengefügten Säulen gebildet.

Die von der Spitze des Turmes strahlenförmig nach allen Richtungen sich ausbreitenden Drähte enden an neunzehn kleineren Türmen, die in einem Kreise von 800 Meter Durchmesser den Hauptturm umgeben, deren Verankerung übrigens ebenfalls vorsichtig isoliert ist.

Während man sich früher mit einer Lokomotive zur Stromerzeugung begnügte, bezieht man jetzt von der Hochspannungszentrale in Spandau einen Drehstrom von 15 000 Volt Spannung. In einem neuen stattlichen Gebäude wird dieser Drehstrom in Gleichstrom von 220 Volt und dann in einen Wechselstrom von 1000 Volt Spannung umgeformt. Dieser zur Erzeugung von Ketherwellen besonders geeignete Strom geht dann noch durch einen Transformator und eine Batterie Leydener Flaschen, die er mit der ungeheueren Spannung von 180 000 Volt verläßt. Es gilt nun, diesen gefährlichen Strom aus dem mit Eisenmassen angefüllten Hause hinaus zu bekommen, keine leichte Aufgabe, zumal ein solcher Strom kaum noch zu isolieren ist. Jedenfalls wäre seine Durchleitung zwischen Steinmauern nicht möglich gewesen. Man durchbrach daher das Dach und setzte einen kleinen Turm auf, dessen Wände von dicken Glasplatten — dem besten Isolationsmaterial — gebildet sind. Trotzdem sind die Durchführungsstellen der Kabel, die den höchst gefährlichen Strom zu der Turmspitze hinauf führen sollen, mit starken Porzellanröhren und dicken Gummitüllen umgeben. Die schon einem Blitzstrahl sich nähernde gewaltige Kraft dieser Spannung bringt es mit sich, daß bei einem Ueberspringen des Stromes eine blendendweiße Flamme entsteht.

Infolge der außerordentlichen Lebensgefahr darf der Raum, in dem die sehr komplizierten und umfangreichen Apparate zur Erzeugung der Ketherwellen aufgestellt sind, während des Betriebes von niemandem betreten werden. Der Telegraphist hat daher einen besonderen, von starken Glasscheiben abgeschlossenen Nebenraum. Von hier kann er durch Hebel usw. die ganze Anlage bedienen.

Sollte sich auch nur ein Teil der weitgehendsten Hoffnungen erfüllen, zu der die neue Telefunkenstation in Rauen Anlaß gab, so hätte sich ja dieses System noch mehr wie bisher das Uebergewicht gegenüber dem Marconi-System gesichert. Zu wünschen wäre aber dabei vor allem, daß dieser großartige Triumph des Menschengenies nicht nur zu einem kapitalistischen Spekulationsunternehmen wird, sondern im allgemeinen Interesse der Gesellschaft, zur Förderung von Verkehr und Handel, sowie zur Sicherung der Schiffahrt durch Vermittlung von Weiternachrichten usw. verwendet wird.

Es sei hier noch bemerkt, daß eine innere Befestigung der Station ohne schriftliche Erlaubnis von der Direktion der Gesellschaft für drahtlose Telegraphie: Berlin S.W., Tempelhofer Ufer 9, nicht gestattet ist.

Die Säuglingssterblichkeit in Berlin

hat im Jahre 1911 leider eine Zunahme gehabt. Seit einer Reihe von Jahren war sie hier im Rückgang begriffen, den man sich nicht lediglich aus der Verringerung der Geburten zu erklären hatte. In 1911 aber ist, wiewohl die Geburten sich weiter

vermindert haben, plötzlich wieder eine Mehrung der Säuglingssterbefälle eingetreten.

Die fünf Jahre 1906—10 hatten für Berlin 9111, 8295, 8250, 7187, 6935 Sterbefälle von Kindern des ersten Lebensjahres gebracht, im Jahre 1911 dagegen starben 7455 Kinder dieses Alters. Die Vergleichung mit der Zahl der Kinder, die in den betreffenden Jahren in Berlin lebend geboren wurden, ist selbstverständlich kein fehlerfreier Maßstab. Sie kann aber doch eine ungefähre Vorstellung davon geben, wie weit die Geburtenminderung an dem Rückgang der Säuglingssterblichkeit beteiligt ist. In den Jahren 1906—10 wurden lebend 51 454, 50 984, 49 205, 45 949, 44 168 Kinder geboren, und für das Jahr 1911 ergeben die vorläufigen Meldungen 42 832 lebend geborene Kinder (deren Zahl durch die Nachträge sich nicht viel erhöhen wird). Gegenüber je 1000 Lebendgeburten jedes Jahres wurden aus den Jahren 1906—10 177, 163, 188, 156, 157 Säuglingssterbefälle gemeldet, in 1911 dagegen fanden je 1000 Lebendgeburten wieder 174 Säuglingssterbefälle gegenüber.

Will man diesen Maßstab gelten lassen, so haben wir für 1906—10 einen zwar nicht ununterbrochenen, aber doch sehr deutlichen Rückgang der Säuglingssterblichkeit. 9111 Sterbefälle in 1906 und 6935 Sterbefälle in 1910, das bedeutet einen Rückgang um 24 Proz. der Zahl aus 1906. Bei Berücksichtigung der gleichzeitigen Verringerung der Geburten erscheint die Verringerung der Sterbefälle nicht mehr so beträchtlich, aber 177 Sterbefälle bei je 1000 Lebendgeburten in 1906 und 157 Sterbefällen bei je 1000 Lebendgeburten in 1910 bedeuten immer noch eine Ermäßigung um 11 Proz. In schroffem Gegensatz zu der Abwärtsbewegung, die wir bei den Jiffern der Säuglingssterblichkeit des letzten Jahresfinfts sehen, steht das Ergebnis des Jahres 1911. Bei Berücksichtigung der Geburtenminderung tritt hier eine Jiffen auf, die fast wieder so hoch ist wie die aus 1906.

Ueber die Ursache des plötzlichen Umschwungs zum Schlechteren kann niemand in Zweifel sein. Die ganz ungewöhnlichen Witterungsverhältnisse des Sommers von 1911 sind es, die zu dieser beträchtlichen Steigerung der Säuglingssterblichkeit geführt haben. Das wird sofort klar, wenn man sieht, daß diesmal allein in den drei heißesten Monaten Juli, August, September 702, 1345, 834, zusammen 2881 Säuglinge starben, während im vorhergehenden Jahre die damals heißesten Monate Juni, Juli, August nur 694, 648, 753, zusammen 2125 Säuglingssterbefälle brachten. Im besonderen starben im Juli, August, September 1911 an Darmkatarrh zusammen 1069 Säuglinge, an Brechdurchfall zusammen 561 Säuglinge, dagegen im Juni, Juli, August 1910 an Darmkatarrh zusammen 689 Säuglinge, an Brechdurchfall zusammen 268 Säuglinge.

Man hat den Rückgang der Säuglingssterblichkeit in Berlin, den wir in den Jahren vor 1911 gehabt haben, aus der Tätigkeit der Berliner Säuglingsfürsorgestellen zu erklären versucht. Der Beweis ist schwer zu führen, aber glaubhaft erscheint die Annahme, daß diese von den Säuglingsfürsorgestellen erwartete Wirkung bereits eingetreten ist und sich von Jahr zu Jahr mehr bemerkbar macht. Berlin hatte noch in den Jahren 1903, 1904, 1906 bei 47 826, 48 910, 49 461 Lebendgeburten 9452, 9783, 10 170 Säuglingssterbefälle, das sind 198, 200, 206 Säuglingssterbefälle gegenüber je 1000 Lebendgeburten. Im Jahre 1905 wurden dann unsere ersten Säuglingsfürsorgestellen eröffnet.

Darf man Hinblick auf die erneute und sehr bedeutende Mehrung der Säuglingssterbefälle, zu der es im Jahre 1911 gekommen ist, behauptet werden, daß die auf die Fürsorgestellen gesetzten Hoffnungen doch getäuscht worden seien? Mit Spannung war darauf gewartet worden, wie die Säuglingsfürsorgestellen in einem besonders heißen Sommer sich behaupten würden, und nun haben wir im Sommer 1911, dem ersten ungewöhnlich heißen seit Einrichtung der Säuglingsfürsorgestellen, wieder diese erschreckende Steigerung der Säuglingssterblichkeit erleben müssen. Dennoch möchten wir nicht von einem Mißerfolg sprechen. Die Witterungsverhältnisse dieses Sommers wichen so sehr von der Norm ab, daß er bei der Beurteilung der Erfolge unserer Säuglingsfürsorgestellen vielleicht besser ganz außer Betracht zu lassen ist. Sicherlich wäre in den heißen Monaten des Jahres 1911 die Zahl der Säuglingssterbefälle in Berlin noch erheblich höher gewesen, wenn nicht die Fürsorgestellen in fünfjähriger Tätigkeit schon einige Aufklärung über die Pflege der Kinder verbreitet hätten.

Die Säuglingsfürsorgestellen können nicht die Rot Deseitigen, die eine Hauptursache des Massensterbens der Säuglinge ist. Wir wissen, daß auch die sogenannte Stillprämie für mit der Brust nähernde Mütter und die zu ermäßigtem Preise oder ganz umsonst gelieferte Kindermilch für Flaschenkinder oft nicht mehr als ein Tropfen auf einen heißen Stein sind. Aber die Fürsorgestellen können den Müttern manchen Fingerzeige geben, dessen Befolgung bei einigermassen erträglichen Wohnungsverhältnissen und bei einem leidlich geordneten Familienleben sich wohl durchführen läßt. Im „Vorwärts“ ist daher immer wieder auf die Säuglingsfürsorgestellen hingewiesen und ihre Benutzung dringend empfohlen worden.

Eine Vermehrung der Säuglingsfürsorgestellen bis auf eine wirklich ausreichende Zahl ist sehr zu wünschen. Zurzeit bestehen nur die folgenden sieben: I. Wilmersstr. 97, für die Stadtbezirke 1—10, 145—166, 168—188, 189a, b, c, 190b, c, e, 195—201; II. Eljafer Str. 27, für die Stadtbezirke 202—245, 251—253, 254b, 255—260, 263—274; III. Ugenhagenstr. 7 (Markthalle Arminiusplatz), für die Stadtbezirke 11—14, 279—304; IV. Raunonsstr. 63, für die Stadtbezirke 15—19, 22—23, 72—74, 76—144, 167a, b, c; V. Bankstr. 15, für die Stadtbezirke 25a, c, d, e, 261, 262, 275 bis 278, 305—325; VI. Großbeerenstr. 10, für die Stadtbezirke 29, 31, 29—71, 76a, b; VII. Wärbter Str. 45, für die Stadtbezirke 189d, 190a, d, 191—194, 246—260.

In Saden der Nord-Südbahn hat kürzlich zwischen Vertretern des Magistrats und des Polizeipräsidenten im Polizeipräsidium eine Besprechung stattgefunden, die zu einer Verständigung über schwebende Fragen führte. Der Magistrat hat in seiner gefälligen Sitzung beschlossen, daß mit den Vorarbeiten für die Nord-Südbahn und zwar zunächst mit der Verlegung der Leitungsröhren alsbald begonnen werden soll.

Beim Spielen in die Spree gestürzt und ertrunken. Einen traurigen Tod hat der fünfjährige Sohn des Schiffers Sabotta gefunden. Der Knabe hatte mit anderen Kindern am Ufer der Oberspree herumgepielt. Die Kleinen wagten sich dabei auf einen in der Nähe des Seiden Vorkahnes vor Anker liegenden Brahm hinauf, wobei der Sohn des S. das Gleichgewicht verlor und kopfüber ins Wasser stürzte. Die Spielgefährten bemerkten es sehr mit der Angst zu tun, und anstatt Hilfe herbeizurufen, ranzten sie eifrig davon. Erst als die Eltern den Anaben bemerkten, erfuhr man von dem Unfall, doch war es nun zu spät. Nur noch die Leiche des Kleinen vermochte man zu bergen.

Selbstmord eines Zahnmanns. In seiner Wohnung in der Wognerstraße 89 hat am Donnerstagnachmittag der Schuhmann

Ringer, der beim Postgeländebau in Lichterberg beschäftigt war, Selbstmord verübte. Während seine Familie gestern einer Festlichkeit in Berlin beimohlte, erlöschte sich er mit seinem Dienstreisender, irgendwelche Aufzeichnungen, die einen Verweigerung zu der Tat angeben, hat der Tote nicht hinterlassen.

Zu dem dreifachen Verbrechen in der Alten Jakobstraße wird mitgeteilt, daß der verhaftete Täter, der Schlosser Oswald Trenkler, im Lazarett des Untersuchungsgefängnisses liegt. Sein Verbrechen ist sehr schrecklich. Trenkler ist durch die aufregende Untersuchung bei seinem ohnehin kranklichen Zustande so geschwächt worden, daß es vorläufig nicht mehr zu seiner Aburteilung kommen wird. Trenkler wird auch auf seinen Verweigerung hin untersucht. Um die furchtbaren Verletzungen besser erkennen und feststellen zu können, hat der Gerichtsarzt Dr. Strauch den zertrümmerten Schädel des letzten Opfers, des Juweliers Schulze, wieder hergestellt. Dabei hatte er nicht weniger als 30 kleine Knochenstücke kunstgerecht wieder zusammenzufügen. An der Hand dieser Wiederherstellung soll festgestellt werden, ob die furchtbaren Verletzungen von einem Werkzeug, wie Trenkler es benutzte haben will, herzuführen können. Das Werkzeug selbst ist nicht gefunden worden. Man hat aber noch den Angaben Trenklers und einer Zeichnung, die er entwarf, eine Nachbildung anfertigen lassen.

Ein Anschlag auf einen Chauffeur ist Donnerstagnachmittag in der Nähe von Babelsberg verübt worden. Der Kraftwagenführer Adolf Grundmann aus der Holzgasse Straße 48, ein Mann von 46 Jahren, der verheiratet und Vater von zwei Söhnen ist, wurde Donnerstagnachmittag am Bahnhof Charlottenburg von zwei jungen Männern zu einer Fahrt nach Babelsberg angenommen unter dem Vorwand, daß dort eine Dame zum Theater abgeholt werden sollte. Kurz vor Babelsberg ließen die Fahrgäste halten und schossen in demselben Augenblick durch die Scheiben hindurch den Fahrer nieder, um ihn zu töten. Als ein anderer Wagen in diesem Augenblick nahe, entließen die Verbrecher ohne Beute. Der Heberfallene, der einen Schlag in den Hinterkopf erhalten hatte, wurde nach dem Krankenhaus in Waidbrunn gebracht. Während man erst das Schicksal für ihn befürchtete, konnten die Ärzte nach der Operation gestern morgen schon feststellen, daß eine Lebensgefahr nicht mehr vorliegt. Von dem Verletzten eine ausreichende Beschreibung der Täter zu erlangen, war bisher noch nicht möglich. Um so schwieriger ist die Verfolgung der Verbrecher.

Ein Opfer des Spandauner Bankroths. Der Selbstmord eines Spandauner Stadtrats, des 50 Jahre alten Rautenwebers Emil Müller, ereignet in unserer Nachbarschaft großes Aufsehen. Müller, der das Amt eines unbesoldeten Stadtrats bekleidete, hat sich in seiner Wohnung in der Schadowstraße 6 Donnerstagnachmittag durch einen Schuß in die Schenkel getötet. Er soll bei dem Zusammenbruch des Spandauner Bankgeschäfts den Rest seines Vermögens verloren haben und darum in Zahlungsunfähigkeit geraten sein.

Zu dem Raubmordversuch am Spittelmarkt ist neues von Bedeutung mitzuteilen. Der Räuber Pyttlid ist noch immer nicht ermittelt. Die Kriminalpolizei hat verschiedene Siftierungen vorgenommen, aber ohne den Täter zu fassen. Bei solchen Siftierungen scheint es manchmal recht wahllos zuzugehen, und man muß schon verlangen, daß nicht ohne weiteres ohne Unterlagen zu Verhaftungen geschritten wird. Am Mittwoch wurde auf dem Schlesischen Bahnhof ein junger Mann verhaftet. Ein Arbeiter namens Nikolaj glaubte sich die ausgeübte Belohnung von 200 M. für die Ergreifung des Pyttlid verdienen zu können. Er ging zur Polizei und ließ einen jungen Mann festnehmen, mit dem er sich vorher ganz harmlos unterhalten hatte. Die Festnahme erfolgte durch zwei Soldaten der Wache 45 in der Fruchtstraße in der bekannten zarten Weise. Der Festgenommene wurde gefesselt und dann vorwärts geführt, unter großem Auflauf natürlich. Auf der Wache wurden ihm in recht rigoroser Weise die Papiere abgefordert. Trotzdem der junge Mann nachweisen konnte, daß er am selben Tage bis Mittag in der Nähe gearbeitet hatte, was auch durch Nachfragen beim Arbeitgeber festgestellt wurde, und trotzdem auch seine Wohnung und seine Eltern durch Telephonat sehr leicht erreichbar waren, wurde er festgehalten und nach dem Polizeipräsidium geschafft. Hier ließ man denselben die Zeit bis zum nächsten Vormittag auf einer Holzbank verbringen, worauf er durch den Kriminalkommissar Neumann einem Kreuzverhör unterworfen wurde.

Trotz man auch den Eltern dadurch große Mühe und Sorge bereitet, dieser Gedanke scheint den Polizeigewaltigen gar nicht gekommen zu sein. Die Aufsicht des jungen Mannes stellte sich bald heraus, und er wurde dann entlassen.

Es kann sicher und jede leicht ein Unschuldiger in einen Verdacht geraten, oder die Polizei sollte zunächst die Pflicht haben, die Siftierungen ausschließlich zu behandeln. Besonders verlegend sollen sich untere Aufstiegsbeamte im vorliegenden Falle durch hässliche Bemerkungen benennen haben. Es muß unter allen Umständen scharf gerügt werden, daß Verhaftungen ohne jede tatsächliche Unterlage erfolgen und die Betroffenen behandelt werden, als seien sie die Täter. Schließlich sei noch bemerkt, daß auch selbst die Täter nur vom Gericht verurteilt werden, und daß die Polizei lediglich die Aufgabe hat, Feststellungen zu machen.

Die Geschirrtische, „Spezialisten“, die von Zeit zu Zeit fast handlungsfähig aufzutreten pflegen, treiben es jetzt wieder arg. Besonders in einzelnen Vierteln ist kein Stall und keine Remise mehr sicher vor ihnen. Der Täterhaufen verächtlich sind zwei Leute, ein größerer und ein kleinerer, die man an mehreren Stellen gesehen hat. Sie brechen fast immer in den frühesten Morgenstunden in die Ställe und Remisen ein, packen die Geschirre in Säcke und legen sie entweder weg oder schaffen sie mit einem Handwagen nach einem Bergfeld oder zu ihren Heibern. Der ihre Abnehmer sind, ließ sich noch nicht feststellen.

Der Zeitungshandel am Sonn- und Festtagen. Das Polizeipräsidium teilt mit: Im Einverständnis mit den zuständigen Herren Ministern wird gemäß § 1 des Ortsstatuts Berlin vom 14. Oktober 1911 der Zeitungshandel an Sonn- und Festtagen auf den Winter auch für die Zeit von 8 bis 10 Uhr vormittags und der Zeitungshandel allein im Sommer auch noch für die Zeit von 12 bis 2 Uhr nachmittags gemäß § 106e der Gewerbeordnung bis zum 1. Oktober 1912 in offenen Verkaufsstellen zugelassen.

Zur Groß-Berlin. Am Sonntag, den 10. März, mittags 12 Uhr, wird in der Bremer Friedr. Schindler die zweite öffentliche Versammlung des neuen, unter dem Vorsitz von Bernhard Dernburg gebildeten Propagandaausschusses „Für Groß-Berlin“ stattfinden. In der Versammlung wird sich die am letzten Sonntag verabschiedete Tagesordnung besprechen. Das Thema des Vortragenden ist wieder die Frage: Was erwarten wir vom Zweidrittelband?, doch soll diesmal noch mehr Gewicht auf die Erörterung positiver Vorschläge gelegt werden.

Als Vorkonzert-Abend bracht am Sonntag, den 10. März, abends 6 Uhr, im großen Saale des Gewerkschaftshauses die Ortsgruppe Berlin des Arbeiter-Abklingbundes ihre diesjährige Jubiläumfeier. Mitwirkende sind: Männerchor „Verde“ (M. v. A. S. B.), ein Frauenchor (Hel. Becker, Böhm und Fabricius), Ref. Wally Kuffel (Regulation). Trotz des reichhaltigen Programms beträgt der Eintritt für Gäste nur 30 Pf.

Im Wissenschaftlichen Theater der Urania gelangt der mit zahlreichen farbigen Bildern und Wandepigrammen ausgestattete Vortrag: „Der Großglöcker, Galtin und die Salzburger Alpen“ in dieser Woche noch allabendlich zur Darstellung. Am Sonnabend, nachmittags wird noch einmal der Vortrag: „Von Meron zum Orler“ zu kleinen Preisen wiederholt. Im Februar spricht am

Montag Konstruktionsingenieur A. Keffner über: „Eisen- und Metallgießerei“; am Dienstag Dr. W. Berndt über: „Geschichte und Höben kultureller Entwicklung“, und am Freitag Dr. H. Hofe über: „Schutz der geologischen Naturdenkmäler“. Im großen Saal der Urania-Sternwarte in der Invalidenstrasse spricht am Dienstag Dr. H. Kripfinger über: „Kometen und andere Wunderzeichen am Sternenhimmel“.

Vom Flugplatz Johannisthal. Gestern nachmittags um 5,30 Uhr flog Hoffmann auf einem Darlan-Eindecker mit vier Passagieren auf und landete um 6 Uhr 2 Minuten 33 Sekunden. Er ist somit 32 Minuten 33 Sekunden mit vier Passagieren geflogen und hat damit einen neuen Weltrekord aufgestellt.

Vorort-Nachrichten.

Wilmerödorf.

Magistrat und Parteipolitik. Wie überall, so stehen auch in Wilmerödorf der freien Turnerschaft diejenigen Turnvereinigungen gegenüber, die unter reichstreuher Firma Klümmzüge machen. Diesen Vereinen gibt die Stadt einen Zuschuß, wohingegen die Stadtverordnetenversammlung den Arbeiterturnern die voriges Jahr von den sozialdemokratischen Stadtverordneten beantragte Unterstützung verweigert hat. Angehlich wollten Magistrat und Stadtverordnetenmehrheit nicht den Verdacht erwecken, daß sie einer, wenn auch mit Unrecht der politischen Parteitätigkeit bezichtigten Organisation Beihilfe gewährt. Wo nun im Gegensatz zu anderen Gemeinden Wilmerödorf in dieser Hinsicht eine peinlich strenge Anschauung vertritt, sollte man meinen, daß die städtischen Körperschaften nach jeder Richtung hin das Gebot der Neutralität zu beachten suchen. Wie ungeniert man sich jedoch über dies Gebot hinwegsetzt, zeigt eine Position, die sich im diesjährigen Etat findet. Um der sozialdemokratischen Jugendbewegung das Wasser abzugraben, sind eine Anzahl Vereinigungen mit recht widerstrebenden Zwecken unter einen Hut gebracht worden. Es befinden sich in dieser Gesellschaft die patriotischen Turnvereine, etwelche katholische und evangelische Jungfrauen- und Jünglingsvereine und die städtische Fortbildungsschule. Alle diese Organisationen sind als Wilmerödorfer Ortsausfluß für Jugendpflege zusammengefaßt, und der Magistrat beantragt, diesem Ausschuß für das nächste Etatsjahr 1500 M. Unterstützung zu gewähren. Soweit hat nach außen hin die Sache noch ein ziemlich unverständliches Ansehen; und von der Angenommenheit würde nicht viel Aufsehen gemacht werden, wenn nicht dieser Tage ans Licht gekommen wäre, wer denn hinter dem Ortsausfluß steckt. Da hat sich denn nun unwiderleglich ergeben, daß die Arrangure der ganzen Sache im Vorstände der konservativen Parteioberorganisation des Ortes, dem Verein reichstreuher Männer“ sitzen. Daß diese Organisation zugleich die Zentrale des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie darstellt, sei nur nebenher bemerkt. Ausdrücklich steht im Programm des Ortsausflusses, daß überhaupt nur Vereine mit patriotischem Eifer der Unterstützung würdig sein sollen; und die vom Magistrat zugelassene Verbindung der Fortbildungsschule mit dem auf Förderung der konservativen Sache gerichteten Bestreben erweckt die patriotische Hoffnung, die bis dahin noch unorganisierten jungen Leute im konservativen Sinne zu drillen. Nach außen hin wirkt das ganze Arrangement um so peinlicher, als das Vorstandsmittglied des konservativen Vereins, dem die Jugendpflege in die Hand gegeben ist, ein Stadtrat, also zugleich Mitglied des Magistrats ist. Die unrige Angliederung der Jugendpflege an konservativen Parteibeistrebungen soll denn, wie wir erfahren, selbst in nationalliberalen Kreisen sehr verurteilt haben. Auf alle Fälle wird der Magistrat sich darauf gefaßt machen müssen, daß die Sozialdemokraten in der Stadtverordnetenversammlung von ihm Rechenschaft fordern.

Zum Versteckspiel wird uns geschrieben: Allen Anschein nach geht der Konflikt, über den wir am Dienstag berichteten, in diesen Tagen zu Ende. Den Streikenden haben die Streikenden schon heute in der Tasche, da sich Arbeitswillige in nennenswerter Anzahl dem Magistrat nicht zur Verfügung gestellt haben. Der Magistrat hat in dem ganzen Streit eine Zurückhaltung geübt, die Zeugnis davon ablegt, daß es in unserer materialistischen Zeit doch noch Menschen gibt, die sich das Bistillwort Matthäi 5, 23 zu Herzen nehmen. Während die Streikenden mit aller Rücksichtslosigkeit ihre Interessen verfolgen, soien es der städtischen Behörde weisentlich darauf anzukommen, nach außen hin den Eindruck frommer Friedfertigkeit zu erwecken. In der Wilmerödorfer Lokalpresse legte die Armenverwaltung strenge Verwarnung gegen das durch böse Menschen verbreitete Gerücht ein, daß sie es sei, die die Notiz in der Dienstagsnummer des „Vorwärts“ veröffentlicht habe; und als die Streikenden ferner in der Lokalpresse die Mittelung beachten, daß der Kgl. der Armenverwaltung mit den Rechnungen erfreute, vollkommen korrekt gehandelt habe, schwebte der Magistrat ebenfalls still. Gerechtigkeit erhöht ein Volk; und so erwarten wir denn, daß auch in dem von uns gewiß nicht herbeigewünschten Falle eines Konflikts zwischen Magistrat und städtischen Arbeitern nach gleichen Prinzipien gehandelt werde. Ueberläßt der Magistrat der Arbeiterorganisation die Entscheidung über Recht und Unrecht, wenn nach seiner Ansicht ein Arbeiter etwa zubiel Lohn verlangt hat, so sind wir die letzten, die gegen diesen sich aus dem Herzeltreiß ergebenden Brauch etwas einzunwenden haben, wie denn überhaupt bei einem solchen Konflikt dem Magistrat die im Kertze freiz geübte Saufmut gar nicht dringend genug ans Herz gelegt werden kann.

Groß-Lichterfelde.

Die diesjährige Stadtverwaltung in der Gemeindevertretung verläuft so, wie sie alle Jahre zu verlaufen pflegt: eintönig, nichtsagend, ohne irgend welches Interesse an höheren kommunalpolitischen Zielen. Von sozialen Gesichtspunkten natürlich ganz zu schweigen. Die sind in Groß-Lichterfelde überhaupt verboten. Der Gemeindevorsteher gab in seinem einleitenden Referat eine Uebersicht über die finanzielle Lage der Gemeinde, die nach seiner Meinung eine günstige sei, obwohl zur Belangung des Etats die Heranziehung des Steuerausgleichsfonds notwendig geworden sei. Die Diskussion bewegte sich nur an der Oberfläche und nach etwa einstündiger Besprechung wurde der Gemeinde-Haushaltsplan der Staatskommission überwiesen. Wir teilen in Nachfolgendem die wichtigsten Ziffern aus demselben mit. Der Gemeindecetat schließt ab für die ordentliche Verwaltung mit 3 001 241 M., für die außerordentliche mit 1 086 520 M., also mit insgesamt 4 087 761 M. Die Kosten der allgemeinen Verwaltung sind mit 335 60 M., jene der Polizeiverwaltung mit 167 540 M. in Ansatz gebracht. Feuerwehr und Straßenreinigung erfordern 117 000 M., Straßenbeleuchtung 67 600 M. Die Ausgaben der Armenverwaltung sind um 8000 M. höher als im Vorjahr; sie sind mit 108 000 M. in den Etat eingestellt. Bezüglich der Schulden braucht Lichterfelde durchaus keine Konkurrenz zu scheuen; mit Ende März 1912 werden die Schulden nahezu zehn Millionen betragen, denen ein Gemeindevermögen von zirka 13 Millionen gegenübersteht. Besonders lehrreich ist das Kapitel über die Schulden. Der Gesamtzuschuß für das Schillergymnasium beträgt 116 270 M., für das Realgymnasium 96 775 M., für die Oberrealschule 118 861 M., für die Krahmerische höhere Mädchenschule 68 900 M. Insgesamt kosten also der Gemeinde die höheren Schulen einen Zuschuß von 404 706 M. Die Gesamtkosten der Gemeindegeldern betragen sich nur auf 367 143 M. Auf einen Schüler des Schillergymnasiums entfällt ein Zuschuß der Gemeinde von 222,54 M., des Realgymnasiums von 197,50 M., der Oberrealschule von 217,95 M., der Krahmerischen Mädchenschule von 192,14 M., für einen Gemeindegeldnehmer leistet die Gemeinde einen Zuschuß von nur 99,96 M. Das Ueberschüssende dabei ist, daß trotz des

Rückgangs der Schülerzahl an den höheren Schulen die Zuschüsse enorm gestiegen sind, während die Kosten für einen Gemeindegeldnehmer trotz der geringeren Schülerzahl sich vermindert haben. Das läßt mit Sicherheit darauf schließen, daß die Gemeindegeldnehmer sich qualitativ verschlechtert haben. Als Ausgabe an den Zweidrittelband Groß-Berlin sind erstmalig 3000 M. eingestellt. Im Einnahmen figurieren unter den direkten Steuern (110 Proz. Einkommen, inkl. Kreissteuern) 992 300 M., Grundsteuer 738 400 M. Die Umsatzsteuer ist mit 120 000 M., die Reichsversorgungssteuer mit 100 000 M., die Luftfahrtssteuer mit 9000 M., die Bier- und Brauereisteuer mit 24 000 M. veranschlagt. Bezeichnend für den durch und durch unsozialen Charakter der Gemeindevertretung ist die Tatsache, daß schon bei einem jährlichen Einkommen von 660 M. Gemeindegeldnehmer erhoben werden. Im Jahre 1911 wurden noch aus diesen Gemeindegeldnehmern 5 640 M. Art herausgeholt. Nachdem es bei den Grundbesitzern auf Hunderttausende nicht ankommt, wäre es endlich an der Zeit, solche Einkommen, die noch nicht einmal als Existenzminimum bezeichnet werden können, von der Gemeindegeldsteuer frei zu lassen.

Steglitz.

Die für Montag, den 11. März, festgesetzte Bezirksversammlung des Deutschen Metallarbeiterverbandes (Bezirk Steglitz) kann, da an diesem Tage in Steglitz Gemeindevorwahlen stattfinden, nicht abgehalten werden. Die Versammlung ist daher auf Sonntag, den 10. März, vormittags 10 Uhr, bei Schellhase, Ahornstr. 15, festgesetzt.

Adlershof.

Ein neues Ausnahmefest gegen die Sozialdemokratie? Ueber dieses Thema referierte in der Mitgliederversammlung des Wahlvereins Genosse Georg Schmidt. Redner beleuchtete die ganze soziale Art und Weise, wie speziell die Industriellen nach einem Ausnahmefest schreien. Pflicht eines jeden Arbeiters müsse es nunmehr erst recht sein, sich der politischen und gewerkschaftlichen Organisation anzuschließen; dann werde die Arbeiterklasse auf derartige Ausnahmefeste pfeifen. Die Ausführungen fanden regen Beifall. Diskussion fand nicht statt. Zu den Gemeindevahlen, welche für die 3. Abteilung am Sonntag, den 17. März, von 12—3 Uhr, für die 2. Abteilung am Montag, den 18. März, von 6—8 Uhr, und für die 1. Abteilung am Dienstag, den 19. März, von 12—1 1/2 Uhr, stattfinden, wurden folgende Genossen als Kandidaten aufgestellt: für die 3. Abteilung die Genossen Büttner und Petrich, für die 2. Abteilung der Genosse Bach und für die 1. Abteilung die Genossen Klotz und Büttner. Zu diesem Zwecke findet am Mittwoch, den 13. März, eine öffentliche Versammlung bei Weber, Bismarckstraße, statt. Referent ist Genosse Fritz Jußbeil. Am Montag, den 11. März, wird eine Flugblattverbreitung und am Donnerstag, den 14., die Avertverteilung stattfinden. Die Genossen werden ersucht, sich recht regen an den Wahlarbeiten zu beteiligen. — Den Bericht von der Kreisgeneralversammlung gab Genosse Erwin Neumann. Aufnahmen fanden 33 statt. Verjagen sind 3 Mitglieder. Zum Schluss forderte Genosse Neumann noch die Genossen auf, ihre Kinder, die jetzt die Schule verlassen, den Arbeiterjugendvereinen zuzuführen.

Mariendorf.

Der letzten Gemeindevorwahlen tag ein Antrag des Gemeindevorstehers auf Änderung beim Ergänzungs der Biersteuer vor. Darnach soll der § 8 Abs. 1 dergestalt abgeändert werden, daß für die Zukunft nicht mehr der Empfänger des Bieres, also Gastwirt oder Händler usw., die Steuer bezahlt, sondern der Empfänger des Bieres, also die Brauerei. Trotzdem sollen beide Teile als Zahler haftbar sein. Begründend führte der Gemeindevorsteher an, daß diese Änderung einmal eine Erleichterung für die Empfänger sein soll, doch sei dabei mitbedenken zu müssen, daß die Steuerkontrolle eine leichtere und wirksamere ist. In längerer Ausdehnung führte Genosse Reichardt zunächst die Ungerechtigkeit der Biersteuer überhaupt der Vertretung vor Augen und betonte, daß kurz vor der bevorstehenden Stadtberatung im neuen Etat diese Steuer gänzlich ausgemerzt werden müsse; deswegen sei die Änderung nicht mehr notwendig. Die bürgerlichen Vertreter stimmten schweigend dem Antrage zu. Vielleicht bezweckten ihnen das weisheitliche Ausrücken, daß sie vor zwei Jahren schon einmal die Steuer beseitigten, um dieselbe nach 14 Tagen wieder neu einzuführen.

Ein recht sanderbares Denunziantenstück leistete sich kürzlich das hiesige Ortsblatt. Im breiten Rahmen behandelte es ein kleines Konflikt zwischen einer Arbeiterfrau und einem Wäckermeister. Letzterer soll der betreffenden Frau für Frühstücksausgaben 10 M. monatlich und freies Frühstück angeboten haben, worauf dieselbe geantwortet habe, soweit bekäme sie ja schließlich Armenunterstützung, ohne etwas zu arbeiten. Dergleichen schreibt das Blatt, daß sich die Armenverwaltung diese „arbeitsfreudige Person“ näher betrachten solle. Die Redaktion des Blattes sollte doch wissen, daß Armenunterstützung freilaufend nur an Erwerbsunfähige gezahlt wird. Es fehlt nur noch, daß das Angebot des Wäckermeisters, für eine zweistündige Beschäftigung täglich 50 Pf. zu zahlen, als eine glänzende Honorierung gekennzeichnet wird. Unerachtet ist es von dem Blatte, kurz vor der Stadtberatung die schon mit Armenunterstützung lergende Armenverwaltung gegen die Ordnungen scharf zu machen.

Kallberge-Rüdersdorf.

Die Gemeindevorwahlen beschäftigte sich in ihrer letzten Sitzung hauptsächlich mit dem Voranschlag für das Rechnungsjahr 1912. Der Etat schließt in Einnahme und Ausgabe mit 151 600 M. ab gegen 183 300 M. im Vorjahr. Die Steuerzuschläge sind fast durchweg erhöht worden und zwar die der Einkommensteuer auf 130 Prozent, Gewerbesteuer Klasse I und II auf 200 Prozent, Gewerbesteuer Klasse III und IV 180 Prozent, Betriebssteuer 120 Prozent. Grundsteuer soll 2 pro Mille des Grundstückwertes erhoben werden. Das Vermögen der Gemeinde beträgt insgesamt 408 640,33 M. Diefem stehen Gemeindegeldnehmer in Höhe von 288 682 M. gegenüber. Da aber im Rechnungsjahre noch ein Darlehen von 375 000 M. zum Straßenbahnbau und ein solches von 125 000 M. zum Wasserwerksbau aufgenommen werden muß, stellt sich die Gesamthöhe der Schulden auf 688 682 M. Von den Hauptpositionen schließt der Schuldetat in Einnahme mit 16 740 M. und in Ausgabe mit 82 129 M. ab. Der Voranschlag des Elektrizitätswerks balanciert in Aktiven und Passiven mit 31 600 M. Danach lam wieder die Wahnanangelegenheit zur Erörterung. Da die Vertretung der Ansicht war, daß zwei Antriebswagen nicht vollkommen genügen, wurde beschlossen, noch einen dritten Wagen zu bestellen. Der Vorliegende schloß sich sodann mit, daß der Antrag der Gemeinde Herzfelde betr. Beitrag der Gemeinde Kallberge von 1000 M. zu den dortigen Schulden vom Kreisausfluß abschlägig beschieden worden sei.

Jugendveranstaltungen.

Lichterberg-Nummelsburg. Am Sonntag, den 10. März: Ausflug nach dem Stunewald. Die Partie geht über Dumbelske, Saubacht, Kaiser-Bühel-Turm. Treffpunkt für die Lichteberg-Nummelsburg-Nummelsburg-Stralau 7 1/2 Uhr am Bahnhof Frankfurter Allee. Wiederbäcker nicht vergessen.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 10. März, vormittags 9 Uhr, Pappelallee 15—17, und Abends, Invalidenstraße: Freireligiöse Versammlung. Vormittags 11 Uhr, Kleine Frankfurter Str. 6: Vortrag von Herrn W. Trojan: „Die Weisheitslehren der Juden.“ — Damen und Herren als Gäste sehr willkommen.

Allgemeine Kranken- und Sterbefälle der Metallarbeiter (Eingeliehene Hülfsfälle 29, Hamburg). Filiale Baumhäuserweg. Den Mitgliedern, welche in Leipzig wohnen, zur Kenntnis, daß am Sonnabend, den 9. März, abends 8 1/2—10 Uhr, im Lokal von Julius Schmidt, Reichstr. 22, tagiert wird. — Filiale Pant o m. Sonnabend, den 9. März, abends 9 Uhr: Versammlung bei Schröder, Florastr. 56. Sonnabend, den 16. März, fällt der Jahrestag aus.

**SÄNGER:
REDNER:
RAUCHER:**

WYBERT-TABLETTEN

Erhältlich in allen Apotheken und Drogerien. Preis Mk 1.-

schützen Sie vor:
**HUSTEN
HEISERKEIT
KATARRH**

Theater.

Sonnabend, 9. März 1912.
Anfang 3 Uhr.
Sirkus Sarrasani. Große Vorstellung.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Berliner. Herodes und Karinne. Neues Schauspielhaus. Des Herodes und der Liebe Welle. Belle-Alliance. Wallensteins Tod.
Anfang 4 Uhr.
Urania. Leubentzrahe 48/49. Von Heran zum Orler. Pulten. Robinson Crusoe. Rofe. Kolläppchen.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Sgl. Overhand. Einphonieconcert. Sgl. Schauspielhaus. Gefloffen. Deutsch. Nemes und Julia. Sirkus Busch. Gala-Vorstellung. Sirkus Zyngmann. Gala-Vorstellung. Sirkus Sarrasani. Gala-Vorstellung. Haberland. Spezialitäten.
Anfang 8 Uhr.
Urania. Leubentzrahe 48/49. Der Großglockner, Gastein und die Salzburger Alpen. Hörsaal Prof. Donath. An den Grenzen physikalischer Naturerkenntnis.
Residenz-Theater.
Direktion Richard Alexander. Abends 8 Uhr:
Alles für die Firma. Schwan in 3 Akten von H. Hennequin und G. Mitchell. Für die deutsche Bühne bearbeitet von Volken-Baeders. Morgen u. Jola. Ende: Alles f. d. Firma. Sonntag 3 Uhr: Kümm Dich um Amelie.
Luisen-Theater.
Sonnabend nachm. 4 Uhr: Robinson Crusoe. Abends: Der Verschwenker. Sonntag nachm. 3 Uhr: Der Verschwenker. Abends: Alles durch die Liebe. In Vorbereitung: Die Rose von Japan.
ROSE-THEATER
Große Frankfurter Str. 132. Abends 8 Uhr:
Napoleon Bonaparte u. seine Frauen.
Sonnabend 4 Uhr: Kolläppchen. 8 Uhr: Napoleon Bonaparte.
Metropol-Theater.
Abends 8 Uhr: Randen gestaltet. **Die Nacht von Berlin!**
Große Jahresrevue in 7 Akten von Jul. Freund. Musik von H. Hoffänder. In Szene gesetzt von Dir. H. Schulz. Morgen nachmittags 3 Uhr: Dorothea. Die kleinen Lämmer.
Apollo Theater
Abends 8 Uhr.
Neues Programm.
Sensationeller Lacherfolg!
Fos Nr. 33.
Herrnfeld Theater
Ein neuer Sensationserfolg
Wie man Männer bessert.
2 Akte von Anton u. Donat Herrnfeld mit den Autoren in den Hauptrollen. Hierzu die Novität:
Der Hausteufel.
Anfang 8 Uhr. Vorkauf 11-2 (Theaterkasse)
Passage-Theater.
Melia
die schönste und gefeierte russische Tanzkünstlerin.
Schnelder-Dancker Danell-Truppe etc. und 12 Varieté-Sensationen.
Dienstag zum erstenmal:
Das Geisterfenster.
Voigt-Theater.
Gefundbrunnens. Sobtkrone 58. Morgen Sonntag, den 10. März, nachmittags 3 Uhr:
Die Seemannsbrant.
Abends 7 Uhr:
Das Mädchen ohne Ehre.
Sensationsdrama 12 Bild. v. E. S. Vuh. Rollenbesetzung 7. Anfang 8 1/2 Uhr: Boransteige! Willwood, 13. März: Beneß Frau! Hedwig Kraemer: Gänsehiesel.
Trianon-Theater.
Täglich abends 8 Uhr:
Das kleine Café.
Schiller-Theater O. Salmer.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Der Kilometerfresser.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Der Probekandidat.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Gräfin Lea.
Montag, abends 8 Uhr:
Der Probepfeil.
Schiller-Theater Charlottenburg.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Gräfin Lea.
Sonntag, mittags 12 Uhr:
Kammermusik.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Don Carlos.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Kyritz-Pyritz.
Montag, abends 8 Uhr:
Gräfin Lea.
Berliner Theater.
Abends 8 Uhr:
Große Hosiener.
Theater in der Königsgrätzer Straße
Abends 8 Uhr:
Die 5 Frankfurter.
Neues Theater.
Abends 8 Uhr:
Der liebe Augustin.
Sonnt. 7 1/2 Uhr: Der fidele Bauer.
Theater des Westens.
Abends 8 Uhr:
Wiener Blut.
Sonntag 8 1/2 Uhr: Ein Walzertraum.
Belle-Alliance-Theater.
1/4 Uhr: Wallensteins Tod. Schüler-Vorstellung. (2 Schüler-Welt 60 W.) 1/2 Uhr: Die Meinoldgräfin.

Urania.

Wissenschaftliches Theater.
4 Uhr:
Von Heran zum Orler.
8 Uhr:
Der Großglockner, Gastein und die Salzburger Alpen.
Hörsaal Prof. Donath 8 Uhr:
An den Grenzen physikalischer Naturerkenntnis.
Residenz-Theater.
Direktion Richard Alexander. Abends 8 Uhr:
Alles für die Firma. Schwan in 3 Akten von H. Hennequin und G. Mitchell. Für die deutsche Bühne bearbeitet von Volken-Baeders. Morgen u. Jola. Ende: Alles f. d. Firma. Sonntag 3 Uhr: Kümm Dich um Amelie.
Luisen-Theater.
Sonnabend nachm. 4 Uhr: Robinson Crusoe. Abends: Der Verschwenker. Sonntag nachm. 3 Uhr: Der Verschwenker. Abends: Alles durch die Liebe. In Vorbereitung: Die Rose von Japan.

ROSE-THEATER

Große Frankfurter Str. 132. Abends 8 Uhr:
Napoleon Bonaparte u. seine Frauen.
Sonnabend 4 Uhr: Kolläppchen. 8 Uhr: Napoleon Bonaparte.

Metropol-Theater.

Abends 8 Uhr: Randen gestaltet. **Die Nacht von Berlin!**
Große Jahresrevue in 7 Akten von Jul. Freund. Musik von H. Hoffänder. In Szene gesetzt von Dir. H. Schulz. Morgen nachmittags 3 Uhr: Dorothea. Die kleinen Lämmer.

Apollo Theater

Abends 8 Uhr.

Neues Programm.
Sensationeller Lacherfolg!
Fos Nr. 33.

Herrnfeld Theater

Ein neuer Sensationserfolg
Wie man Männer bessert.
2 Akte von Anton u. Donat Herrnfeld mit den Autoren in den Hauptrollen. Hierzu die Novität:
Der Hausteufel.
Anfang 8 Uhr. Vorkauf 11-2 (Theaterkasse)

Passage-Theater.

Melia
die schönste und gefeierte russische Tanzkünstlerin.
Schnelder-Dancker Danell-Truppe etc. und 12 Varieté-Sensationen.
Dienstag zum erstenmal:
Das Geisterfenster.

Voigt-Theater.

Gefundbrunnens. Sobtkrone 58. Morgen Sonntag, den 10. März, nachmittags 3 Uhr:
Die Seemannsbrant.
Abends 7 Uhr:
Das Mädchen ohne Ehre.

Trianon-Theater.

Täglich abends 8 Uhr:
Das kleine Café.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 6. Berliner Reichstags-Wahlkreis

Sonnabend, den 9. März 1912:
Stiftungs-Fest
in folgenden Lokalen:
Germania-Prachtsäle, Chausseestraße 110
Moab. Gesellschaftshaus, Wicelstr. 24 :: Pharus-Säle, Müllerstr. 142
bestehend in
Konzert :: Gesang :: Humor.-satir. Vorträgen u. turner. Aufführungen :: Festrede :: Tanz
Mitwirkende: Berliner Humor-Quartett, Apollo-Sänger, Berliner Uk-Trio, Gesangv. Neu erwacht, Männerchor Moabit, Sängerkorps Wedding X Arbeiter-Turner
Festredner: Reichstagsabg. Georg Ledebour.
Landtagsabg. H. Ströbel. Reichstags- u. Landtagsabg. Dr. K. Liebknecht.
Anfang 8 Uhr. Einlaßkarte 30 Pf. Programm gratis.
Herren, die am Tanz teilnehmen, zahlen 50 Pf. nach.

„CLOU“ Berliner Konzert-Haus.

Mauerstr. 82 Zimmerstr. 90/91.
Großes Konzert.
Musik. d. Kaiser-Frz.-Garde-Gren.-Regt. Musik. Becker.
!!! Zillertaler und Tegernseer Sänger, Plattler und Jodler!!!
Anfang 8 Uhr.

Neue Welt. Hasenheide 108/114
Täglich: **Bockbierfest in den bayerischen Alpen!**
Wunderbare Adendekoration. Neu! Gebirgsterasse. Neu!
Jeden Dienstag, Mittwoch, Donnerstag und Sonntag:
Großer Ball.
Anfang wochentags 7 Uhr. Sonntags 4 Uhr
Entrée 30 Pf. 50 Pf.
5 Kapellen. 30 bayerische Mndl.

Union-Theater

Alexanderplatz. Unter den Linden.
Heute:
Des
Lebenden Gruft.
Ein Schauspiel aus dem Französischen in 3 Akten.
Hauptdarsteller:
Der kais. Staatsanwalt de Monthery Herr Jean Ayme.
Dessen Tochter Fri. Yvette Andrejor.
Leutnant Lesparre . . . Herr Navarre.
Leutnant Gérard . . . Herr Jullien.
Barnac, Marketender. . Herr Manson.
Dessen Frau Frau Renée Carl.

Moritzplatz, Hasenheide.
Selig aus Liebe.
Ein Leben.
Außerdem:
Reiseschilderungen, Lustspiele, Humoresken, wissenschaftliche Darbietungen usw.

Zirkus Busch

Sonnabend, den 9. März 1912:
Um 7 1/2 Uhr beginnt die Vorstellung mit der Pantomime
Die Hexe
ca. 9 Uhr: Beginn des großen Gala-Programms.
ca. 9 1/2 Uhr: Beginn der Elite-
Ringkämpfe.
Täglich 3-4 große Kämpfe. Nähere Einzelheiten im Programm.
Die Orplington!
Herr Burkhardt-Footitt, Schult.
Sonntag, den 10. März:
2 große Vorstellungen 2
3 1/2 Uhr nachm. u. abds. 7 1/2 Uhr

Casino-Theater

Polzinger Str. 37. Täglich 8 Uhr.
Nur noch bis 14. März:
Der Kampf ums Dasein.
Ab Freitag, den 13. März 1912:
Der Hosen-Schlager
Die lustige Strohvitwe.
Sonnt. 3 1/2: Trübchens Zomettreich.

Zirkus A. Schumann
Heute Sonnabend 7 1/2 Uhr:
Grande Soirée Highlife
u. a.:
Die besten Radkünstler
5 Herren Aurora 5
mit ihrem lebenden Roulette.
Die 3 Oravia
sowie die übrigen Spezialitäten.
Beginn des bis jetzt unübertroffenen, einzig dastehenden Ausstattungsstückes
Das Motorpferd
Sonntags: 2 Vorstellungen
3 1/2 und 7 1/2 Uhr.
In beiden Vorstellungen:
Das Motorpferd.

Sarrasani

Schönhauser Allee.
Telephon: Nord 4100.
Sonnabend, den 9. März:
3 Uhr: **Zwei** 7 1/2 Uhr:
Vorstellungen.
Nachmittags genau so wie abends
Wild-West
das einzige und schönste circensische Reiterstück der Gegenwart.
Nachmittags zahlen Kinder auf allen Plätzen halbe Preise.

Folies Caprice.
Täglich 8 1/2 Uhr:
Losgelassen.
Waffenübung.
Mandelblüths Bolterabend.

Luna-Park.
Ausschank von
„Triumphator“
aus dem Münchener Bürger-Bräu.
„Wintersportfest“
Orig.-Oberlandler-Kapelle, Orig.-Dachauer Bauern-Kapelle, Orig.-Tiroler Tänzer und Sänger, Humoristische Szenen, Volkskomiker Volksbelustigungen, sensat. Attraktionen.

Heute
Berliner Baby-Ball
im
Admiralspalast.
Kostüm dem Fest entsprechend oder Ball-Toilette.
Billetts a 10 M. im Ballbüro (Admiralspalast) und an den Theaterkassen von A. Wertheim.

Passage-Panoptikum.

Lebend! Lebend!
Hede
das
Löwenmädchen.
Ein atavistisches Wunder. Das Mädchen mit dem **Mähnenkopf.** Halb Mensch — halb Animal. **Das blaue Weib,** ein Opfer wilder Barbaren. Die Frau in der Kanne. Befreiung a. d. Wassergrab. Ohne Extra-Entree!

Reichshallen-Theater.

Stettiner Sänger
Zum Schluss:
Eine Hochzeit in der Wasserstraße.
Bürleste von Mesjel.
Anfang wochentags 8 Uhr. Sonntag 7 Uhr.

Königstadt-Kasino.
Sole Holzmart. u. Heranderstraße
Täglich abends 8 Uhr.
Sonntag 1/2 6 Uhr:
Theater und Varieté.
Tom I.—16. März 8 Spezialitäten und „Kinder der Wüste“
Operetten-Bürleste v. D. Richter.

Nibles Fest-Säle

Dennewitzstraße 13.
Jeden Donnerstag:
Tanzkränzchen
und Bockbiertrudel
bei freiem Entree. O. Nible.

